N 20587 F

Fragen der Freiheit

Soziale Bewegung

– *Selbstverständnis der Menschen* als Grundlage –
der Gemeinschaftsordnung II

November/
Dezember 1983
Heft 165

Weltliche Weisheit lehrt,
daß es der Reputation besser bekommt,
konventionell zu irren,
als unkonventionell recht zu haben.

John Maynard Keynes (1883–1946)

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 165

November/Dezember 1983

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung

Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

Seite

Dieter Suhr
Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft 3

Fritz Penserot
Auf dem Wege zur Ordnung der freien Marktwirtschaft
– Beitrag zur Geschichte der Wirtschaftstheorien – 23

Rudolf Steiner und John Maynard Keynes
(mit einem Facsimile) 98

Ankündigungen 102

Jahresvorblick auf 1984 103

Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft

Diagnose und rechtstechnische Behandlung des Mehrwertsyndroms*

Dieter Suhr

Es scheint wie verhext: Als es uns schlecht ging, nach dem Kriege, blühte die Wirtschaft während einer längeren Zeit. Wir nannten das das »Wirtschaftswunder«. Je besser es uns ging, desto heftiger wurden die Erkältungen, die unsere Wirtschaft von Zeit zu Zeit ergriffen. Wohlstand und Fülle machen uns zu schaffen. Darüber wurde schon viel nachgedacht. Die Krisen haben sicher viele Ursachen. Doch ein wichtiger Wirkungskomplex, der die Ökonomie in den dreißiger Jahren unter dem Stichwort »wirksame Nachfrage« eindringlich beschäftigt hat, ist dabei bislang zu kurz gekommen. Der Verfasser versucht, diesem Krankheitssyndrom unserer Wirtschaft in drei Schritten beizukommen: Wie ein Arzt, der die Symptome aufnimmt, zur Diagnose übergeht und dann die Therapie ansetzt. Die Therapie läuft darauf hinaus, daß durch kleine Änderungen am Währungsgesetz rechtstechnisch neue Möglichkeiten für Geldordnungspolitik erschlossen werden, insbesondere auch ein neuer Aktionsparameter für die Währungs- und Wirtschaftspolitik.

I. Symptome

Schaut man auf die Wirtschaft, so springt ein Befund ins Auge, der sich durch fünf hervorragende Symptome kennzeichnen läßt:

(1) Massenarbeitslosigkeit;
(2) ungestillter privater und vor allem öffentlicher Bedarf;
(3) anschwellende Ströme von Zinszahlungen;
(4) zunehmende Verschuldung und
(5) ein bedrohlicher Wachstumszwang.

1. *Nicht gefragte Leistung*

Das Symptom Nummer 1 unserer siechenden Wirtschaft ist die Massenarbeitslosigkeit: 2,5 Mill. Menschen bei uns wollen arbeiten. Sie finden aber keine bezahlte Arbeit. Ihre Leistung wird nicht nachgefragt: »Leistung, die nicht gefragt ist.« 2,5 Mill. arbeitswillige Menschen sind eine ungeheuere Leistungsreserve unserer Volkswirtschaft. Warum läßt unser Gemeinwesen diese gewaltige und kostspielige Reserve ungenutzt herumstehen? – Weil es an

*Aus: Zeitschrift für Rechtspolitik, 16. Jahrgang, Heft 9, September 1983, Seite 221–227; mit freundlicher Genehmigung des C.H.Beck-Verlages, durch Herrn Metz, Frankfurt a.M. Überarbeitete Fassung eines Vortrages, der am 5.2.1983 in Mühlhausen gehalten wurde auf einer Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung. Boll.

Nachfrage nach bezahlter Arbeit fehlt. Es ist, als ob alle unsere Wünsche schon erfüllt seien. Es ist, als ob sowohl der private wie auch der öffentliche Bedarf längst gestillt sei. Es ist, als gäbe es bei uns nichts mehr zu tun. Wir wissen offenbar nicht wohin mit unserem Überschuß an menschlicher Arbeitskraft. Deshalb nehmen wir 2,5 Mill. unfreiwillige Müßiggänger in Kauf, samt aller damit verbundenen Demütigung und Entwürdigung, samt allem damit verbundenen menschlichen Leid. In dieses Bild passen auch die Vorschläge, die darauf zielen, das bißchen noch vorhandener Arbeit gerechter zu verteilen: weniger Arbeitsstunden, kürzere Lebensarbeitszeit. Gibt es aber denn wirklich bei uns nichts mehr zu tun? Ist unser privater und öffentlicher Bedarf wirklich gestillt? Haben wir keine Wünsche, keine Träume mehr? Sind alle öffentlichen Aufgaben erledigt?

2. *Nicht befriedigter Bedarf*

Symptom Nummer 2 unserer kranken Wirtschaft ist massenhaft unbefriedigter Bedarf nach volkswirtschaftlicher Leistung, und zwar sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich. Je länger zum Beispiel die Arbeitslosen ohne bezahlte Arbeit sind, desto stärker müssen sie sich einschränken. Nicht etwa ihr Bedarf bildet sich zurück. Sie müssen den Gürtel vielmehr wider Willen enger schnallen. Viel lieber hielten sie mehr als weniger Nachfrage nach volkswirtschaftlichen Leistungen.

Wir kennen auch die relative Armut kinderreicher Familien und die schreiende Ungerechtigkeit, daß Mütter und Hausfrauen als die Sklavinnen der modernen Industriegesellschaft keine auch nur annähernd angemessene ökonomische Anerkennung für die Leistung erhalten, die sie tagtäglich der Volkswirtschaft und insbesondere denen erbringen, die heute keine Kinder, morgen aber Renten haben wollen. Gerechtigkeit in diesem Bereich kann unser Gemeinwesen sich nicht leisten. Dafür fehlen ihm anscheinend die Leistungsreserven. Dafür ist unsere Volkswirtschaft zu arm.

Unsere Wälder sterben. Wir können es uns nicht leisten, die Abgase rigoros zu entgiften. Dazu fehlen die Mittel. Die Anwohner von Straßen werden vom Lärm, vom Gestank und vom Dreck geplagt. Wir können es uns nicht leisten, sie rigoros zu schützen. Dazu fehlen die Mittel. Wir haben Berge von dringenden Aufgaben im Gemeinwesen, deren Erledigung wir uns nicht leisten können: zum Beispiel auch manche Bahnstrecke nicht, weil sie sich nicht mehr rentiert. In dieses Bild passen wiederum vorzüglich jene Moralpredigten und Stammtischparolen, nach denen wir angeblich über unsere Verhältnisse gelebt haben und noch leben, und nach denen wir den Gürtel enger schnallen müssen, um die Volkswirtschaft wieder flottzubekommen: So, als sei die Volkswirtschaft nicht fähig gewesen, unseren Wohlstand zu erzeugen, und so als ginge es

heute darum, die alten Strümpfe noch einmal zu stopfen und das klapprige Auto noch ein Jahr zu fahren, um ja der Volkswirtschaft keine weitere Nachfrage zuzumuten.

In Wahrheit freilich ist unsere Wirtschaft durchaus nicht zu arm und leistungsunfähig. Leistungsreserven in Höhe von 2,5 Mill. Arbeitslosen warten auf ihren Einsatz. Wenn es aber weder an Bedarf fehlt, noch am Leistungsangebot, woran dann?

Es fehlt offenbar an dem bißchen volkswirtschaftlichen Ordnungs- und Organisationstalent, das erforderlich ist, um das Leistungsangebot und den Leistungsbedarf miteinander buchstäblich »ins Geschäft« zu bringen: Wie kann man den privaten und öffentlichen Bedarf, der nach Befriedigung durch Leistung schmachtet, mit dem Leistungsangebot zusammenbringen, das sich danach sehnt, den Durst nach Leistung zu stillen?

Die Wirtschaft stagniert, weil der Bedarf nicht zum Angebot und weil das Angebot nicht zum Bedarf kommt. Der Austausch stockt. *Hier* stoppt der Strom der volkswirtschaftlichen Zirkulation. Aber durchaus nicht bei *allen* volkswirtschaftlichen Strömungsgrößen ist der Pegelstand in den vergangenen Jahren zurückgeblieben oder gesunken. Wir haben zwar nicht realiter über unsere Verhältnisse gelebt, aber es gibt durchaus eine Größe, die über die Verhältnisse stark gestiegen ist: Es gibt Geldflüsse, die schneller gestiegen sind als die Löhne, schneller als die Preise und schneller als die Arbeitslosenzahlen: So, als hätte man es geradezu mit einem langfristigen Vorreiter oder Schrittmacher für das langfristige Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu tun. Doch das führt zum nächsten Symptom.

3. *Anschwellende Zinsströme*

Symptom Nummer 3 der kranken Wirtschaft ist, daß die Zinsströme innerhalb der Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren im langfristigen Mittel beharrlich und überproportional gestiegen sind[1]. Dabei sind wirklich die Zinsströme gemeint, nicht etwa die Zinssätze, die steigen und fallen. Diese Zinsströme signalisieren, daß durchaus Gelder in der Volkswirtschaft unterwegs sind! Während der »reale Bereich« und der »Beschäftigungsbereich« eher stagnieren, tut sich etwas im »monetären Bereich«: nämlich dort, wo Zinsen gezahlt werden. Das Jahr der Krise und der Konkurse war zugleich das Jahr der

1 Von 1972 bis 1981 sind die Zinserträge der Banken, den wichtigsten Umschlagplätzen für Kredite, von 58,4 auf 213,56, die Zinsaufwendungen von 39,9 auf 166,41 und die Überschüsse daraus von 18,5 auf 47,14 Mrd. DM gestiegen. Die Zinsaufwendungen der öffentlichen Haushalte sind von 1975 bis 1982 von 14,7 auf 34,6 Mrd. geklettert. Bei den Unternehmen ist das Bild zwiespältig insofern, als einerseits die Zinsaufwendungen von 24,2 (1972) auf 61,5 (1981), andererseits, nicht weniger aufschlußreich, die Zinserträge von 6,7 auf 19 Mrd. angeschwollen sind. (Zahlen aus den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank).

Banken und der Geldkapitalerträge. Wo Zinsen fließen, dort ist monetäre Liquidität von irgendwelchen Verleihern zu irgendwelchen Entleihern hin verschoben worden, und die Zinsen sind die Kosten dieser monetären Transaktionen auf Zeit. Diese Kosten hat der jeweilige Entleiher aufzubringen und an den Verleiher abzuführen. Wo viele Zinsen gezahlt werden, dort wird also viel Geld ausgeliehen. Wo viel Geld ausgeliehen wird, dort ist viel Geld in Kassen von solchen Wirtschaftssubjekten, die zwar Geld haben, aber offensichtlich keinen Bedarf. Dieser Befund paßt recht gut zu Symptom Nr. 2. Dort hatte sich gezeigt: In unserer Wirtschaft gibt es Bedarf, dem das Geld fehlt, ohne das er nicht zur Nachfrage werden kann. Hier, bei Symptom Nr. 3, zeigt sich, daß es Geld gibt, dem der Bedarf fehlt, ohne den es ebenfalls nicht zur Nachfrage werden kann. Steigen in einer Volkswirtschaft die Zinsströme relativ stark, so signalisiert das, daß sich mehr und mehr Gelder dort angesammelt haben, wo weder ein eigener Bedarf an Verbrauchs-, noch ein eigener Bedarf an Investitionsgütern besteht. Genau das ist offenbar bei uns der Fall.

4. *Wachsende Schulden*

Wie sehr in den vergangenen Jahren die Schulden der öffentlichen Hand in Bund, Ländern und Gemeinden gestiegen sind, dazu braucht kein weiteres Wort mehr verloren zu werden. Wenn es heißt, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt, so denkt man ja vor allem an die Staatsverschuldung. Auch im Hinblick auf die Ausgaben des Staates gilt freilich: Die Volkswirtschaft konnte es sich durchaus leisten, die Leistungen zu erbringen, die der Staat mit Krediten bezahlt hat; denn die Leistungen *sind* erbracht worden. Was wir uns »nicht leisten« können, ist die Tatsache, daß allein die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte den politischen Handlungsspielraum von der finanziellen Seite her drastisch einschränkt. Ein immer größerer Anteil der Steuern, die wir an Bund, Länder und Gemeinden zahlen, stellt bei der öffentlichen Hand nur einen durchlaufenden Posten dar und fließt dann direkt in die Kassen der Kreditgeber von Bund, Ländern und Gemeinden. Dabei mag der Staat ebenso wie der eine oder andere Private durchaus politisch fragwürdige Ausgaben getätigt haben. Reines Vergnügen an der Verschuldung war es jedenfalls nicht, wenn die öffentliche Hand sich immer höher verschuldet hat.

Auch bei den Unternehmen beruht es nicht auf dem Vergnügen an der Verschuldung, wenn ihre Eigenkapitalquote in den letzten Jahren beständig gesunken ist.[1]

Gestiegen ist in den vergangenen Jahren vor allem aber auch die Verschuldung der Entwicklung der Entwicklungsländer und von Ländern des Ostblocks.

1 Dazu z.B. *Fritsch*, Die Eigenkapitallücke in der Bundesrepublik, 1981.

Die Schulden und die Zinsverpflichtungen haben ein Ausmaß angenommen, das geradezu furchterregend ist.

Wenn man noch weiter nachforschte, welche Schulden den jeweils in letzten Jahren gestiegenen Zinszahlungen zugrundeliegen, so könnte die Liste, auf der hier nur die Schulden der öffentlichen Hand, die sinkende Eigenkapitalquote der Unternehmen und die Verschuldung der Entwicklungsländer steht, sicher noch verlängert werden. Hinter einem solchen Befund stecken nicht nur subjektive Motive und Entscheidungsgründe, steckt nicht nur der Spaß daran, Schulden zu machen, sondern liegen strukturelle Ursachen. Ihnen muß die Diagnose gelten.

5. *In der Wachstumsfalle*

Wir befinden uns offenbar in einer volkswirtschaftlichen Wachstumsfalle, die nicht nur unsere Wirtschaft, sondern unsere Umwelt überhaupt bedroht. Aber nicht etwa, weil unsere Bedürfnisse schon explodierten, »muß« unsere Wirtschaft auf Teufel komm heraus wachsen, sondern weil wir anders keine Möglichkeit für Vollbeschäftigung zu sehen vermögen und weil das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht nur auf diesem Wege erreichbar erscheint.

Wir brauchen auf unabsehbare Zeit (exponentielles) *Wachstum* um des *Gleichgewichtes* unserer Wirtschaft willen: Das ist nach allen Erkenntnissen der Biologie und der Systemtheorie, der Ökologie und des gesunden Menschenverstandes ein blanker Widerspruch in sich, aber die ökonomischen Theoretiker und Praktiker der Wachstumslehren sind offenbar unfähig oder unwillig, ihre Vorstellungen einmal zeitlich zu extrapolieren und hochzurechnen: eine Art selbstverschuldeter Kurzsichtigkeit. Wir, die anderen Menschen, sehen uns mehr und mehr in der Wachstumsfalle der theoretischen und praktischen Ökonomen gefangen, die offenbar nicht darauf ausgehen, die Wirtschaft *nach den Bedürfnissen*, sondern darauf, die Bedürfnisse *nach den Zwängen des Wachstums* auszurichten.

II. Diagnose

Die Symptome sind Zeichen an der Wand. Sie zu deuten, fällt nicht schwer. Ein Teil der Deutung nämlich steckt schon in der Art und Weise, in der die Symptome beschrieben wurden. Doch diese Art und Weise der Beschreibung war auch polemisch, und diese Polemik muß jetzt einer möglichst unterkühlten Analyse und Diagnose weichen. Betrachten wir also die Symptome wie durch eine Glaswand als eine Art Puzzle, das nicht mehr unser Gefühl in Wallung bringt, sondern nur noch unseren Intellekt dazu herausfordert, die Zusammenhänge zu klären.

1. *Bedarf ohne Geld*

Symptom Nr. 1, die Massenarbeitslosigkeit, und Symptom Nr. 2, der massenhaft unbefriedigte Bedarf, stehen in einem eigenartigen Zusammenhang der Verhinderung: Offenbar verhindert eine mehr oder weniger unsichtbare Macht oder Struktur der Wirtschaftsordnung gerade das, was sich aufdrängt und naheliegt, nämlich daß der massenhafte Bedarf durch die Leistungen der z. Z. massenhaft arbeitslosen Menschen befriedigt wird. Bedarf und Leistungsangebot kommen nicht zusammen: So, als hätten sie, die sich so gut miteinander vertragen haben, sich im Laufe der Zeit auseinandergelebt und könnten jetzt, trotz besten Wollens, aus irgendwelchen unerklärbaren Gründen nicht wieder zusammenfinden, – oder auch so, als kämen zwei, die den Bund fürs Leben schließen könnten, nicht zueinander, weil es an Verkehrsverbindungen über den eigenartigen Abgrund fehlt, der sie trennt.

Um eine Ehe freilich handelt es sich im vorliegenden Fall nicht, sondern um den volkswirtschaftlichen Organisationszusammenhang, der sicherzustellen hätte, daß Bedarf und Leistung auf eine wirksame und kostengünstige Weise möglichst marktmäßig zusammenfinden und sich auch nicht wieder auseinanderleben.

In der Marktwirtschaft wird der Austausch, der die Leistung zum Bedarf bringt und der den Bedarf mit der Leistung versorgt, *durch das Geld* vermittelt: Geld ist das allgemeine Tausch- und Zirkulationsmittel, mit dessen Hilfe jedem kraft des Marktes und entsprechend seines eigenen Beitrages eine Anwartschaft auf Beiträge anderer zugeteilt werden kann und zugeteilt wird. Durch das Geld haben sie dann wechselseitig an ihren Leistungen teil. Zur Zeit jedoch fehlt dem Bedarf das Geld: *Bedarf ohne Geld!*

Mit Hilfe von Geld kann der Zugriff auf die Leistungen organisiert werden. Gibt einer dem anderen ein Darlehen, so wird der Zugriff auf volkswirtschaftliche Leistung vorübergehend von dem einen auf den anderen verschoben. Allem Anschein nach jedoch versagen die monetären Austausch- und Transfermechanismen bei dem Problem, das sich aus Symptom Nr. 1 und Symptom Nr. 2 und der Tatsache ergibt, daß der Leistungswille daran gehindert wird, in Leistung zu münden, die den Leistungsbedarf befriedigt.

Den Arbeitslosen fehlt es an Geld, um ihren unbefriedigten Bedarf zu stillen. Dem Staat fehlt es an Geld, mit dem er anstehende Aufgaben in Angriff nehmen könnte. Den Unternehmen fehlt es an Geld, um ihr Eigenkapital aufzustocken und dank größerer Krisenfestigkeit eher Investitionen zu wagen. Kurz: Allenthalben fehlt dem Bedarf das Geld, ohne das er nicht zur wirksamen Nachfrage nach volkswirtschaftlicher Leistung werden kann. Der Bedarf

kommt an dieses Geld nur heran, wenn er es sich dort besorgt, wo es ist. Das Geld ist dort, wo es hingeflossen ist. Das Geld fließt dorthin, wo es gemäß den Spielregeln der Wirtschaftsordnung hinfließt, und es ist in den vergangenen Jahren offenbar zunehmend nicht dorthin geflossen, wo Bedarf besteht. Das führt zum *Geld ohne Bedarf.*

2. *Geld ohne Bedarf*

Das Geld, ohne das der Bedarf nicht zur Nachfrage werden kann, ist auch nicht etwa aus der Wirtschaft verschwunden. Es ist nicht in Sparbüchsen und Kassetten untergetaucht. Auch die Bundesbank hat es nicht eingezogen. Sie hat vielmehr die Geldmenge in vergangenen Jahren durchaus vergrößert. Es fehlt also nicht an Geld. Aber es fließt zuviel des vorhandenen Geldes durch Kassen, wo ihm zur Nachfrage der Bedarf fehlt: *Geld ohne Bedarf!* Das Geld in diesen Kassen führt nicht zur Nachfrage nach Waren, Diensten oder Investitionsgütern, sondern nur zur Nachfrage nach Zinsen und Renditen: Das Geld ohne Bedarf verhilft also nur dem Begehren nach noch mehr Geld, also dem Verlangen nach dem Mehrwert, zur Nachfrage. Man findet also auf der einen Seite »Bedarf ohne Geld«, auf der anderen Seite »Geld ohne Bedarf«. Das »Geld ohne Bedarf« hat sich in den vergangenen Jahren offenbar vermehrt. Denn nur wer Geld hat, aber z. Zt. keinen Bedarf, verleiht sein Geld, und nur wenn Geld verliehen wird, entstehen Schulden, und nur wenn die Schulden zunehmen, schwellen die Zinsströme an. Die Zinsströme sind angeschwollen; also sind auch die »Gelder ohne Bedarf« in den Kassen gestiegen.

3. *Kostspielige Umwege*

Befinden sich Gelder nicht in den Kassen der Letztverbraucher, die Verbrauchsgüter kaufen wollen, und auch nicht in den Kassen der Unternehmer, die investieren wollen, sondern in den Kassen von Vermögensbesitzern, die weder konsumieren noch investieren wollen, befinden sie sich also in »Kassen ohne Bedarf«, dann müssen diese Gelder die Kassen wechseln, bevor sie wieder einem Bedarf zur Nachfrage verhelfen können. Sie müssen aus den »vollen Kassen ohne Bedarf« in die »leeren Kassen mit Bedarf« transferiert werden. Erst dann können sie wieder als monetäres Verkehrsmittel dem Austausch von realen Leistungen dienen: *kostspielige Umwege!*

Der unvermeidliche Transfer der Gelder aus den Kassen ohne (gegenwärtigen) Bedarf in die Kassen mit (gegenwärtigem) Bedarf kann marktmäßig oder nichtmarktmäßig geschehen. Marktmäßig vollzieht er sich durch Kredit. Kredit kostet Zinsen. Die Zinsen belasten die Letztverbraucher und die Unternehmer, die sich zu ihrem Konsum- oder Investitionsbedarf das Geld hinzuborgen.

Die Zinsen entziehen also den Letztverbrauchern und Unternehmern wiederum Geld, obgleich bei ihnen schon ohnehin zu wenig war, und sie fließen hin zu dem Anleger, bei dem ohnehin schon so viel Geld war, daß sich ein Überschuß seiner Gelder über seinen Bedarf ergeben hatte. Zwar lenkt der *Anleger* seine überschüssige Liquidität dorthin, wo sie – aus seiner Sicht – ihm den größten Ertrag bringt (portfolio-theoretische Verfeinerungen können hier außer Betracht bleiben). Aber aus der Sicht *der Volkswirtschaft* fließen die Zinsen, die für ihn optimale Erträge darstellen, zu jemandem hin, bei dem sie automatisch zu einem volkswirtschaftlichen Problemstoff werden. Sind die Zinsen gar von solcher Art, daß sie der Letztverbraucher oder der Unternehmer nicht mehr aufbringen kann: sei es, daß der Zinssatz zu hoch ist, sei es, daß die Betroffenen mehr und mehr »auf Pump« leben müssen, – dann wird der Kredit gar nicht erst mehr genommen und der betreffende Bedarf bleibt endgültig unbefriedigt. Er wird wegen Mangels an monetärer Unterfütterung nicht mehr zur Nachfrage. Der wirtschaftliche Verkehr kommt ins Stocken.

Offenbar ist unsere Marktwirtschaft im monetären Bereich so strukturiert, daß erhebliche, und zwar anschwellende, Geldströme in falsche Kassen fließen. Die Ökonomen nennen das »Fehlallokation« von monetären Kaufanwartschaften. Bevor diese fehlgeleiteten Gelder irgendeinem wirklichen Bedarf zur Nachfrage verhelfen können, müssen sie weitergereicht werden.

Anschwellende Geldströme in unserer Marktwirtschaft fließen also *auf Umwegen*. Umwege sind nicht nur zeitraubend, sondern kostspielig. Die Umwege des Geldes, mit denen wir es hier zu tun haben, sind besonders kostspielig; denn es fallen nicht nur Transportkosten an, sondern auch so etwas wie private Benutzungsgebühren für das monetäre Verkehrsmittel der Wirtschaft in Form von Zinsen. Diese Zinsen wiederum fließen absurderweise ausgerechnet in diejenigen Kassen, in denen typischerweise schon so viel Geld ist, daß es erst wieder kostenbringend entliehen werden muß, bevor es wirksame Nachfrage erzeugen kann.

Unsere Marktwirtschaft ist nach allem so strukturiert, daß aus dem Wirtschaftsprozeß automatisch Gelder abgezogen und in Kassen abgezweigt werden, wo sie nicht auf Bedarf treffen. Also entsteht ein volkswirtschaftliches Recycling-Problem, nämlich das Problem, die Gelder, die dem realen Wirtschaftsprozeß, in dem Angebot und Bedarf aufeinandertreffen, entzogen und in den monetären Bereich abgezweigt werden, anschließend dem Bedarf wieder zuzuführen. Die Kosten dieses monetären Recycling sind beträchtlich. Sie fallen in Form von Zinsen an und vergrößern das Problem, bei dessen Lösung sie entstehen, weil sie die Kontenbestände vergrößern, bei denen der Bedarf fehlt, und die Kassen belasten, die ohnehin zu wenig Geld enthalten. Werden

sie nicht mit Hilfe von marktgerechten Krediten zurücktransferiert in die Kassen mit Konsum- oder Investitionsbedarf, so muß es mit Zwang geschehen: Daraus ergeben sich dann bald Exzesse des Steuerstaates, des Subventionsstaates und des Wohlfahrtsstaates. Die »Zwangsanleihe« ist insofern ein kleines aber aufschlußreiches Symptom: Transfer auf Zeit ohne die sonst üblichen Kreditkosten.

4. *Einkommen ohne Leistung*

Die Zinsen sind wiederum ein monetäres Phänomen, zu dem sich einige sehr einfache und sehr aufschlußreiche Feststellungen treffen lassen: Es ist das verliehene Geld, das Zinsen bringt. Dieses verliehene Geld ist nach Ablauf der Darlehenszeit mehr wert als das ausgegebene Geld. Denn das Geld, das ich heute ausgebe, hat für mich nur den Kaufkraftnennwert, der ihm aufgedruckt ist: 1000 DM sind 1000 DM. Muß ich aber mein Geld nicht für Milch, Brot und Wohnung ausgeben, – habe ich vielmehr Geld übrig, dann kann ich es verleihen und habe am Ende meine 1000 DM plus Zinsen und womöglich plus Zinseszinsen. Mark ist nicht gleich Mark. Geld ist nicht gleich Geld. Die verliehene Mark ist mehr wert als die ausgegebene. Verliehenes Geld weist gegenüber dem ausgegebenen Geld einen *Mehrwert* auf.

Geld hat einen unterschiedlichen, gespaltenen Wert: Für den, der es *zum Leben braucht*, ist es weniger wert als für den, der es *übrig hat*. Anders gewendet: Das Geld hat für den, der seinen Bedarf befriedigt, weniger Wert als für den, der keinen Bedarf hat und sein Geld daher verleiht. Nochmals anders gewendet: Geld ist für die Reichen, die es anlegen können, mehr wert als für die Ärmeren, die es ausgeben müssen.

Wer Geld besitzt, der hat sowohl den Tauschwert des Geldes als auch den Liquiditätswert. Für den Tauschwert seines Geldes hat er womöglich hart gearbeitet und sich so eine monetäre Kaufanwartschaft auf den Teil des Sozialprodukts verdient, der dem entspricht, was er selbst dazu beigetragen hat. Dafür jedoch, daß Geld einen zusätzlichen Liquiditätswert besitzt, der ihm zugute kommt, kann er nichts. Er ist weder Hersteller des Geldes noch Urheber der monetären Liquidität. Sie ist nicht sein Verdienst, sondern eine Eigenschaft des Geldes selbst. Der Liquiditätsvorteil fällt dem jeweiligen Geldbesitzer ohne Gegenleistung in den Schoß. Ist er wohlhabend genug, sein Geld nicht ausgeben zu müssen, sondern es anlegen zu können, dann kann er den Liquiditätsvorteil, der ihm in den Schoß fällt, wiederum liquidieren. So wenig er Produzent der Liquidität von Geld ist, so wenig verdient er die Vorteile, die daraus herrühren, und ebenso wenig ist es gerechtfertigt, daß die Geldordnung es ihm ermöglicht, privaten Nutzen in Form von Zinsen daraus zu ziehen. Der Zins ist

in diesem genauen Sinne unverdientes Einkommen: Einkommen ohne Leistung. (Dieser Befund wird nur dadurch verdeckt, daß der Verleiher dem Entleiher tatsächlich eine Leistung erbringt: Er stellt ihm Liquidität zur Verfügung. Insofern ist der Zins also durchaus eine »Gegenleistung« für die Überlassung der Vorteile aus Liquidität. Aber diese Vorteile als solche sind nicht durch Leistung erworben, sondern sind eine unverdiente Zugabe beim Geld. Deshalb ist auch der Zins unverdientes Einkommen. Aber die Täuschung, die durch den Schein einer eigenen Leistung entsteht, ist so perfekt, daß es schwer ist, die Einsicht in die richtigen Zusammenhänge zu vermitteln.)

Damit rundet sich das Bild: Wo *Geld ohne Bedarf* ist, dort stellt sich auch *Einkommen ohne Leistung* ein, und das wiederum bewirkt, daß *noch mehr Geld* ohne Bedarf und *noch mehr* Einkommen ohne Leistung entstehen. Dieser »Einkommensfähigkeit ohne eigene Leistung« steht die Arbeitslosigkeit als »eigene Leistungsfähigkeit ohne Einkommen« gegenüber: Geld, das als Einkommen *ohne* Leistung gezahlt wird, fehlt dann zur Bezahlung von Einkommen *aus* Leistung.

So sorgt die Geldordnung dafür, daß typischerweise diejenigen, die weder Bedarf haben, noch eine eigene Leistung in die Volkswirtschaft einbringen, den Mehrwert des Geldes erhalten. Das sind dann Gelder, die andernorts fehlen und als Nachfrage so lange ausfallen, bis sie wieder zinspflichtig denjenigen zurücktransferiert werden, die Bedarf haben. Aufbringen müssen diese Zinsen entweder diejenigen, die als Letztverbraucher oder Unternehmer Kredite in Anspruch nehmen, oder diejenigen, welche die mit Zinskosten belasteten Waren und Dienste kaufen: eine ständige Subventionierung der Kapitalrentner durch die Produzenten und Letztverbraucher. Diese in die Geldordnung einprogrammierte Subventionierung der Wohlhabenden durch die Schaffenden übertrifft zwar noch nicht hinsichtlich ihres Volumens, wohl aber hinsichtlich ihrer dysfunktionalen Auswirkungen die meisten wohlfahrtsstaatlichen Transfers bei weitem.

Eine solche ständige Subventionierung der Vermögenden durch die Produzenten und Verbraucher ist ungerecht. Ungerechtigkeit jedoch pflegen die Ökonomen nicht aus der Ruhe zu bringen. Mit so etwas finden sie sich ab, wenn das, worum es geht, wirtschaftlich funktionstauglich ist. Aber die Subventionierung derer, bei denen der Bedarf fehlt, durch die anderen, die Bedarf haben, ist nicht nur ungerecht, sondern sie ist erst recht volkswirtschaftlich unsinnig.

Es mag sein, daß der Zwangssparprozeß, dem die Produzenten und Konsumenten durch den beschriebenen, geldordnungsbedingten Subventionierungsmechanismus zu Gunsten der »Anleger« unterworfen werden, wenig-

stens funktionstauglich war während einer Aufbruchs- und Aufbauphase, *wenn man davon ausgeht, daß in einer solchen Phase die Sparquote auf Biegen* und Brechen hochgehalten werden muß. Bei einer Volkswirtschaft jedoch, die in den Wohlstand kommt, wird diese Subventinierung der Bedarfslosen durch die Bedürftigen absurd und grotesk. Und sie wird auf lange Sicht tödlich für die Wirtschaft.

5. *Pathologisches Wachstum*

Wer sein Einkommen durch Arbeit oder Leistung »im Schweiße seines Angesichts« verdient, der weiß jede zusätzliche DM zu schätzen, und er überlegt sich, ob es sich noch lohnt, für die Vorteile, die sie ihm einbringt, mehr zu arbeiten. So wird er sich in der Regel hüten, weit über seinen gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf hinaus zu schuften. Bei ihm ist eine Bremse eingebaut, die dem entgegenwirkt, daß durch seine Kasse zu viel Geld ohne Bedarf fließt: nämlich der sinkende Grenznutzen, den ein weiterer Einkommenszuwachs im Verhältnis zu dem Aufwand hat, der dafür erforderlich ist. An eben einer solchen Bremse fehlt es bei dem Einkommen ohne Leistung, das aus dem Geld ohne Bedarf gezogen werden kann: Dieses Einkommen hat die Tendenz zur pathologischen Selbstvermehrung wie bei Krebszellen, die das gesunde Gewebe durch ihr unkontrolliertes Wachstum schädigen und am Ende zerstören. Denn es kostet keinen Tropfen Schweiß, dieses leistungslose Einkommen zu erzielen. Also reizt auch ein noch so geringer Grenznutzen jeder zusätzlichen DM zur Motivierung. Der Traum vom großen Vermögen und der dadurch vermittelten Macht genügt alleweil.

*Die Kassen mit hohem Gelddurchfluß, aber ohne Bedarf, sind Liquiditäts*strudel, die Liquidität in sich hinein- und durch sich hindurchsaugen. Sie wirken auf Liquidität ähnlich wie die Schwarzen Löcher im All auf Materie und ziehen davon um so mehr an, je mehr schon darin verschwunden ist. Anders als die Schwarzen Löcher die angezogene Materie behalten die Kassen ohne Bedarf die aufgesogene Liquidität nicht in sich, sondern sie geben sie wieder frei, und zwar gegen Zins. Dieser Zins freilich muß irgendwo außerhalb des monetären Bereichs erwirtschaftet und abgezweigt werden. Wird er bei Letztverbrauchern abgezweigt anläßlich von Konsumentenkrediten, so ist der Tag absehbar, an dem die Letztverbraucher kein Geld mehr für die Nachfrage haben, weil sie alles für Zinsen ausgeben müssen. Dem Absaugen von Zinsen beim Konsum sind also schnell prohibitive Grenzen gesetzt. Verbleibt nur der Bereich von Leistung und Produktion. In diesem Bereich jedoch können die anschwellenden Zinsströme nur abgezweigt werden, wenn sein Wachstum mit dem Anschwellen der Zinsströme Schritt hält. Also muß die Volkswirtschaft

insgesamt pathologisch wachsen, weil eine ihrer Stromgrößen pathologisch wächst.

Nicht nur weil die Bedürfnisse der Menschen ins Kraut schießen, ist die Wirtschaft zum Wachsen verurteilt, sondern – im Gegenteil! – weil immer mehr Gelder durch Kassen fließen, wo sie auf *keinen Bedarf* stoßen. Die Wirtschaft »muß« wachsen, weil die Leute, die volle Kassen, aber keinen realen Bedarf mehr haben, den abstrakten Bedarf nach Mehrwert entwickeln und Gelegenheit erhalten, diesen ihren abstrakten Bedarf durchzusetzen.

Was dem »realen Bereich« und dem »Beschäftigungsbereich« in Form von Einkommen ohne Leistung entzogen und im »monetären Bereich« durch die Kassen ohne Bedarf geleitet wird, bevor es in die reale Wirtschaft zurückfließen darf, das fehlt dort in der wirklichen Wirtschaft mehr und mehr als Lohn, der für wirkliche Leistung gezahlt werden könnte, und nur wenn dieser Ausfall durch Wachstum hinreichend ausgeglichen wird, kann Vollbeschäftigung angenähert bleiben, wobei die Ökonomen freilich ihre Rechnung ohne Rücksicht auf Art und Umfang des Bedarfs machen.

Die Zunahme der Zinsströme bleibt übrigens weit hinter der Beschleunigung zurück, die nach der Zinseszinsformel abstrakt-theoretisch errechnet werden könnte: Ein Teil der Zinsen wird weggesteuert; ein anderer Teil wird nicht wieder angelegt, sondern wird doch zu Nachfrage; Geldforderungen werden bei Konkursen oder anderweit vernichtet ... usw. Diese und ähnliche Vorgänge sorgen für eine gewisse Verzögerung und Dämpfung. Das exponentielle Wachstum ist damit aber noch nicht beseitigt. Man könnte daran denken, leistungsloses Einkommen wegen seiner verheerenden Wirkungen wegzusteuern, zumindest, wenn es nicht in reale Nachfrage transformiert wird. Doch das wäre nur ein Kurieren am Symptom. Wir sollten der Ursache zu Leibe rücken.

6. *Das Mehrwertsyndrom*

Die einzelnen Symptome sind nun schon weitgehend gedeutet. Jetzt muß die zusammenfassende Diagnose folgen. Sie führt von den Symptomen zu ihrem Zusammenhang untereinander und damit zum Krankheitssyndrom hin. Sie läuft nach allem auf die Lösung einer Art Rätsel mit vier Unbekannten hinaus: Wir haben

(1) Leistungsreserven, die nicht abgerufen werden;

(2) Nachfragelücken, verursacht erstens durch
- Bedarf, dem zur Nachfrage das Geld, und zweitens durch
- Gelder, denen zur Nachfrage der Bedarf fehlt; sodann

(3) Einkommen ohne Leistung aus Liquiditätsvorteilen und schließlich

(4) Wachstumszwang durch die Gelder ohne realen Bedarf.

Der gemeinsame Nenner für diese Symptome ist zunächst der Zins: Er erzeugt das leistungslose Einkommen, das tendenziell einerseits zu Geld ohne Bedarf und andererseits zu Geldmangel beim Bedarf führt. Zugleich ist der Zins der entscheidende Kostenfaktor, der das Recycling der Gelder aus den Kassen ohne Bedarf in die Kassen mit Bedarf erschwert oder verhindert. Vor allem motiviert der Zins überhaupt erst dazu, daß Zinsen nachgefragt werden statt wertvoller Güter, die als schatzbildende Anlage geeignet sind und wertschaffende Arbeit erfordern. Die Recycling-Kosten wiederum bestehen so gut wie nur aus den Zinsen. Gäbe es keine Zinsen, die den Befund zum Problem und das Problem zum Krisengenerator machten, dann fände der Bedarf das Geld, das ihm zur Nachfrage verhelfen und ihn mit dem Leistungsangebot wieder ins Geschäft bringen würde. Die Zinsen stellen die Kostenschranken dar, die zu überwinden die Selbstheilungskräfte des Marktes auf lange Sicht nicht ausreichen. Die Zinsströme wachsen überproportional an: So, als ob bei einem Kinde ein Fehler im Blutkreislauf dazu führte, daß immer mehr des umströmenden Blutes nicht durch die Lunge, sondern an ihr vorbeiflösse: So wenig wie dieses Blut mit Sauerstoff aufgefrischt würde, so wenig wird das Geld in den Zinsströmen wieder hinreichend mit Bedarf aufgeladen. Diesem Geld gesellt sich nur der verhängnisvolle »Bedarf« nach mehr Geld: der »Bedarf« nach dem Mehrwert bei.

Die monetäre Absurdität hat ihren Grund im Mehrwert des verliehenen Geldes. Wer also wieder Sinn in die Geldordnung bringen will, der muß dem Mehrwert des verliehenen Geldes auf den Grund gehen. Dieser Mehrwert ist nach allem der *gemeinsame Nenner* für die Symptome, die uns in unserer Wirtschaft heute zu schaffen machen. Wir haben es also mit einem *Mehrwertsyndrom* zu tun. Um dem Mehrwert auf die Spur zu kommen, muß man den Zins analysieren. Um dem Mehrwert beizukommen, muß man den Zins beeinflussen und senken. Das führt zur Therapie.

III. Therapie

Kann man irgendwelche wirtschaftlichen Größen (»Parameter«) so beeinflussen, daß das Mehrwertsyndrom entschärft wird oder gar kuriert werden kann? Ein plumpes Zinsverbot kommt in einer freiheitlichen Marktwirtschaft selbstverständlich nicht in Betracht, sondern nur marktkonforme Lösungen. Um nun zu erkennen, bei welchen wirtschaftspolitischen »Parametern« die Therapie anzusetzen hat, wenn man dem Mehrwertssyndrom *bei der Ursache*

zu Leibe rücken will, muß man wissen, aus welchen Komponenten sich die Rendite (Eigenverzinsung) eines Wirtschaftsgutes (wie Hausbesitz oder Geldvermögen) zusammensetzt; denn der Zins stellt nur den monetären Sonderfall einer solchen Eigenverzinsung eines Wirtschaftsgutes dar. Bei dieser Frage nach den Komponenten einer Rendite handelt es sich um wirtschaftliche Banalitäten, und es braucht wiederum nicht auf portfolio-theoretische Verfeinerungen eingegangen zu werden, die bei alledem nur die Stellen hinter dem Komma treffen, nicht die davor.

1. Die Formel für die Therapie

Wie das mit dem Eigenzins eines Wirtschaftsgutes ist, können wir uns zum Beispiel von *John Maynard Keynes*[1] sagen lassen. Er hat dafür folgende Formel angegeben:

Eigenzins = Erträge
minus Durchhaltekosten
plus Liquiditätsvorteil

Wer will, mag in diese Gleichung auch noch einen Posten für die Risiken des Wirtschaftsgutes einfügen; in unserem Zusammenhang kommt es darauf jedoch nicht an.

Die Formel für den Eigenzins ist so plausibel wie evident: Der Nutzen eines Wirtschaftsgutes ergibt sich, wenn man von seinen Erträgen die Kosten abzieht und auch noch den Nutzen veranschlagt, den es hat, daß das betreffende Wirtschaftsgut mehr oder weniger liquide ist, sich also leicht oder weniger leicht versilbern läßt (Liquiditätsvorteil). *Keynes* hat seine Formel dann selbst auf das Geld angewendet und festgestellt: Die Erträge beim Geld belaufen sich auf 0, die Durchhaltekosten auch, der Liquiditätsvorteil jedoch ist erheblich. Die Rendite einer Geldanlage besteht daher im wesentlichen aus dem Preis für den Liquiditätsvorteil: »Liquiditätsprämie« oder, genauer, »Liquiditätsverzichtsprämie«.

Die Formel ist für unser Problem nun besonders aufschlußreich. Sie zeigt nämlich, welche wirtschaftlichen Größen (»Parameter«) die Rendite eines Wirtschaftsgutes, also auch den Zins des Geldes bestimmen: Erträge, Durchhaltekosten, Liquiditätsvorteil. Bei *einem* dieser Parameter *muß* man ansetzen, wenn man die Höhe des Zinses beeinflussen will:

(1) *Erträge* würden den Zins nur erhöhen, sie kommen nicht in Betracht.

1 *Keynes*, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 1936, S. 188ff.

(2) Der *Liquiditätsvorteil* ist eine Folge der Eigenschaften von Geld; er ließe sich nur mit der Beseitigung des Geldes selbst beseitigen.

(3) Verbleiben nur die *Durchhaltekosten:*

Um den Zins zu senken und damit den Mehrwert verschwinden zu lassen, müßte man dem Geld Durchhaltekosten anheften. Genau das hat *Keynes* erwogen, um den langfristig verhängnisvollen Auswirkungen entgegenzuwirken, die der Zins auf die »wirksame Nachfrage« hat. *Keynes* schreibt: »Jene Reformer, die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch das Erfordernis periodischer Abstempelung der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient diskutiert zu werden.« »Worauf es ankommt, ist die *Differenz* zwischen Liquiditätsprämie und Durchhaltekosten.[1]«

Eigenartigerweise hat *Keynes* diesen seinen eigenen Gedanken nicht weiterverfolgt, sondern eine Richtung eingeschlagen, die später unter dem Namen »Keynesianismus« Schule machen sollte und, wie wir heute wissen, langfristig in eine Sackgasse mündet. Er hielt seinerzeit die Einführung von Durchhaltekosten für Liquidität in der damals vorgeschlagenen Form eines Stempelgeldes für »nicht durchführbar«. Darauf wird zurückzukommen sein.

2. *Abschöpfung des Mehrwertes*

Worum geht es bei den Durchhaltekosten auf Liquidität der Sache nach? Die Zinsformel von *Keynes* macht es augenfällig: Die Durchhaltekosten zehren den Liquiditätsvorteil des Geldes mehr oder weniger auf. Sie bewirken, daß beim Geldverleih (Verkauf von Liquidität) nicht mehr wie ohne Durchhaltekosten eine Vermögensbestandsvermehrung herausgewirtschaftet werden kann. Also wird mit den Durchhaltekosten auch der Mehrwert des verliehenen Geldes je nach Höhe der Durchhaltekosten mehr oder weniger abgeschöpft.

Über die Höhe der Durchhaltekosten lassen sich mancherlei Überlegungen anstellen. Insbesondere bei ihrer ersten Einführung muß man wohl Vorsicht walten lassen und vielerlei Auswirkungen bedenken. Auch die *rechtstechnische* Frage, *wie* dem Geld Durchhaltekosten angeheftet werden können, soll hier noch offen bleiben. Für die folgenden, insofern abstrakten und eher idealtypischen Überlegungen soll jedoch davon ausgegangen werden, daß die durchschnittlichen Durchhaltekosten so dosiert werden, daß sie den Liquiditätsvorteil etwa aufzehren: nach der Formel, wonach der Zins gleich ist den

1 S. 196, 298–302. Bei den Reformern, die *Keynes* hier im Auge hat, handelt es sich um *Silvio Gesell* (dazu S. 28, 298–302, 313, 320) und um *N.A.L.J. Johannsen* (dazu *Keynes*, Vom Gelde, 1931/32, S. 375).

Liquiditätsvorteilen minus die Durchhaltekosten. Dann bleibt ein Geld übrig, das beim langfristigen Verleihen keinen wesentlich anderen Wert hat als beim Bezahlen eines Kaufpreises: Geld ohne gespaltenen Wert, *Geld ohne Mehrwert.* Wer solches Geld verleiht, der tauscht es wie bisher um in einen Rückzahlungsanspruch aus dem Darlehensvertrag, in eine Obligation. Damit entgeht er den Durchhaltekosten; denn nicht die Obligation, sondern nur das Geld in der Kasse verursacht Durchhaltekosten. Und nach Ablauf der Darlehenszeitspanne erhält er wie bisher seine Valuta zurück, und zwar ohne Verlust, aber auch ohne Zinsen.

Die künstlichen Durchhaltekosten zehren einen Teil der in der Kasse *bereitgehaltenen* monetären Kaufkraft auf. Insoweit kann das »Geld mit Durchhaltekosten«, das *Keynes* ins Auge gefaßt hat, mit inflationiertem Geld, wie wir es heute haben, verglichen werden. Auch bei der Inflation entwertet sich das bereitgehaltene Geld *in der Kasse.* Es verursacht Durchhaltekosten, und man weiß, daß gerade dieser Effekt der Inflation einen kurzfristig nützlichen, langfristig jedoch schädlichen Effekt für die Konjunktur hat; denn unsere heuti ge Inflation ergreift nicht nur das Geld in der Kasse, sondern auch die Währung als solche, insbesondere die Währungseinheit als den Maßstab für Kaufkraftschulden: Nicht nur die »DM« *in der Kasse,* sondern auch die »DM« *an sich* verliert an Kaufkraft. Und in diesem Punkt unterscheiden sich die von *Keynes* erwogenen Durchhaltekosten grundlegend von der landläufigen Inflation: Die *Keynesschen* Durchhaltekosten belasten *nur* das Geld in der Kasse, lassen jedoch gerade *die Währung als solche* von dem Schwund unberührt, der das Geld in der Kasse ergreift. Die Inflation jedoch erfaßt beides, weil das Geld in *der Kasse sich absolut entwertet und nicht nur durch den Kostenfaktor* »Durchhaltekosten« *relativ* zur Währungseinheit. Wegen dieses grundlegenden Unterschiedes bleiben die langfristig nachteiligen Folgen der kurzfristig nützlichen Inflation beim »Geld mit Durchhaltekosten« gerade aus. Beim »Geld mit Durchhaltekosten« lassen sich also die segensreichen Wirkungen der Inflation mit denen einer stabilen Währung verbinden: 5 % wohldosierte Inflation des Zahlungsmittels mit 0 % Inflation bei der Währungseinheit: eine keynesianische Alternative zum Keynesianismus!

Schulde ich jemandem 1000 D M und habe ich 1000 DM in der Kasse, dann zehren die Durchhaltekosten zwar an meinem Kassenbestand, nicht aber an *meiner Schuld und ebensowenig an der Forderung meines Gläubigers.* Die Durchhaltekosten zehren an meinem Kassenbestand aber nur genau so sehr, wie ein Kassenbestand durchschnittlich wirtschaftliche Vorteile mit sich bringt. Für den also, der nicht aus wirtschaftlichen Gründen Kasse halten muß, bringt es nach wie vor einen Vorteil, sein Geld nicht in der Kasse zu lassen, sondern zu verleihen und die Liquiditäts(verzichts)prämie zu kassieren.

So bleibt auch bei Durchhaltekosten auf Liquidität der Geld- und Kreditmarkt in Funktion. Man bekommt vom Markt eine Prämie dafür, wenn man auf seine Liquidität verzichtet. Die Durchhaltekosten, in Maßen angewendet, sind vollkommen marktkonform. Sie beseitigen nicht die Liquiditätsprämie, sondern stellen nur einen Kostenfaktor dar, der die Rendite von Geldanlagen so weit schmälert, daß per Saldo bei einer entsprechenden Höhe der Durchhaltekosten eine Bestandsvermehrung nicht mehr herausgewirtschaftet werden kann.

Die Einführung von Durchhaltekosten auf Liquidität würde auch nicht etwa das Ende von haftendem Risikokapital bedeuten. Im Gegenteil: Soweit die Entlastung von Zinsen zur Folge hätte, daß sich bei den Unternehmern schneller höhere Gewinne einstellen, würde die Bildung von Risikokapital in der wirtschaftspolitisch idealen Form von Eigenkapital gefördert. Soweit sonst in »Kassen ohne Bedarf« entbehrliche Gelder herumliegen, sind sie mehr denn je dazu prädestiniert, wegen ihres »marginalen« Charakters als Risiko-Puffer zu fungieren, und die Aussicht, ein Einkommen aus Kapital nur dadurch erwerben zu können, daß man etwas riskiert, würde die Neigung zur Risiko-Anlage sicherlich eher fördern als hemmen. Und wer dann mit solchem Kapital Gewinne einstreicht, der hat sie auch verdient und zugleich bewiesen, daß er ein guter Risiko-Spieler ist, den man mit solchen Risikoprämien dazu befähigen soll, weiterzuspielen.

3. *Der Trick mit dem Greshamschen Gesetz*

Keynes hielt die Idee, die Geldscheine periodisch abstempeln zu lassen, für undurchführbar. Ob man die technischen Schwierigkeiten wirklich so hoch einschätzen soll, ist zweifelhaft, vor allem, wenn man sieht, wie heute jedes Kind in öffentlichen Verkehrsmitteln seine Fahrscheine am Automaten abstempelt. Und ob geldtechnische Schwierigkeiten solcher Art nicht vielmehr vernachlässigt werden können, wenn es sich um 2,5 Millionen Arbeitslose handelt, ist einer Erörterung wert. Doch brauchen wir uns darüber nicht den Kopf zu zerbrechen; denn es gibt durchaus wenigstens eine sehr elegante, bequeme und unaufwendige monetäre Technik zur Einführung von Durchhaltekosten auf Liquidität.

Nach dem *Gresham*schen Gesetz verdrängt das schlechte Geld das bessere aus dem Verkehr. Was heißt das? In Zeiten, zu denen verschiedene Münzen im Umlauf waren, konnte man beobachten, daß die Teilnehmer am Wirtschaftsverkehr die besseren Münzen behielten und die schlechteren weitergaben: Die nach Gewicht und Feingehalt wertvolleren Münzen behielt man im Beutel oder in der Kassette, während man die nach Gewicht und Feingehalt weniger

wertvollen Münzen als Zahlungsmittel benutzte. Es ist also möglich, in *einem* Währungsgebiet mit *verschiedenen* Zahlungsmitteln derart zu arbeiten, daß sich das schlechtere auf dem Markt durchsetzt und den Ton angibt. Das führt zu folgenden Überlegungen:

Angenommen, das Währungsgesetz wird derart geändert, daß auch Überweisungen vom Konto aufs Konto (Giralgeld) als gesetzliche Zahlungsmittel anerkannt werden. Dann könnte die Bundesbank einen Teil des umlaufenden Geldes statt in Form von Banknoten ausgeben in Form von Giralgeld, das den *Banken zur Verfügung gestellt wird. Dann würde es auch keinerlei geldtech*nische Schwierigkeiten bereiten, dieses Giralgeld mit den jeweils geldpolitisch für erforderlich gehaltenen Durchhaltekosten zu belasten: Diese Durchhaltekosten würden den Konten belastet wie heute Überziehungszinsen oder Buchungsgebühren. Da dieses Giralgeld mit Durchhaltekosten belastet wäre, wäre es »schlechter« als die übrigen Banknoten und Münzen. Weil es sich um ein gesetzliches Zahlungsmittel handeln würde, müßte sich jeder gefallen lassen, daß man ihn mit diesem »schlechten« Giralgeld bezahlt, so wie früher die Leute mit den schlechteren Münzen vorlieb nehmen mußten, wenn ihre Schuldner die besseren in der Kasse behielten. Bei alledem müßte freilich die Zahlung mit Giralgeld ähnlich garantiert werden wie der gutgläubige Erwerb von Banknoten und Münzen.[1]

So würde sich auf dem Markt das neue, mit Durchhaltekosten belastete Giralgeld durchsetzen. Für die Banknoten und Münzen alter Art und Güte müßte ein Aufgeld bezahlt werden, wenn man sie sich besorgen will. Man könnte also nach wie vor Automaten mit Münzen bedienen und Zahlungen, die geheim bleiben sollen, mit alten Banknoten tätigen, müßte aber für die *besonderen, in Anspruch genommenen Vorteile auch entsprechende Kosten* in Kauf nehmen.

Was aber heißt es, daß sich das neue mit Durchhaltekosten belastete Giralgeld im Verkehr »durchsetzt« und »den Ton angibt«? Das bedeutet, daß sich dann der Zins des Geldes nach der *Keynes*schen Formel richtet: Zins gleich Liquiditätsprämie minus Durchhaltekosten. Von dieser Form der Durchhaltekosten auf Liquidität läßt sich nicht mehr sagen, sie sei undurchführbar. Zu reden bliebe freilich über vieles: Mit welchen Geldmengen soll dabei operiert werden? Mit welchen Mindestreservesätzen soll die Menge des Giralgeldes unter Kontrolle gehalten werden? Mit welchem Prozentsatz für die Durchhaltekosten sollte die Umstellung der Geldordnung auf »Geld ohne Mehrwert« eingeleitet werden? Ob und in welchem Umfange wären schließlich nationale

1 Denkbar wäre auch, statt des mit Durchhaltekosten belasteten Giralgeldes nur die umlaufenden Banknoten höheren Nennwertes durch Stempelgeld zu ersetzen; der Effekt wäre entsprechend.

Alleingänge möglich und wie würde sich ein nationaler Alleingang auf die Flucht von Geldkapital einerseits sowie auf die Neubildung von Realkapital andererseits auswirken?

4. *Geld ohne Mehrwert*

Werden dem Geld Durchhaltekosten in einer Höhe angeheftet, die dafür sorgen, daß die im Falle eines Geldverleihs erzielbare Liquiditätsverzichtsprämie aufgezehrt wird, dann ist das Geld in der Kasse genau so viel wert wie Geld, das verliehen wird, und wie Geld, das ausgegeben wird. Dann hat das Geld keinen gespaltenen Wert mehr. Verbleibt dem Geldbesitzer wegen der Durchhaltekosten kaum noch etwas von seinem wirtschaftlichen Liquiditätsvorteil, so kann er ihn bei der Kreditvergabe auch nicht mehr vom Entleiher vergütet verlangen. Was der Verleiher an Zins nicht fordern kann, spart der Entleiher an Kreditkosten. Die Kreditkosten hatten sich jedoch oben als nichts anderes erwiesen als volkswirtschaftliche Recycling-Kosten: nämlich als Kosten, die anfallen, wenn Liquidität aus Kassen, in denen sie nicht zur Befriedigung eines Bedarfes gebraucht wird, in andere Kassen transferiert werden soll, wo sie benötigt wird. Sinken aber diese Transfer- und Recycling-Kosten, dann werden Transfer und Recycling auch erleichtert. Mit anderen Worten: Es wird volkswirtschaftlich wieder erschwinglich, den unbefriedigten volkswirtschaftlichen Bedarf mit den ungenutzten volkswirtschaftlichen Leistungsreserven ins Geschäft zu bringen. Die Arbeitslosigkeit wird abgebaut. Das »Geld ohne Bedarf« kommt zum Nulltarif zu dem »Bedarf ohne Geld« und verhilft dem Bedarf zur Nachfrage und damit zur Befriedigung durch volkswirtschaftliche Leistung.

»Nulltarif« heißt freilich nicht, daß das Geld denen, die gegenwärtigen Bedarf haben, geschenkt würde: Es geht hier nur um die Kosten von Krediten! Das verschobene Geld muß selbstverständlich zu vereinbarter Zeit zurückgezahlt werden; nur eben der Zins entfällt. An seine Stelle treten die Durchhaltekosten beim Entleiher: Er trägt jetzt keine *Kapital*kosten mehr, die während der ganzen Laufzeit des Kredits anfallen, sondern nur noch *Liquiditäts*kosten, die nur solange anfallen, wie er das geliehene Geld in der Kasse behält, bevor er es wieder ausgibt (immer angenommen, daß die Durchhaltekosten so dosiert wurden, daß sie den Liquiditätsvorteil kompensieren).

»Geld ohne Mehrwert« bedeutet aber noch mehr: Bislang sind hier nur die Zinsen von Geldkapital ins Auge gefaßt worden, nicht auch schon die Renditen von Realkapital. Wenn die Zinsen von Geldkapital dank der Durchhaltekosten nennenswert gesenkt werden, und zwar so, daß darunter die Marktwirtschaft nicht Schaden leidet, sondern nur ihren Nutzen davon hat, dann bleibt

das nicht ohne Folge für die Renditen von Realkapitalien. Denn zwischen dem Zins des Geldes und den Renditen aus (vermehrbaren) Realkapitalien besteht ein Wirkungszusammenhang, der auf die ökonomische Formel gebracht zu werden pflegt, daß der Grenznutzen des Geldkapitals den Standard setzt für den Grenznutzen von Realkapital. Wirft Geld weniger Zinsen ab, so muß auch Realkapital nicht so viel Rendite abwerfen, und es lohnt sich daher schon früher wieder, das Realkapital »Arbeitskraft« unternehmerisch einzusetzen. Auch insofern ergibt sich ein Abbau der Arbeitslosigkeit, von anderen Folgen und Fernwirkungen ganz zu schweigen.

Eine strukturelle Ursache für langfristige Arbeitslosigkeit liegt also in der Geldordnung. Sie kann als das *Mehrwertsyndrom* bezeichnet werden und hängt zusammen mit unserem heutigen »Geld mit Mehrwert«. Wenn nun nicht nur die Symptome des Syndroms behandelt werden sollen, sondern auch seine Ursachen, dann muß die Struktur der Geldordnung und damit die Eigenschaft des Geldes, Zinsen zu bringen, beeinflußt werden. Das geschieht rechtstechnisch mit Hilfe der Durchhaltekosten auf Liquidität. Sie schöpfen mit dem Liquiditätsvorteil den Mehrwert des Geldes ab. So wird das Mehrwertsyndrom kuriert und ein »Geld ohne Mehrwert«[1] geschaffen.

1 Ausf. *Suhr*, Geld ohne Mehrwert, im Erscheinen: *Fritz Knapp*, Frankfurt. Zur verfassungsrechtlichen Seite ders., Die Geldordnung aus verfassungsrechtlicher Sicht, in: *Starbatty* (Hrsg)., Geldordnung und Geldpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft, 1982, S. 91–116.

Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschaftsordnung

– Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien –

Fritz Penserot

Einer der bedeutendsten und einflußreichsten Nationalökonomen dieses Jahrhunderts, John Maynard Keynes (1883–1946), schrieb am Schluß seiner »Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«: »Die Ideen der Ökonomen und politischen Philosophen, mögen sie richtig oder falsch sein, (sind) mächtiger, als gemeinhin angenommen wird. Die Welt wird in der Tat von wenig anderem beherrscht... Ich bin überzeugt, daß die Macht des Kapitals (vested interests) im Vergleich mit dem allmählichen Durchdringen von Ideen stark übertrieben wird... Früher oder später sind es Ideen, und nicht Kapitalinteressen, von denen die Gefahr kommt, sei es zum Guten, sei es zum Bösen.«

Mag man angesichts der offensichtlichen Mißachtung volkswirtschaftlicher Erkenntnisse, gerade auch im Lager des westlichen Kapitalismus, in dem übermächtige Profitinteressen so oft den Ausschlag in der Politik geben, auch seine Zweifel an der Richtigkeit der Keynes'schen Überzeugung haben, so ist doch unbestritten, daß die Ideen der Ökonomen nicht nur oft von entscheidender Wirkung auf die Politik sind, sondern daß auf die Dauer die Welt nur dann zusammenhalten kann, wenn wahre Ideen die Politik der Völker bestimmen.

I

François Quesnay (1694–1774) und die Physiokraten

Der Grundbegriff des Systems der *Physiokraten* ist die *Natürliche Ordnung (Ordre Naturel).* Sie ist die von Gott für das Glück der Menschen gewollte Ordnung, die Ordnung der Vorsehung. »Die natürliche Ordnung ist die physische Verfassung, die Gott selbst dem Weltganzen gegeben hat« *Dupont de Nemours).* »Die Gesetze (der Vorsehung) sind unabänderlich, sie gehören zum Urwesen der Menschen und der Dinge, sie sind der Willensausdruck Gottes... Alle unsere Interessen, all unser Wollen vereinen sich .. und bilden für unser gemeinsames Glück eine Harmonie, die man als das Werk einer gütigen Gottheit, die die Erde von glücklichen Menschen bewohnt sehen möchte, ansprechen kann« (*Mercier de la Rivière*).

Die Natürliche Ordnung bezieht sich aber keineswegs nur auf die außermenschliche Natur-Ordnung und -Gesetzlichkeit, sondern in gleicher Weise auf die Ordnung des sozialen und des Wirtschaftslebens. Die Natürliche Ordnung ist für die Physiokraten absolut »selbstverständlich«, sie ist schlechthin »evident«, eine »Tatsache«, die man einfach nur »sehen«, erkennen muß.

Wenn man aber die Natürliche Ordnung erkennen kann, dann ist es auch die Pflicht der Menschen, sich mittels ihrer Vernunft zur Erkenntnis dieser Ordnung durchzuringen; und es ist ihre weitere Pflicht, ihre Sozial- und Wirtschafts-Ordnung der gewonnenen Erkenntnis entsprechend zu gestalten. Insbesondere ist es die Pflicht des Herrschers, die Natürliche Ordnung zu verwirklichen oder ihre Verwirklichung zu gewährleisten, notfalls sogar zu erzwingen.

»Wenn dann aber die Natürliche Ordnung voll verwirklicht sein wird, dann tritt sie in aller Glorie zum Vorschein, und dann – aber nur dann – wird das wirtschaftliche Selbst-Interesse der Menschen zugleich zum Förderer des Allgemeininteresses.«

Denn: »folgen wir der Natürlichen Ordnung, dann muß auch der Mensch mit seinen eigenen Interessen in diese Ordnung hineinpassen, da 'sie tatsächlich die dem menschlichen Geschlechte vorteilhafteste ist' (*Abbé Baudeau*). Jeder Einzelmensch wird 'ganz natürlich' dem Weg folgen, der für ihn der vorteilhafteste ist. Er wird ihn in aller Freiheit finden, ohne daß irgend ein Zwang nötig ist, ihn vorwärts zu treiben. 'Die Gesetze der Natürlichen Ordnung hindern in nichts die Freiheit des Menschen .., denn die Vorteile dieser höchsten Gesetze sind ganz offenbar das Ziel der besten Wahl, die die Freiheit treffen kann.'« (*François Quesnay, 1694–1774*).

Freiheit ist also keinesfalls Willkür, sondern – im Gegenteil – Erkenntnis und Erlangung der Übereinstimmung mit der Harmonie der Natürlichen Ordnung.

Die *Natürliche Ordnung* ist durchaus nicht die 'Ordnung', die die Beobachtung der Tatsache den Physiokraten enthüllt haben könnte, sondern die Ordnung, die sie selbst in sich trugen. Es ist im Grunde jene übernatürliche *göttliche Ordnung*, die sich weit über die Zufälligkeiten der 'Wirklichkeit' erhebt, die ihnen in ihrer Allgemeingültigkeit und Unveränderlichkeit vor Augen stand. Sie ist die »einzige, ewige, unveränderliche und allgemeine Gesetzesvorschrift; sie ist tatsächlich göttlich und grundwesentlich« (*Abbé Baudeau*). »Wer nicht vergessen kann, daß es voneinander getrennte und verschieden regierte Staaten (mit den unterschiedlichsten machtpolitischen 'Interessen' – d. Verf.) gibt, kann niemals eine Frage der politischen Ökonomie richtig erfassen. .. Es handelt sich nicht um das Wissen von dem, was ist, oder dem, was war, sondern von dem, was sein *soll*.« (*Turgot*, 1770) »Die Rechte des Menschen gründen sich nicht auf seine Geschichte, sondern auf seine Natur.«

In Bezug auf die Wirtschaft führt *Quesnay* aus: »Den größtmöglichen Genußzuwachs bei größtmöglicher Ausgabenverminderung erreichen, stellt

Vollkommenheit des Wirtschaftens dar.« Wenn jeder diesem Prinzip folgt, dann wird die Natürliche Ordnung nicht gestört, sondern vielmehr dadurch gestärkt.

»Es beruht auf dem Wesensgrundsatz der Ordnung, daß der Vorteil eines einzelnen niemals vom Vorteil aller getrennt werden kann, und dies tritt unter der Herrschaft der Freiheit ein. Die Welt läuft dann von selbst. Das Trachten nach Wohlleben übt auf die Gesellschaft einen Bewegungsantrieb aus, der zu einem beständigen Streben nach dem bestmöglichen Zustand wird.« (*Mercier de la Rivière*)

Deshalb fordern *Quesnay* und die Physiokraten: *Laisser faire – laisser aller.*

* * *

Das physiokratische Lehrgebäude im engeren Sinne wird – vielleicht von einer Ausnahme, dem Gedanken des Wirtschaftskreislaufes, abgesehen – nicht ganz der außerordentlichen Bedeutung der Entdeckung (im Grunde: der Wiederentdeckung) der Natürlichen Ordnung gerecht. Der eigentliche Angelpunkt der Ansichten der Physiokraten ist die Meinung, daß ausschließlich in der *Landwirtschaft* ein *Reinertrag (le produit net)* erzielt werden könne, daß alle menschliche *Arbeit an sich aber 'steril'* sei.

»Mit körperlicher Arbeit allein kann nur soviel geschaffen werden, wie zur physischen Aufrechterhaltung des menschlichen Körpers und dessen Fortpflanzung benötigt wird. Alle Arbeiter und Nur-Handwerker stellen eine sterile Klasse dar. Auch der Arbeiter, der das Land bearbeitet, bringt keinen Überschuß zustande. Aus seiner Betätigung fließt nur soviel, wie er selbst braucht. Und dennoch gibt es einen Nettoüberschuß. Also muß es das Land, die Natur sein, die einen Netto-Überschuß erbringt. Nur in der Landwirtschaft übersteigen die erzeugten Güter die verbrauchten. Und weil die landwirtschaftliche Gütererzeugung diese einzige und wunderbare Fähigkeit des Reinertrages hat, kann die Spartätigkeit einsetzen und die Zivilisation entstehen. 'Das Glück der ganzen Menschheit ist eng mit dem größtmöglichen Reinertrag verbunden' (*Dupont de Nemours*).' 'Die Arbeit aber, die sich nicht mit dem Boden beschäftigt, ist vollständig unproduktiv, denn der Mensch ist nicht Schöpfer.' (*Le Trosne*) 'Die natürliche Tatsache, daß *die Erde allein die Quelle aller Güter* ist, ist an sich schon so selbstverständlich, daß niemand sie bezweifeln kann.' (ders.) 'Die Erzeugnisse des Bodens zerfallen in zwei Teile, das was übrig bleibt, ist jener unabhängige und verwendungsbereite Teil, den die Erde als reines Geschenk über die Vorschüsse und über den Arbeitslohn hinaus dem gibt, der sie bearbeitet.' (*Turgot*) 'Die von den Handwerkern den Rohstof-

fen gegebenen Formen sind (zwar) gut und schön, aber *vor* ihrer Arbeit müssen andere schon Güter erzeugt haben; erstens alle Rohstoffe, zweitens alle Nahrungsmittel. *Nach* ihrer Arbeit müssen andere das erzeugen, womit sie entschädigt oder bezahlt werden. Im Gegensatz hierzu erzeugen die Landwirte als erste und einzige alles, was sie verwenden, alles, was sie und andere verbrauchen. Hierin liegt der Unterschied zwischen produktiv und unproduktiv.« (*Abbé Baudeau*)

'Sterile', unproduktive Klassen sind in der physiokratischen Terminologie alle die, die ihren Unterhalt aus zweiter Hand empfangen. Und der grundsätzliche Unterschied, den die Physiokraten zwischen der landwirtschaftlichen und der handwerklich-industriellen Erzeugung machen, stammt aus der Theologie: die Erzeugnisse des Bodens sind ein Werk Gottes; Gott allein ist Schöpfer; die Erzeugnisse der Handwerker und Arbeiter hingegen sind Menschenwerk, dem Menschen aber wohnt keine Schöpferkraft inne.

Hieraus resultiert, daß die Physiokraten zumeist mißverstanden wurden, ja daß sie damit ihr System unheilbar in Mißkredit gebracht haben.

* * *

Wie aber zeigt sich nun der Reinertrag (le produit net) in der täglichen wirtschaftlichen Praxis? Er zeigt sich nach Auffassung der Physiokraten am *»guten Preis« (»bon prix«)*, an dem Preis also, der einen *Mehrwert* über die Produktionskosten einschließt, wobei dieser Überschuß *allein beim Grund und Boden* entstehen könne; also das normale Ergebnis der Natürlichen Ordnung sei.

Geht man dieser Annahme der Physiokraten, daß nur in der Landwirtschaft ein Überschuß, gleich Mehrwert, Reinertrag, erzielt werde, auf den Grund, so findet man unschwer die Ursache für diese Annahme in den *Grundeigentumsverhältnissen*, in denen *Quesnay* und seine Freunde zu Anfang und um die Mitte des 18. Jahrhunderts lebten: ein großer Teil allen Grundeigentums befand sich in den Händen der Krone, des Adels und der Kirche, einer Klasse also, die ausschließlich von den Pachterträgnissen lebte, die ihre Pächter-Bauern aufbringen mußten. Das Eigentum am Grund und Boden aber war zu jener Zeit nach Ansicht der Physiokraten ein natürliches, göttliches Recht, unantastbar. Zumal diesem Recht eine ebenso göttlich-natürliche Pflicht gegenüber stand, dieses Grundeigentum als Treuhänder der Gesellschaft und des Staates bestens zu verwalten; für die immer höhere Kultivierbarkeit des Bodens zu sorgen; Vorschüsse für die notwendigen Meliorationen zu erbringen; den Pächter-Bauern in allen Fragen zu helfen; das 'produit net' weise zu

verwenden; in der Verwaltung des Königreiches verantwortlich mitzuwirken; und sich, schließlich, nicht zu bereichern oder gar bloß zu amüsieren und ein müßiges Landbsitzerleben zu führen.

Da die Physiokraten also die Grundeigentümerklasse als die geistig und politisch führende Klasse der Gesellschaft ansahen, ist der ihnen gegenüber erhobene Vorwurf der Reaktion oder der Grundbesitzerverhimmelung unberechtigt; *die Physiokraten* sind vielmehr in Wahrheit *die ersten* eigentlichen *Sozialrevolutionäre* ihrer Zeit gewesen.

Tatsächlich kann man aber nicht umhin, zu erkennen, daß der den Grundeigentümern zugeflossene *'Mehrwert'* aus der landwirtschaftlichen Produktion im Grunde nichts anderes ist als eine durch keine adäquate Gegenleistung gerechtfertigte, also unverdiente *Rente*, die ihnen allein deshalb zufloß, bzw. *die sie allein deshalb sich aneignen konnten, weil sie praktisch im Besitze des Monopols* am gesamten Grund und Boden ihres Landes gewesen sind und die Pächter-Bauern zu ihrer Zeit noch keine Möglichkeit hatten, sich diesem Monopol zu entziehen oder es mit politischen Mitteln zu überwinden oder notfalls mit Gewalt aufzubrechen.

»Daß in der *Bodenfrage* die Erklärung aller Not zu suchen sei, wurde in jener Zeit vielfach empfunden. *J.J. Rousseau*, der bekannte Philosoph und Pädagoge (1712–1778) hat 1753 in seinen 'Untersuchungen über die Ungleichheit des Menschengeschlechts' diesem Gedanken in dem oft angeführten Satze Ausdruck gegeben:

»Der erste, der ein Grundstück einzäunte und sagte: das ist mein, und der einfältige Leute fand, die ihm glaubten, war der wahre Begründer der bürgerlichen Gesellschaft! Wieviel Verbrechen, Krieg und Mord, wieviel Elend und Schrecken hätte der dem Menschengeschlechte erspart, der die Pfähle ausgerissen, die Gräben verschüttet und seinen Genossen zugerufen hätte: Hütet euch, diesem Betrüger zu glauben, Ihr seid verloren, wenn ihr vergeßt, daß die Früchte allen gehören, die Erde aber niemand!«

Die physiokratische Schule hat den Sonderbesitz am Boden ausdrücklich anerkannt; aber sie hat ihm eine besondere Stellung in der Volkswirtschaft zugewiesen und diese besondere Stellung des Bodens als die Grundlage der verheißenen naturgemäßen 'Entwicklung in Freiheit' bezeichnet.«

(Adolf Damaschke in »Geschichte der Nationalökonomie« Jena 1918)

Die Physiokraten waren die ersten, die die Verteilung der Gesamteinkünfte einer Volkswirtschaft in einem *geschlossenen System* darstellten. *Quesnay*, selbst Doktor der Medizin, erkannte in dem kurz zuvor von *Harvey* entdeckten *Blutkreislauf* ein Bild für die Art und Weise, wie sich in der Volkswirtschaft die Verteilung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion in einem *Kreislauf der Werte* vollzieht. Am Beispiel des Kreislaufs der französischen Gesamtproduktion stellte er diesen Wertekreislauf in seinem weltberühmt gewordenen *'Tableau Économique'* dar, das *Mirabeau* als die drittbedeutendste Entdeckung der Menschheit »seit dem Anfang der Welt« (nach der Erfindung der Schrift und des Geldes) betrachtete.

Kurz gefaßt, besagt diese Darstellung des Wertkreislaufs, des *Tableau Économique:*

Der Wert der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung eines Jahres beträgt 5 Mill. livres. Davon verbleiben 2 Mill. livres in der Landwirtschaft selbst. Von den verbleibenden 3 Mill. fließen 1 Mill. livres an die »sterile« Klasse des Gewerbes und der Industrie für die Anschaffung gewerblicher Erzeugnisse und 2 Mill. livres an die Klasse der Grundeigentümer. Dies ist das eigentliche 'produit net', der Reinertrag, dem keine wirtschaftliche Leistung gegenüber steht. Von diesen 2 Mill. livres nun fließen je 1 Mill. an die Landwirtschaft direkt und 1 Mill. an die gewerbliche Wirtschaft. Letztere wiederum verwendet die 2 Mill., die ihr insgesamt zugeflossen sind, zum Kauf der von ihr benötigten landwirtschaftlichen Produkte. Damit sind alle 3 Mill. livres, die von der Landwirtschaft ausgegeben worden sind, wieder zu ihr zurück geflossen, und der Kreislauf der Werte beginnt im nächsten Jahre von neuem.

So merkwürdig uns vielleicht heute das von den Physiokraten angenommene Verteilungssystem der Gesamtproduktion eines Landes vorkommen mag, so bleibt es doch das Verdienst der Physiokraten, erstmalig einen *wirtschaftlichen Allzusammenhang* entdeckt zu haben, sowie die Tatsache, daß *aus der jährlichen Produktion eines Landes auch das jährliche Einkommen der Bürger dieses Landes fließt.*

Stärker als im Bereiche der volkswirtschaftlichen Theorien war der Einfluß der Physiokraten auf die *Politik* ihrer Zeit, und zwar auf die Handelsgesetzgebung, auf die Staatslehre und auf die damit verbundene Steuergesetzgebung.

Obwohl die Physiokraten von ihrem theoretischen Ansatz her, wonach in einer Natürlichen Ordnung nur die Natur einen realen Überschuß erbringen könne und alle Arbeit und Handel, Handwerk und Industrie zusammen nur eine »sterile Klasse« bildeten, dem Handel nur eine untergeordnete Bedeutung zuerkannten und den Außenhandel gar nur als »Notbehelf« (*Quesnay*) oder ein »notwendiges Übel« (*Mercier de la Rivière*) ansahen, so beeinflußten

sie doch in entscheidender Weise die *Handelsgesetzgebung* Frankreichs, indem sie auch im Bereiche des Handels ihre Grundüberzeugung des »*laisser faire – laisser aller*« durchsetzten.

»Die *Freiheit des Handels* ist in Übereinstimmung mit der Ordnung und der Gerechtigkeit, und alles, was mit der Ordnung übereinstimmt, trägt seinen Lohn in sich.« (*Le Trosne*). »Man muß die vollständige Handelsfreiheit aufrecht erhalten, denn die für das Volk und den Staat sicherste, genaueste und vorteilhafteste Regelung des Innen- und Außenhandels besteht in absolut freier Konkurrenz« (*Quesnay*). »Ein üblicher und beständiger, richtiger Preis (bon prix) bringt mit Sicherheit Überfluß – und ohne Freiheit gibt es keinen richtigen Preis, keinen Überfluß« (*Mercier de la Rivière*).

Die Handelsfreiheit bestand für die Physiokraten vor allem in der *Überwindung des merkantilistischen Systems*, das in einseitiger Weise mit der Hilfe hoher Schutzzölle den Aufbau der inländischen Industrien förderte unter gleichzeitiger Erschwerung der Getreideausfuhr und Erleichterung der Getreide- und Rohstoff-Einfuhr, um den Fabrikanten billige Arbeitskräfte und Rohstoffe zu sichern – während sie selbst in erster Linie die Stärkung der Landwirtschaft entsprechend ihrer »physiokratischen« Grundauffassungen ins Auge faßten.

»Der Verkauf der Bodenprodukte an das Ausland steigert die Revenuen aus den Ländereien; diese Steigerung der Revenuen steigert die Ausgaben der Grundeigentümer; diese Steigerung der Ausgaben lockt Menschen in das Königreich; diese Steigerung der Bevölkerung steigert den Verbrauch an Bodenprodukten; diese Steigerung des Verbrauchs sowie der Verkauf an das Ausland beschleunigen beide die Entwicklung der Landwirtschaft, der Bevölkerung und der Revenuen. Geht der Außenhandel beim Export wie beim Import frei und leicht vonstatten, so hat das Getreide einen gleichmäßigeren Preis; denn der gleichmäßigste Preis ist derjenige, der unter den handeltreibenden Nationen gang und gäbe ist. Dieser Handel gleicht jederzeit die unterschiedlich hohen Jahresernten der Nationen aus, indem er abwechselnd denen, die Mangel leiden, den Überfluß jener zuführt, die reichlich versorgt sind, und überall und immerzu Bodenprodukte und Preise auf etwa den gleichen Stand zurückführt. Darum sind jene handeltreibenden Nationen, die nicht auf eigenem Boden säen können, ihres Brotes ebenso sicher wie diejenigen, die große Gebiete bestellen. Bietet der Preis in einem Lande auch nur den geringsten Vorteil, so lockt dies die Ware herbei, und die Gleichheit wird immer von neuem wiederhergestellt. .. Es ist also nötig, daß vollkommene Sicherheit bei der Verwendung der Reichtümer für die Bodenkultur sowie uneingeschränkte Freiheit des Handels mit den Bodenprodukten herrschen.

.. Worin besteht der Wohlstand einer ackerbauenden Nation? In großen Vorschüssen, um die Revenuen und die Steuereinkünfte dauernd zu erhalten und zu steigern; in einem freien und leichten Binnen- und Außenhandel; im Genuß der alljährlichen Reichtümer aus Grund und Boden; in der baren und üppigen Entrichtung der Revenuen und der Steuer.« (*François Quesnay, Tableau Économique, 1758*)

* * *

Der *Physiokratischen Staatslehre* zufolge bewirkt die Natürliche Ordnung (Ordre Naturel) – wenn sie sich nur voll und frei auswirken kann (laisser faire – laisser aller) – von selbst eine solche Ordnung der menschlichen Gemeinschaft, daß sich der Staat bzw. der Herrscher auf ein Minimum an Gesetzen beschränken kann. Denn im Grunde »machen weder die Menschen noch die Regierung die Gesetze, und sie können sie auch gar nicht machen. Sie erkennen sie nur als in Übereinstimmung mit der höchsten Vernunft, die die Welt regiert, und übergeben sie der Gesellschaft« (*Quesnay*). Deshalb sollte der Herrscher lediglich die Aufgabe haben, die *Herrschaft der Natürlichen Ordnung* – aus eigener Einsicht in die Natürliche Ordnung – zu *garantieren*. Dazu jedoch müsse er mit einem Maximum an Autorität ausgestattet sein.

Was die Physiokraten also wollen, ist eine erbliche Monarchie, eine Art aufgeklärten 'Despotismus', keinesfalls jedoch eine Demokratie. Denn die demokratischen Volksvertreter sind »notwendig nur Vorübergehende und können daher nie in beständiger Interessengemeinschaft mit der Nation (als Ganzem) sein«. Der 'Despotismus' der Physiokraten ist nicht zu verwechseln mit dem Despotismus der Absoluten Fürsten, die – weil »absolut« – *über* dem Gesetz stehen, sondern die Physiokraten verstehen unter ihrem 'Despotismus' – gerade umgekehrt –, daß der 'Despot' *unter* dem Gesetz stehen muß; daß er absolut *im Dienste der Wahrheit der Natürlichen Ordnung* stehen muß; daß er der Natürlichen Ordnung in seiner Nation zum Durchbruch verhelfen muß, indem er auch zur Hebung der Bildung seines Volkes, zur Hebung der Einsicht in die Natürliche Ordnung maßgeblich beitragen muß.

»In dem gesetzlichen Despotismus schreiben die Befehle der Tatsachen (der Natürlichen Ordnung) die Anordnungen des Herrschers vor. Euklidus ist ein wirklicher Despot, und die geometrischen Wahrheiten, die er uns überliefert hat, sind wahrhaft despotische Gesetze; ihr gesetzlicher Despotismus und der persönliche Despotismus ist eins; ein Despotismus der unwiderstehlichen Kraft der Tatsachen (*Mercier de la Rivière*).

Nicht der Wille des Herrschers darf also Gesetz sein und nicht der Wille des Volkes, sondern »der höchste Alleinwille, der die letzte Instanz ist, ist im

Grunde genommen kein menschlicher Wille mehr: er ist die verkörperte Stimme der Natur, die *Ordnung des Himmels (Abbé Baudeau)*.«

Der Schutz dieser Natürlichen Ordnung gegen alle, die ihr irgendwie Schaden zufügen wollen, und der Schutz des Eigentums, das die Grundlage dieser Ordnung sei, das ist die erste und wichtigste Funktion des Herrschers. Wobei aber, und dies muß hier noch einmal hinzugefügt werden, der Grundeigentümer als Treuhänder der Gesellschaft das produit net zu verwalten und nicht für sich zu verwenden habe.

* * *

Durchaus entsprechend ihrer Staatstheorie ist auch die Steuertheorie der Physiokraten untrennbar mit ihrer Auffassung des Reinertrages (produit net) und des Grundbesitzes verbunden. Demzufolge müssen alle Steuern *ausschließlich aus dem produit net* (das ja den Grundbesitzern zufließt) genommen werden. Nimmt man die Steuern woanders her (also aus der 'sterilen Klasse' der nicht-landwirtschaftlichen Tätigen), dann müßten sie entweder auf das produit net überwälzt werden, oder man müßte sie aus der Substanz der 'sterilen Klasse' nehmen und diese verarmen. Man gehe deshalb zur Quelle, *wenn man Steuern erheben will! Ganz besonders wandten sich die* Physiokraten gegen das zu ihrer Zeit herrschende barbarische System der Steuerpacht (das u. a. auch *Alexis de Tocqueville* verurteilt und als einen der Hauptgründe der Französischen Revolution von 1789 erkannt hatte).[1]

Dabei fanden die Physiokraten, daß die Erhebung einer Einheitssteuer in Höhe von 30 % des produit net (damals 600 Mill. livres) genügen müsse, alle notwendigen Staatsausgaben zu decken, wobei der Herrscher seine Ausgaben auf jeden Fall nach der Höhe der Steuereinnahmen richten müsse und keinesfalls den Staat verschulden dürfe.

* * *

Versucht man die Gedanken der Physiokraten kurz zusammenzufassen, so ergibt sich etwa folgendes:

1. Es gibt eine *über* dem Menschen wirkende Gesetzmäßigkeit, eine 'Natürliche Ordnung', die sich auch in den menschlichen Verhältnissen auswirkt. Diese höhere Ordnung (analog der mittelalterlichen 'Ordo') kann der Mensch erkennen, und er muß sie in seinen gesamten rechtlich-sozialen Verhältnissen verwirklichen, wenn die Welt nicht in Unfrieden und Chaos versinken soll.
2. Es ist Aufgabe der Regierung, die Natürliche Ordnung zur Geltung zu bringen durch entsprechende Rechtsentwicklung und positive Gesetzgebung. Die

1 Vgl. Alexis de Tocqueville: L'Ancien Régime et la Révolution«, Paris 1856, deutsch bei dtv-bibliothek 1978).

Funktionen des Staates finden dabei ihre Grenze da, wo der Einzelne seine Angelegenheiten selbst am besten verfolgen kann nach dem Prinzip: 'Laisser faire – Laisser aller'.

3. Denn die volle Handlungsfreiheit genießende Person findet nicht nur besser, als der Staat es je könnte, das für ihr Wohlergehen Nützlichste, sondern sie fördert damit zugleich auch das für die Gesamtheit Nützlichste, wobei die freie Konkurrenz allein den 'richtigen' Preis (bon prix) und damit den für beide Partner vorteilhaftesten Preis herbeiführt.

4. Völlige Freiheit des Binnen- und Außenhandels, Freiheit der Berufswahl und volle Freizügigkeit stiften sowohl den Einzelnen als auch der Gesamtheit den größten Nutzen.

5. Es gibt einen Allzusammenhang, eine allgemeine Interdependenz der Dinge. Nur der jährliche Zuwachs aus der Natur steht den Menschen zur Bearbeitung und zum Verbrauch zur Verfügung; so daß die jährliche Gesamtproduktion gleich dem jährlichen Gesamteinkommen ist. Somit ist die Landwirtschaft die einzige Quelle des Reichtums der Nation. In seinem 'Tableau Économique' hat Quesnay den Kreislauf der Werte und die Verteilung der jährlichen Produktion dargestellt. In ihm findet erstmals die Idee des allgemeinen Gleichgewichts ihren Niederschlag.

6. Da die Grundeigentümer im Besitz fast des gesamten Grund und Bodens sind und damit im Besitz eines Boden-Monopols, dem allein der jährliche Netto-Überschuß zufließt, sollten auch sie allein durch die Grundsteuer die Gesamtkosten der Staatsverschuldung tragen.

Der Übergang zur klassischen Schule des Adam Smith

Anne Robert Jacques Turgot (1727–1781)

Turgot nahm eine Zwischenstellung zwischen den Physiokraten und den späteren Klassikern der Nationalökonomie ein. Er erkannte insbesondere den Mangel einer Erklärung der wirtschaftlichen Werte bei den Physiokraten, der auf deren rein bäuerlichen Auffassung der Produktion beruhte. Des weiteren war Grund seiner Untersuchungen über die Werte die Beobachtung der Münzverschlechterungen vom 14. bis zum 17. Jahrhundert, besonders auch die der europäischen Teuerung im 16. Jahrhundert.

Turgot begründete die *subjektive Wertlehre.* Er sah in der subjektiven Wertschätzung der Wirtschaftsgüter die eigentliche Ursache der Werte. Sein Kriterium: die Zeit und Mühe, welche Individuen gewillt sind, um ein Gut zu erlangen – entweder um es selbst herzustellen oder um ein 'gleichwertiges' einzu-

tauschen. Der 'gesellschaftliche Wert' ist offenbar ein Durchschnitt aus den subjektiven Wertschätzungen. Voraussetzung für den Schätzungswert ist: die Güter müssen eine Befriedigungsleistung erbringen.

Ausgangspunkt für die Kritik an den unklaren Wertvorstellungen der Physiokraten war deren Axiom von der Sterilität der Arbeit. Turgot erkennt jedoch, daß die *Arbeit* in der Lage ist, mehr Werte zu schaffen, als sie verbraucht.

Ferner kann Turgot nicht einsehen, daß alleine der Grund und Boden einen Überschuß hervorbringen könne.

Drittens kann Turgot keinesfalls eine Naturgesetzlichkeit, Göttlichkeit, in der Eigentumsordnung erblicken. Vielmehr erkennt er das *Grundeigentum* als recht irdischer Herkunft, als schlicht Besitzergreifung, *Okkupation.*

Dagegen erkennt er den hervorragenden Platz, den das bewegliche Eigentum, wie alle Erzeugnisse der Arbeit, einnimmt, sowie die Bedeutung des *Kapitals*, das er sorgfältig analysiert und wobei er zur Rechtfertigung des *Zinses* gelangt.

* * *

Die eigentliche Bedeutung Turgots zeigt sich aber erst in seiner Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung, in der er seine, insbesondere von *Quesnay* inspirierten, Gedanken zu verwirklichen suchte. 1753 wurde er zum Parlamentsrate ernannt, 1761 zum Intendanten von Limousin. Unermüdlich suchte er die gebildeten Schichten, die Geistlichen, Lehrer, Ärzte usw. für seine Reformarbeit zu gewinnen. Durch literarische Preisausschreiben suchte er volkswirtschaftliche Aufklärung zu verbreiten[1]. Als Präsident der Königlichen Landwirtschaftlichen Gesellschaft suchte er das Bildungswesen zu heben. 1766 verfaßte er das Werk »Betrachtungen über die Bildung und Verteilung des Reichtums« – obwohl er genau wußte, daß ihm dies die Gegnerschaft seines höchsten Vorgesetzten, des Finanzministers, eintragen mußte. Wie er überhaupt von vornherein sowohl in dem Mißtrauen der armen Bevölkerung, der Bauern, als besonders auch in dem der hohen Geistlichkeit (*Abbé Galiani*),

1 So z.B. mit Themen wie »Über die Wirkung der indirekten Steuern auf das Einkommen der Grundeigentümer« oder »Die Art und Weise, wie die Reinerträge der Grundstücke je nach den verschiedenen Anbauarten am genauesten abgeschätzt werden können.«

des Adels bis hin zur grenzenlos verschwenderischen Königin *Marie Antoinette* und der Hofkamarilla seine gefährlichsten Feinde hatte.[1]

Trotzdem wurde *Turgot* nach dem Tode Ludwig XV. im Jahre 1774 eine Chance eingeräumt, indem Ludwig XVI. ihn ins Ministerium berief und schließlich zum Generalkontrolleur der Finanzen ernannte. Der erste Kampf Turgots galt den Mißbräuchen der Steuerverpachtung. Es folgte die Beseitigung der Zollschranken im Innern des Landes; danach die Freiheit des Getreidehandels; die Aufhebung veralteter Zunftprivilegien, um die freie Entfaltung der Arbeit herbeizuführen; die Freiheit des Verkehrs; die Errichtung der 'Königlichen Gesellschaft für Medizin', um die Volksgesundheit zu heben; die Abschaffung von Steuern auf Verbrauchsgegenstände, um die Lebenshaltung zu erleichtern; und – vorher schon – die Umwandlung der von den Bauern zurecht gehaßten Wegfronen in eine Grundsteuer.

Der Kampf um die Ausdehnung der in der Provinz Limousin bereits eingeführten *Grundsteuer* auf ganz Frankreich stand schließlich im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen *Turgot* und einem Teil der Minister einerseits und fast der gesamten Geistlichkeit und dem Adel andererseits, die die Steuerfreiheit erhalten wollten, »Wenn man dem Adel seine Vorrechte raubt, so zerstört man den Volkscharakter; das französische Volk wird seinen kriegerischen Geist einbüßen und bald die Beute der benachbarten Völker

1 »Wenn auch unausgesprochen, waren in den meisten Herzen doch die Gedanken lebendig, denen einer der gefährlichsten Gegner der Physiokraten, der gewandte und elegante *Abbé Fernando Galiani*, in einem Briefe an seine Freundin Frau von Epinay Ausdruck gab:
'Ich habe fünfzehntausend Livres Einkommen, die ich verlöre, wenn die Bauern reicher würden! – Wenn jeder wie ich handeln und seinen Interessen gemäß sprechen würde, gäbe es keinen Streit mehr in der Welt. Der Blödsinn und der hohle Lärm rühren daher, daß jeder sich um die Angelegenheiten der andern kümmert und nicht um die seinen. Hol der Teufel den Nächsten! Es gibt keinen Nächsten.'

»Wollte man aber nicht nur seinem klugen Geiste, sondern auch seinen guten Herzen genügen, so betätigte man sich eifrig an Wohlfahrts- und Wohltätigkeitseinrichtungen aller Art, die am Wesen des Staates nichts änderten und zuletzt nur den Erfolg haben konnten, daß guter Wille dadurch von den notwendigen sozialen Erneuerungen abgezogen wurde.

»Die Kreise, welche die Unerträglichkeit der bestehenden Zustände am bittersten empfanden, sahen das Heil vielfach in einer völligen Aufhebung des Sondereigentums, im Kommunismus, wie ihn eindrucksvoll namentlich Morelli und Mably vertraten. *Morelli*, ein früherer Lehrer, warb durch seine Staatsromane »Der Schiffbruch der schwimmenden Insel« (1753) und »Das Gesetz der Natur« (1755) für kommunistische Ideale, *Mably*, ein Verwandter und vertrauter Mitarbeiter des Kardinals und Ministers *de Tencin*, zog sich 1757 von dem Dienst dieses Staates zurück und bekämpfte ihn, namentlich in der ausdrücklich gegen die Physiokraten gerichteten Schrift »Zweifel«, die den Kommunismus predigte.

»Diesen 'vollen und ganzen' Forderungen gegenüber erschienen bei allen staatsbürgerlich Ungebildeten die Reformen der Physiokraten als ungenügende Halbheit, und, wie immer in der Geschichte, fanden sie auch hier falsche Freunde genug, die Mißtrauen säten.

»*Turgot* mußte den Weg gehen, den jede organische Reform zu gehen gezwungen ist, zwischen den Nutznießern der bestehenden Mißstände und dem 'radikalen Schlagwort', zwischen Mammonismus und Kommunismus. Er beschritt ihn, der Bedeutung seiner Aufgabe sich voll bewußt.«

(Adolf Damaschke in »Geschichte der Nationalökonomie«, Jena 1913, Seite 264–65)

werden« – so der Großsiegelbewahrer *Miroménil* in einer Eingabe im Namen des Parlaments an den König. *Turgot* konnte sich nach langem Kampf schließlich durchsetzen, und 'das Tor der neuen Zeit' schien weit aufgetan.

Da brachte der Widerstand Turgots gegen eine Beteiligung Frankreichs an dem Befreiungskampf der Amerikaner (1776) gegen Frankreichs 'Erbfeind' England, – und zwar in dem gleichen Augenblick, in dem Turgot vom Könige den Erlaß einer *Verfassung* forderte, in der den Kirchenspielen, Distrikten und Provinzen Selbstverwaltung und an der Spitze ein Nationalrat als Sicherungsmittel gegen den Despotismus und das Verheimlichungssystem der Beamtenverwaltung forderte – da gelang es schließlich den vereinten Gegnern Turgots unter maßgeblicher Beteiligung der Königin Marie Antoinette, den König zum *Sturz Turgots* und zur *Aufhebung fast aller Reformen* Turgots zu bewegen. Sofort stiegen die Grundstückspreise um fast das Doppelte der Vor-Turgot-Ära. »Ein rentabler Gewinn des siegreichen Feldzugs gegen die Physiokraten – nur stand am Ende der Rechnung die Revolution, die Enteignung, das Blutgerüst.« (Damaschke)

Über die Bedeutung der physiokratischen Reformarbeit Turgots schrieb der Unterstaatssekretär *von Rottenburg*, der bekannte Mitarbeiter Bismarcks und langjährige Kurator der Universität Bonn in 'Soziale Praxis' am 22. Oktober 1903:

»Ob die Revolution von 1789 hätte vermieden werden können, das zu entscheiden, sind die heutigen Advokaten der Gewalt ebensowenig imstande als irgend ein anderer. Außer allem Zweifel aber steht es: Wenn der Bruch mit dem *ancien régime* und der Aufbau des modernen französischen Staates anstatt auf dem Wege einer Revolution auf dem einer Reform erreicht werden sollte, so durfte Ludwig XVI. sich nicht von den damaligen Scharfmachern umgarnen lassen, sondern er mußte die Politik Turgots, des einzigen Staatsmannes unter seinen Ministern, durchführen, die Politik, welche auf 'wirklich vorteilhafte Maßregeln für die arbeitende und ackerbauende Bevölkerung hinausging. Turgot hat, wenn es not tat, auch die Rolle des 'starken Mannes' zu spielen gewußt ... Aber in erster Reihe suchte er das Volk mit der staatlichen Ordnung zu versöhnen, indem er die Mängel der letzteren beseitigt, welche zu gerechten Klagen Anlaß gaben. Als er in seinen berühmten Edikten von 1776 den einzig möglichen Weg der Reform betrat, bestürmten die Scharfmacher den König, den 'neuerungssüchtigen Minister' zu entlassen, und Ludwig XVI. hatte nicht den Mut, ihnen zu widerstehen. In dieser Nachgiebigkeit, oder richtig gesagt, in der Furcht vor einer Politik der Reformen, die sich darin aussprach, liegt die historisch bedeutungsvolle Schuld des Königs.

(aus Damaschke: 'Geschichte .' a.a.O. Seite 285–86)

Etienne de Condillac (1715–1780)

Bereits über sechzig Jahre alt und als Philosoph berühmt, veröffentlichte der *Abbé Condillac* im Jahre 1776 sein Werk »Le Commerce considérés relativement l'un à l'autre« (Handel und Regierung in ihrem gegenseitigen Verhältnis zueinander), in dem er von Anfang an den *Wert* als die Grundlage der Nationalökonomie in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellt. Und zwar bezieht er den Wert einer Sache ausdrücklich auf den '*Nutzen*', den er dem Menschen stiftet. »Der Wert liegt weniger in der Sache selbst als in der Schätzung, die wir ihr entgegenbringen, und diese Schätzung hängt von unserem Bedürfnis ab; er steigt und fällt, wie unser Bedürfnis größer oder geringer wird.« Damit ist die Grundlage der *psychologischen Wertlehre* (der Vorläuferin der späteren Grenznutzenlehre) gelegt.

Diese Auffassung des Wertes führt zugleich zu einer höheren Auffassung des Tausches, als die Physiokraten sie hatten. Da der Wert nur in der Befriedigung eines Bedürfnisses liege, schaffe der Gütertausch zwei Werte, da er gleichzeitig zwei Bedürfnisse befriedige. Beide Tauschpartner erzielen also einen Gewinn.

Ferner: Wenn der Wert nur im Nutzen und der Nutzen nur in einer bestimmten Beziehung zwischen den Dingen und unseren Bedürfnissen besteht, was heißt dann Erzeugen anderes, als diese Beziehung herstellen, das heißt aber *schaffen*. Das aber heißt: erst durch die menschliche *Arbeit* erhalten die Produkte der Erde die Formen, die sie nützlich machen.

Wenn aber Erzeugen bedeutet: Stoff umformen – welcher Unterschied besteht dann noch zwischen der landwirtschaftlichen und der handwerklich-industriellen Produktion? 'Die Frage, ob die Landwirtschaft der Industrie oder die Industrie der Landwirtschaft vorzuziehen sei, ist daher ohne jede Bedeutung.'

Was den *Lohn* anlangt, so ist *Condillacs* Definition von einer 'unglaublichen Tragweite': »*Der Lohn entspricht dem Teil, den die Arbeiter am Erzeugnis als Mitbesitzer haben.*« Im Grundsatz besteht also zwischen Kapital und Arbeit eine Art '*latente Assoziation*'. Freilich: da der Arbeiter sein Naturrecht auf sein Arbeitserzeugnis nicht ausüben kann, sondern es zu einem Geldpreis veräußern muß, so wird dieser Geldlohn wie alle Verkaufspreise 'durch die Konkurrenz der Käufer und Verkäufer bestimmt'. Der Lohn hängt also von dem Angebot an Arbeit und der Nachfrage nach Arbeit ab.

* * *

Die klassische Nationalökonomie

Das Werk des Adam Smith (1723–1790)

Trotz der Originalität und Bedeutung ihrer Gedanken waren die Physiokraten doch kaum mehr als Vorläufer der neueren Wirtschaftswissenschaft. Der wirkliche Schöpfer der neueren Nationalökonomie ist *Adam Smith.* Sein (zweites) Buch, »*An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*«[1] hatte die allergrößten Wirkungen auf seine Zeit und die Nachwelt und wurde für Generationen von Nationalökonomen zum Leitfaden und Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen.

Adam Smith, 1723 in Kirkcaldy in Schottland geboren, war der Sohn eines Judge Advocate und Zollkontrolleurs (der freilich noch vor dessen Geburt gestorben war) und der Tochter eines vermögenden Grundbesitzers, die zeitlebens der Mittelpunkt seines Lebens blieb. Dank ihrer Erziehung war seine Grundansicht schon früh gewissermaßen vorgebildet: 'durch Arbeit zu Wohlgefallen vor Gott gelangen'. 1737–40 studierte er in Glasgow. Sein Lehrer: der Professor für Moralphilosophie *Francis Hutcheson.* 1740–46 besuchte er die Universität in Oxford. Zurück in Schottland las er zwei freie Kollegs über englische Literatur und Nationalökonomie. 1751 wurde er zum Professor für Logik in Glasgow berufen und noch im selben Jahre zum Professor für moralische Philosophie, zugleich die Fächer Theologie, Ethik, Jurisprudenz und Politik umfassend. Im Jahre 1759 erschien sein erstes großes Werk, die '*Theory of moral sentiments*', das ihm rasch große Beachtung zutrug. Ab 1764 begleitete er den jungen Herzog von Buccleugh nach Frankreich, zuerst nach Toulouse, dann nach Genf – wo er mit *Voltaire* zusammentraf – und schließlich Paris. Hier vor allem fand er Anschluß an *Quesnay, Turgot, Du Pont de Nemours* und – nicht zuletzt – *Mirabeau* sowie an die Enzyklopädisten. In Toulouse hatte er bereits seine Untersuchungen über den Völkerreichtum begonnen. 1767 kehrte er nach Kirkcaldy zu seiner Mutter zurück, um sich weiter dem 'Wealth of Nations' zu widmen. 1773 wird er – nach einem längeren Aufenthalt in London – Mitglied der Royal Society of Edinburgh. Und *1776* erschien dann erstmalig der '*Wealth of Nations*', mit dem er in kürzester Zeit Weltberühmtheit erlangte. Ab 1778, bis zu seinem Tode 1790, bekleidete er dann noch den hohen Posten eines Zollkommissars in Edinburgh.

Wenn man danach fragt, woher die einzigartige Bedeutung kommt, die seither kein anderes ökonomisches Werk erlangt hat, so dürften verschiedene Gründe dafür bestimmend gewesen sein. Erstens allein schon der große literarische Wert des 'Wealth of Nations', das die gesamte wissenschaftliche Erkenntnis, soweit sie die Volkswirtschaft berührt, in einer klaren, leicht faßli-

1 dtv-Bibliothek 'Der Wohlstand der Nationen'.

chen Sprache ausbreitet, zugleich gestützt auf eine Riesenfülle von Beispielen und Erfahrungen aus dem Wirtschaftsleben seiner Zeit und der vorangegangenen Geschichte. Zweitens hat Adam Smith alle bedeutenderen Ideen seiner Vorgänger übernommen und zu einem allgemeinen System zusammengefaßt. *Francis Hutcheson* (1694–1747) erkannte bereits die große Bedeutung der Arbeitsteilung und stellte Betrachtungen an über die Wertschwankungen und das Geldwesen sowie über die Arbeit als Wertmaß. *David Hume* (1711–1776) hatte u. a. Aufsätze über Geld und Zins, über Außenhandel und die verderbliche Handelseifersucht und die Handelsbilanztheorien der Merkantilisten, sowie über die Anpassung der Geldmenge an die Bedürfnisse eines jeden Landes veröffentlicht und einer gemäßigten liberalistischen Politik das Wort geredet. *Bernard de Mandeville* (1670–1733) hatte mit seiner satirischen »Fabel von den Bienen«, derzufolge die Zivilisation nicht durch die menschlichen Tugenden entsteht, sondern durch den Egoismus der Menschen, durch die 'Laster' der Menschen, die Aufmerksamkeit Smith's erregt. Schließlich verdankt Smith den *Physiokraten* entscheidene Anregungen, die seine liberalistischen Überzeugungen noch wesentlich verstärkten, so daß er nunmehr ein Gesamtbild der ökonomischen Welt entwerfen konnte: die ganze Welt eine große, von der Arbeitsteilung geschaffene Werkstatt; die spontane Organisation der Weltwirtschaft durch die Verfolgung und Entfaltung des persönlichen Nutzens; und die Gewährleistung dieser Entwicklung durch eine liberale Politik freiheitlich gesinnter Politiker.

* * *

Die Ausgangsfrage, die sich *Adam Smith* gestellt haben muß, dürfte etwa gelautet haben: warum hält eigentlich die Welt trotz der Schwachheit der Menschen in ihren Fugen zusammen? Und Smith's Antwort: weil es eine natürliche (Ver)Ordnung eines gütigen Gottes gibt, daß das Eigenwohlstreben der Menschen zugleich auch das Gesamtwohl der Menschheit begründet. Gerade durch die Verfolgung des Eigennutzes kommt ein viel größeres Gesamtwohl zustande, als wenn die Menschen bewußt in erster Linie das Gesamtwohl schaffen wollten. Dadurch kommt eine Umsetzung der eigennützigen Triebe in wirtschaftliche Tugenden zustande. Es ist also der Gedanke von einer harmonischen *Ordnung* in der von Gott gelenkten Natur – wie er ihn bereits in seiner '*Theory of Moral Sentiments*' entwickelt hatte – einerseits; und – andererseits – aber auch der Einfluß von *Bernard de Mandeville*, der in dem satirischen Gedicht 'Die Fabel von den Bienen oder private Laster bewirken öffentliche Wohltaten' den menschlichen *Egoismus* als die einzige Triebfeder für die Entwicklung aller Kultur und Zivilisation bezeichnet: die Laster der Menschen seien es, die – völlig unbewußt und auf natürlichem Wege – das

Glück der Menschheit zur Folge hätten; die sittlichen Begriffe hingegen, die Tugenden, seien Erfindungen der Herren, um die Massen beherrschen zu können. Zwar hat Adam Smith in seiner 'Theorie der moralischen Gefühle' Mandeville heftig bekämpft – aber den Gedanken, daß das *Eigenwohlstreben* wenn nicht eine Tugend und auch kein Laster so doch *ein natürlicher Instinkt* sei, dessen sich die Vorsehung bediene, um das Gute zu erreichen – diesen Gedanken von der '*invisible hand*', der unsichtbaren Hand, die die Dinge zum Besten lenkt, hat er in den '*Wealth of Nations*' übernommen und zu einer Hauptgrundlage seiner Wirtschaftswissenschaft gemacht.

So hält also die Welt trotz der Schwachheit der Menschen durch die *Umsetzung der eigennützigen Triebe der Menschen in wirtschaftliche Tugenden* zusammen. Zur Ordnung der Wirtschaft ist also gar nichts weiter mehr nötig, als sie ungestört lassen. Denn die Tausch- und Marktwirtschaft funktioniert durch den *Automatismus von Angebot und Nachfrage* und dieser wiederum durch das menschliche Profitstreben, den menschlichen Eigennutz, der seine Begrenzung durch die anderen Eigennutze erfährt, sowie durch die *innere ethische Begrenzung des Strebens nach Eigenwohl,* durch die dank der vielen Gleichheiten der Menschen entstandene '*sympathy and justice*' der Menschen untereinander; Mitgefühl und Gerechtigkeitsempfinden – an anderen Stellen auch '*fellow feeling*' genannt.

Self-interest and Fellow-feeling, diese beiden Triebfedern bestimmen also nach Adam Smith das menschliche Handeln sowohl im privaten wie im Öffentlichen Leben – in der Theorie; daß die Praxis des täglichen Lebens anders aussieht, das wußte auch Smith, wie der 'Wealth of Nations' klar erkennen läßt.

* * *

Adam Smith's eigentliche Fragestellung dürfte gewesen sein: Was macht den Reichtum der Nationen aus? Die *Merkantilisten* schrieben die größte Produktivität der Ausfuhr zu, da deren Gegenwert, das Gold, den Reichtum der Nation ausmache. Der Physiokrat *Quesnay* hatte geschrieben: »Die Landwirtschaft ist die Quelle aller Güter des Staates und aller seiner Bürger.« Demgegenüber stellt *Adam Smith* fest: *Die Arbeit ist die wirkliche Quelle des Reichtums.*

»Die jährliche Arbeit eines Volkes ist der Fonds, welcher dasselbe mit allen Bedürfnissen und allen Annehmlichkeiten des Lebens versorgt, die es jährlich verbraucht, und immer entweder in dem unmittelbaren Erzeugnis dieser Arbeit oder darin bestehen, was wir für dieses Erzeugnis von anderen Völkern erhandeln.[1]

1 Gide & Rist, a.a.O. S. 64

Und er fügt hinzu, daß *alle* Gewerbezweige produktiv sind, so sie aufbewahrungsfähige Sachgüter herstellen. (Daher rührt die bis heute geltende Unterscheidung von 'produktiven' und 'unproduktiven' Berufen.)

Die Größe des jährlichen Arbeitsproduktes hängt von der *Arbeitsteilung* ab.

»Die *Arbeitsteilung* dürfte die produktiven Kräfte der Arbeit mehr als alles andere fördern und verbessern. Das gleiche gilt wohl für die Geschicklichkeit, Sachkenntnis und Erfahrung, mit der sie überall eingesetzt und verrichtet wird.«[1]

Dabei ist »die Arbeitsteilung ... in ihrem Ursprung nicht etwa das Ergebnis menschlicher Erkenntnis, welche den allgemeinen Wohlstand, zu dem erstere führt, voraussieht und anstrebt. Sie entsteht vielmehr zwangsläufig ... aus einer natürlichen Neigung, zu *handeln* und Dinge gegeneinander *auszutauschen.*«[1]

Arbeitsteilung und Tauschwirtschaft sind also beide, unabhängig voneinander, der Ausfluß des Strebens nach Eigenwohl.

»Gib mir, was ich wünsche, und du bekommst, was du benötigst. Das ist der Sinn eines solchen Angebots, und auf diese Weise erhalten wir nahezu alle guten Dienste, auf die wir angewiesen sind. Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen- sondern an ihre Eigenliebe, und wir *erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil.*«[1]

Die in einem Lande jährlich erzeugten Güter sind das Ergebnis der *gemeinsamen Arbeit aller*, die dort arbeiten. Sie entstehen aus ihrer Zusammenarbeit, ihrer *Kooperation*. So ist die *Arbeitsteilung* überhaupt erst die Voraussetzung aller Kultur, die wirkliche Quelle des Fortschritts und des Wohlstands der Völker.

»Hat sich die Arbeitsteilung einmal weithin durchgesetzt, kann der einzelne nur noch einen Bruchteil seines Bedarfs durch Produkte der eigenen Arbeit decken. Er lebt weitgehend von Gütern, die andere erzeugen und die er im Tausch gegen die überschüssigen Produkte seiner Arbeit erhält.«[1]

1 Adam Smith: »Wohlstand ... S. 9, 16, 17, 22

Nach der Arbeitsteilung kommt das *Geld*. Keine Einrichtung hat den Güteraustausch so sehr erleichtert und infolgedessen den Reichtum vermehrt wie das Geld. War es im Alterum das Vieh (pecunia) oder eine andere von jedermann begehrte und in Zahlung genommene Ware, so trat allmählich an deren Stelle das eine oder andere Metall, das wertbeständig und leicht stückelbar und in jeder Menge, ohne irgendwelche Kosten zu verursachen, aufbewahrungsfähig war.

»*Auf solche Art ist Geld in allen zivilisierten Völkern zum unentbehrlichen* Hilfsmittel im Handel geworden, das Kauf, Verkauf oder Tausch aller Waren vermittelt.«[1]

So entwickelte sich aus der ursprünglichen Tauschwirtschaft dank der Gelderfindung die Verkehrswirtschaft.

Mit der Gelderfindung zugleich entstand das bewegliche *Kapital*. Das persönliche Interesse in Verbindung mit dem dem Menschen angeborenen '*Hang zu sparen*', das heißt, einen Teil des Erarbeiteten nicht zu verbrauchen, sondern aufzubewahren, führte also zur Kapitalbildung. Je größer das Kapital im Besitze eines Menschen wird, umso mehr Arbeiter können beschäftigt werden, umso größer wächst die Möglichkeit, Maschinen zu entwickeln und produktiv einzusetzen und dadurch die Produktivität der Arbeiter zu vermehren, umso mehr kann sich die nationale Arbeitsteilung entwickeln, umso bedeutender wird die Industrie eines Landes und damit der Wohlstand der Nation.

Die Arbeitsteilung, so sagt Adam Smith, kann sich nur entwickeln, wenn jemand den Arbeitern den Lebensunterhalt vorstreckt, und dies kann offensichtlich nur der, der sich ein Kapital durch Sparen angesammelt hat. Das aber heißt: die Kapitalbildung steht *vor* der Arbeitsteilung. Und damit steht das Kapital vor der Arbeit selbst. So ist also eigentlich *das Kapital die wahre Quelle des Reichtums.*

»*Die Industrie der Nation kann sich nur in dem Maße vermehren*, als ihr Kapital zunimmt« und »ihr Kapital kann nur in dem Maße zunehmen, als nach und nach etwas von ihrem Einkommen erspart wird.« Mit anderen Worten: »Das Kapital begrenzt die Industrie.«[2]

»So ist das Kapital der wirkliche Herrscher des volkswirtschaftlichen Lebens. Selbstherrlich befruchtet es die Erde und die Arbeit des Menschen – oder läßt sie wüst liegen.«[2]

1 Adam Smith: »Wohlstand ...« S. 27
2 Gide und Rist, S. 82

Damit aber sitzt 'parsimony' (die Knauserigkeit, der 'Hang zu sparen') auf dem Thron! – Um es in der Sprache von *John Maynard Keynes zu sagen:* die 'liquidity preference' – *die Bevorzugung der Liquidität* – stets dann, wenn das Kapital nicht mehr 'angemessen bedient' wird.

Da die Sparsamkeit die Voraussetzung der Kapitalbildung ist und mithin – so folgern viele – auch zugleich zur Investition, zur Realkapitalbildung, und damit zur Belebung der Wirtschaft und zur allgemeinen Wohlstandsvermehrung führe, sei hier ein *Exkurs* erlaubt:

Bernhard Mandeville wollte mit seiner satirischen *Fabel von den Bienen* zeigen, daß es nicht die für seine tugendhaften Zeitgenossen typische 'parsimony' (Knauserigkeit) und Geld-(Gold)-Ersparnis ist, die ein ganzes Land zum Wohlstand führen kann, sondern, im Gegenteil, daß es darauf ankommt, alle Gewerbszweige eines Landes zu fördern; dafür müsse die Politik sorgen. Mandeville sagte freilich noch nicht, wie dies geschehen könne. Erst *Robert Malthus* sagte ein Jahrhundert später, daß es die *Unzulänglichkeit der wirksamen Nachfrage* sei, die die Arbeitslosigkeit und die Verelendung der Massen hervorrufe – während *David Ricardo* für diesen Gedanken »*stocktaub*» (Keynes) war.

Keynes hat schließlich – *nach* Silvio Gesell, der bereits zu Anfang dieses Jahrhunderts die Notwendigkeit der Geld-Umlauf-Sicherung für die Aufrechterhaltung der Konjunktur erkannt hatte – im Anschluß an die Erörterung der Mandeville'schen Gedanken und unter Bezugnahme auf *Hobson* und *Mummery* (Hobson and Mummery »Physiology of Industry«) am Ende seiner »Allgemeinen Theorie«[1] festgestellt, daß diese beiden Nationalökonomen die erste ausdrückliche Darstellung der Tatsache, daß Kapital nicht durch den Hang zum Sparen geschaffen wird, sondern in Beantwortung der Nachfrage, die sich aus dem tatsächlichen und dem voraussichtlichen Verbrauch ergibt, wie es unter anderem klar aus diesem Zitat hervorgehe:

»Es sollte klar sein, daß das Kapital eines Gemeinwesens nicht mit Vorteil vermehrt werden kann ohne eine nachfolgende Zunahme im Verbrauch von Waren... Jede Zunahme in der Ersparnis und im Kapital erfordert, um wirksam zu werden, eine entsprechende Zunahme im sofortigen zukünftigen Verbrauch... Wenn vermehrte Sparsamkeit oder Vorsicht die Bevölkerung veranlaßt, mehr in der Gegenwart zu sparen, muß sie einwilligen, mehr in der Zukunft zu verbrauchen... Es kann nicht mehr Kapital an irgendeinem Punkt im Erzeugungsvorgang wirtschaftlich bestehen, als erforderlich ist, um Güter für die laufende Rate des Verbrauches zu liefern...«

1 John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 1935 u.f. deutsch: Dunker + Humblot, Berlin 1955

Wir kommen nun zu der – zwiespältigen – *Wertlehre* des Adam Smith. Smith unterscheidet zwischen *Gebrauchswert* und *Tauschwert*. Unter *Gebrauchswert* versteht er das, was wir als Nützlichkeit verstehen oder – Turgot und Condillac – 'subjektiven Wert'. Obwohl die späteren Nationalökonomen sich gerade auf den Begriff des Gebrauchswertes stützen, um den Tauschwert der Gegenstände zu erklären, vernachlässigt Smith diesen Aspekt vollständig und befaßt sich lediglich mit dem *'Tauschwert'*. Damit ist die Smith'sche Werttheorie im Grunde nur eine *Preistheorie*.

Der Schlüssel zur Erkenntnis der Smith'schen Gedanken ist sein Suchen nach dem 'wahren', 'natürlichen' Wert, weil es den seiner Ansicht nach geben muß. Hinter den stetigen Wertfluktuationen müsse doch etwas Natürliches, Wahres (im Sinne der Naturrechtsauffassung) stecken. Deshalb unterscheidet Smith den *Marktpreis* oder 'Gewöhnlichen Preis', der von einem 'unsicheren Umstande', dem 'Verhältnis von Angebot und Nachfrage' beherrscht wird, von dem *'wirklichen'* oder *'natürlichen' Preis*, der hinter dem Marktpreis versteckt sei, wobei er aber auch hier wiederum diese beiden 'Preise' voneinander unterscheidet.

Der *'wirkliche' Preis* ('real Price'), sagt Smith, müsse etwas zu tun haben mit der Menge der aufgewendeten *Arbeit*, und da gleiche Werte miteinander getauscht werden, würden Güter getauscht, die gleichen Arbeitsmengen entsprechen.

»Wenn die Arbeitsteilung einmal weit gediehen ist, kann der Mensch nur noch wenige Dinge für seinen Bedarf selbst herstellen, die meisten muß er von anderen als deren Arbeitsertrag beziehen, und er ist arm oder reich, je nach der Menge Arbeit, über die er verfügen oder deren Kauf er sich leisten kann. Deshalb ist der *Wert* einer Ware für seinen Besitzer, der sie nicht selbst nutzen oder konsumieren, sondern gegen andere tauschen möchte, gleich der Menge *Arbeit*, die ihm ermöglicht, sie zu kaufen oder darüber zu verfügen. Arbeit ist demnach das wahre oder tatsächliche *Maß* für den Tauschwert aller Güter.«[1]

Der *'natürliche' Preis* hingegen, sagt Smith, entspreche dem *Produktionskostenwert*. In der modernen Wirtschaft müsse man die Beiträge von Kapital und Boden berücksichtigen. In den Produktionskostenwert gingen demzufolge die Preise aller drei Dienste in das Gut ein, Arbeit, Kapital und Boden. Zur Erklärung sagt Smith, im 'Marktpreis' stecke der 'natürliche Preis' der sich wieder aus Lohn, Profit und Rente zusammensetzt. Diese drei Preise aber entstünden aus Angebot und Nachfrage.

1 Adam Smith: Wohlstand S. 28

»Auf der untersten Entwicklungsstufe gehört der gesamte Ertrag der *Arbeit* dem Arbeiter... Sobald sich nun aber *Kapital* in den Händen einzelner gebildet hat, werden es einige von ihnen natürlich dazu verwenden, um arbeitsame Leute zu beschäftigen, denen sie Rohmaterial und Unterhalt bieten, um einen *Gewinn*.. zu erzielen.. aus dem Verkauf dessen, was deren Arbeit dem Material an Wert hinzufügt... Es muß dabei einen Erlös erbringen, der über den Materialkosten und den Arbeitslöhnen liegt und der ausreicht, um den Gewinn des Unternehmers, der sein *Kapital* mit diesem Einsatz *aufs Spiel setzt*, abzudecken. Der Wert, den ein Arbeiter dem Rohmaterial hinzufügt, läßt sich daher in.. zwei Teile zerlegen, mit dem einen wird der *Lohn* gezahlt, mit dem andern der Gewinn des Unternehmers, da er ja das gesamte Kapital für Materialien und Löhne vorgestreckt hat. Er würde nämlich sonst kein Interesse an einem solchen *Wagnis* haben, wenn er nicht etwas mehr als das aus dem Verkauf der Ware erwarten könnte, was eben ausreicht, sein Kapital zu ersetzen.«[1]

Wir sehen also, Adam Smith' Wertlehre ist absolut widersprüchlich. Soweit es sich um die *'Arbeitswerttheorie'* handelt, hat sie über *Ricardo* eine weitere Ausbildung durch *Karl Marx* und die Sozialisten erfahren, soweit es sich um den *'Produktionskostenwert'* handelt, ist sie von den späteren *'Bourgeois-Ökonomen'* fortgeführt worden. In dieser Hinsicht führt somit der Weg von Adam Smith sowohl zum materialistischen Sozialismus als auch zum materialistischen Kapitalismus. Im Sinne der *Produktionskostentheorie* sind Lohn plus Profit plus Bodenrente additiv wertschaffend. (Smith machte noch keinen Unterschied zwischen Unternehmerlohn und Kapitalzins, beide zusammen sind für ihn Profit oder Gewinn.) Im Sinne der *Arbeitswerttheorie* ist dagegen nur die Arbeit wertschaffend; Profit und Rente hingegen sind Subtraktionen vom geschaffenen Wert, und der Lohn ist nur ein trauriges Residuum. Insofern, das meint *Edwin Cannan* in 'History of the theories of production ..' sogar, sei damit Adam Smith eigentlich der Begründer der Lehre von der Ausbeutung. In der Tat finden sich noch an den verschiedensten Stellen des 'Wealth of Nations' ganze Passagen, die unschwer erkennen lassen, daß Adam Smith sich durchaus des Problems der Macht und der Ausnutzung von Machtpositionen sowohl seitens der Grundeigentümer als auch seitens der Kapitaleigner und ggf. der Arbeiter bewußt war. Dazu später einige Zitate.

Doch zunächst zu der Frage, wie es kommt, daß auf dem Markt der Nachfrage durch das Angebot entsprochen wird und daß man insofern von einem *Marktautomatismus* und einer *automatischen Produktionslenkung* sprechen kann. Adam Smith sagt dazu unter anderem:

1 Adam Smith: Wohlstand S. 42, 43

»Der Marktpreis eines Gutes hängt von dem Verhältnis der am Markt tatsächlich *angebotenen* Ware und der *Nachfrage* jener ab, welche bereit sind, den natürlichen Preis dafür zu bezahlen oder den vollen Wert der Rente, der Arbeit und des Gewinns, der gezahlt werden muß, damit das Gut überhaupt am Markte erscheint. Solche Leute können als *wirkliche* Nachfrager und ihre Nachfrage als *effektiv* .. bezeichnet werden, da sie zur Folge haben kann, daß die Ware tatsächlich auf den Markt kommt.[1]

»Die am Markt angebotene Menge einer Ware *paßt sich* ganz von selbst *der wirksamen Nachfrage an*. Denn es liegt im Interesse aller, die Land, Arbeit oder Kapital einsetzen, um ein Gut auf den Markt zu bringen, das Angebot niemals über die effektive Nachfrage steigen zu lassen.

»*Übersteigt .. das Angebot .. die wirksame Nachfrage*, so müssen einzelne Bestandteile des Preises unter ihrem natürlichen Entgeld bezahlt werden. Handelt es sich dabei um die Rente, wird das Interesse der Grundbesitzer sofort dafür sorgen, daß sie einen Teil ihres Bodens nicht mehr zur Verfügung stellen; sind indes Lohn oder Gewinn davon betroffen, *werden* die Abeiter im eigenen Interesse weniger Arbeit anbieten und *die Unternehmer* aus dem gleichen Grund *ihr Kapital* aus diesem Erwerb teilweise *zurückziehen*.

»*Alles Erwerbsstreben*, die Grundlage des jährlichen Angebots an Waren, *paßt sich* auf solche Weise ganz natürlich der *effektiven Nachfrage an*. Es zielt ganz zwangsläufig darauf hin, stets nur soviel auf den Markt zu bringen, wie ausreichen wird, diese Nachfrage, und nicht mehr als diese zu decken.«[1]

Das Angebot an Gütern paßt sich also der *Nachfrage* nach Gütern an – und nicht umgekehrt. Deshalb kann die heute so vielfach propagierte »Angebotsorientierte« Politik (supply-side economics) die Wirtschaftskrise nicht überwinden. Es muß vielmehr für die Nachfrage ein Anreiz geschaffen werden, wieder – und stetig – wirksam zu werden.

Über den *Kapitalgewinn* sagt Adam Smith folgendes:

»Die Höhe des Kapitalgewinns hängt ebenso wie die Lohnhöhe vom zu- oder abnehmenden Wohlstand und Vermögen eines Volkes ab. Allerdings beeinflußt diese Veränderung den Gewinn gänzlich anders als den Lohn. – Ein *erhöhter Einsatz von Kapital*, der zu einem Anstieg der Löhne führt, *wirkt gewinnschmälernd*. Investieren nämlich viele reiche Kaufleute im gleichen Gewerbe, so verringert natürlich ihr gegenseitiger *Wettbewerb* in der Tendenz ihren Gewinn; und fließt allen Erwerbszweigen einer Volkswirtschaft im gleichen Maße mehr Kapital zu, so muß dieselbe Konkurrenz überall dieselbe Wirkung haben.[1]«

1 Adam Smith: Wohlstand, S. 49, 50, 51, 76

»Verfügt .. ein Land über ausreichend Kapital, um alle Geschäfte ohne weiteres abwickeln zu können, würde in jedem einzelnen Erwerbszweig soviel Kapital investiert, wie es Natur und Umfang desselben zulassen. Der *Wettbewerb* würde daher überall so groß und folglich der normale *Gewinn so niedrig wie möglich* sein.[1]

»In einem Land, in welchem der Wohlstand ein Höchstmaß erreicht und der einzelne Erwerbszweig über soviel Kapital verfügt, wie er investieren kann, würde die übliche Spanne für den Reingewinn sehr niedrig sein. Da diese wiederum nur einen äußerst geringen Marktzins zu zahlen erlauben würde, könnten allein die Wohlhabensten von den Zinsen ihres Geldes leben.[1]«

So paßt also ein natürlicher und selbsttätiger Mechanismus die Gütererzeugung beständig »spontan« der wirksamen Nachfrage an, wenigstens in der großen Mehrzahl der Fälle ...

Diese *Anpassungstheorie* ist eine der wichtigsten der ganzen Nationalökonomie. Die Anwendung, die Smith in einem besonderen Falle davon macht, ist freilich etwas merkwürdig. Es handelt sich um die Bevölkerungstheorie, um den »*Marktmechanismus als Bevölkerungsmechanismus*«.

Adam Smith glaubt, daß wie die Waren auch die Bevölkerung überreichlich oder ungenügend sein könne und daß die 'Nachfrage der Gesellschaft' sich folgendermaßen auswirke: In den unteren Klassen habe man gewöhnlich viele Kinder. Sind die Löhne aber niedrig, verschwände infolge der Armut und des Elends eine große Zahl, während hohe Löhne die Kindersterblichkeit verringerten.

»Es verdient auch bemerkt zu werden«, schreibt Smith, »daß sie dies genau nach dem Verhältnis tut, welches sich aus der Nachfrage nach den Arbeitern ergibt ...

»So geschieht es, daß die Nachfrage nach Menschen, gerade wie die nach jeder anderen Ware, notwendig auch die Erzeugung der Menschen reguliert: sie beschleunigt sie, wenn sie zu langsam vor sich geht, und verzögert sie, wenn sie zu rasch fortschreitet.«[2]

Die Bevölkerung ist also für die Wirtschaft da? Ein absurder Gedanke. Immerhin – hat man nicht im Interesse der Wirtschaft Millionen von Volksfremden als 'Gastarbeiter' in die Bundesrepublik Deutschland geholt, weil das Kapital – die »Kapitalverwertung« – sie gebrauchen konnte und sie haben wollte (statt überschüssiges Kapital in den Heimatländern der 'Gastarbeiter' – wenn auch risikoreicher – zu investieren). Die Menschen also doch für den Kapitalzins und nicht das Kapital für die Menschen?

1 Adam Smith: Wohlstand; S. 82, 83
2 Gide und Rist, S. 68, 69

Eine zweite Anwendung seiner *Anpassungstheorie* sieht Smith in der Anpassung des Angebots an die Nachfrage beim *Geld*. Das Kapital sucht und findet das beste Investitionsgeld. Damit handelt der Kapitalist zwar egoistisch, nur in seinem persönlichen Interesse, zugleich dient er damit aber auch dem Gemeinwohl. Denn vom Kapital hängt das Ausmaß der Arbeitsteilung ab; von dieser die Größe der Nachfrage nach Arbeit, sowie die Gesamtheit der zur Verfügung stehenden Produkte; und von beidem zusammen die Größe der Bevölkerung. Das Verbindungsglied dieser Kette ist das Geld. Das Geld selbst hat mithin *keinerlei Eigenwert* – wie die Merkantilisten geglaubt hatten –, sondern es hat ausschließlich dienende Funktion. Der wirkliche Reichtum eines Landes besteht nicht in Geld, sondern in »Ländereien, Häusern, verbrauchbaren Gütern aller Art«. Das Geld wird nicht verzehrt. Es dient *einzig und allein* als *Zirkulationsmittel* und *Wertmaß* der Güter. Es ist »*das große Rad des Umlaufs*«.

* * *

Ein besonderes Kapitel widmet Adam Smith dem *Kapitalverleih gegen Zins*. Er schreibt:

»Der Gläubiger betrachtet Vermögen, das er gegen Zinsen ausleiht, stets als Kapital. . .[1]

»Nahezu alle Ausleihungen gegen Zins werden in *Geld* vorgenommen, sei es in Noten, sei es in Gold und Silber. Doch was der Schuldner wirklich möchte und der Verleiher ihm tatsächlich liefert, ist nicht das Geld, sondern dessen *Kaufkraft* oder die Güter, die man damit kaufen kann. . .[1]

»Ein gegen Zins ausgeliehenes Kapital kann man aus diesem Grunde als einen bestimmten Anteil am jährlichen Ertrag betrachten, den der Ausleiher auf den Schuldner überträgt. Das geschieht unter der Bedingung, daß der Schuldner seinerseits während der gesamten Laufzeit des Darlehens einen kleineren Anteil, *Zins* genannt, jährlich an den Gläubiger abtritt und am Ende den Kredit in Höhe des ursprünglichen Anteils zurückgibt, was man Tilgung nennt. . .[1]

»Nimmt das gesamtwirtschaftliche Kapital zu, so wächst auch, parallel dazu, jenes Kapital, aus dem der Besitzer ein Einkommen erzielen möchte, ohne es selbst mit Mühe zu investieren. Mit anderen Worten, *mit zunehmendem Kapital* wird das gegen Zins ausgeliehene entsprechend größer.

»Wächst es, so *sinkt der Zins*, also sein Preis, den man für die Ausleihe entrichten muß. . . (und)
die Nachfrage nach produktiver Arbeit, eine Folge wachsender Fonds, die zu

1 Adam Smith Wohlstand, Seiten 289, 290

deren Unterhalt bestimmt sind, *wird* von Tag zu Tag *größer, so daß die Arbeiter leicht Beschäftigung finden*, während es die Besitzer des Kapitals schwer haben, Arbeitskräfte aufzutreiben. Ihre Konkurrenz (untereinander) führt zu *höheren Löhnen* und läßt den *Kapitalgewinn kleiner* werden ... (und) dann muß notwendigerweise .. der Zinssatz sinken.«[1]

Von den, nach Smith, vier verschiedenen Weisen des Kapitaleinsatzes (Nahrungsmittel- und Rohstoff-Erzeugung, Gewerbe und Industrie, Großhandel und Verkehr, Kleinhandel), bietet die Investition in den Erzeugungssektor, also in den Grund und Boden, die höchstmögliche Verzinsung – mit anderen Worten also die *Bodenrente*. Die Erklärung, allerdings, die Adam Smith für diese Feststellung gibt, ist höchst merkwürdig und nur aus seiner Verbindung mit der Moralphilosophie und mit den Physiokraten zu erklären. Er sagt, die Bodenrente könne als das *Produkt der Naturkräfte* angesehen werden, deren Nutzung der Grundeigentümer dem Pächter leihe.

»Es ist dieses Werk der Natur, welches übrig bleibt, wenn man alles abzieht, was man als Leistung des Menschen betrachten kann, und es ist selten weniger als ein Viertel, häufig mehr als ein Drittel des gesamten Ertrages.«[1]

Freilich steht diese Auffassung vom Ursprung der Bodenrente in eklatantem Widerspruch zu der Auffassung, die Adam Smith an anderer Stelle seines Buches geäußert hat:

»Die *Bodenrente*, also der Preis, den man für die Nutzung des Bodens zahlt, ist ihrer Natur nach ein *Monopolpreis*. Sie steht überhaupt nicht in Bezug zu dem, was der Grundherr zur Verbesserung des Bodens aufgewendet haben mag oder was er sich nehmen kann, sie ist vielmehr davon abhängig, wieviel der Pächter aufbringen kann.«[1]

»Sobald in einem Land aller Boden in *Privateigentum* ist, möchten auch die Grundbesitzer, wie alle Menschen, dort ernten, wo sie niemals gesät haben. Sie fordern selbst für den natürlichen Ertrag des Bodens eine *Rente*. Das Holz des Waldes, das Gras des Feldes und alle Früchte der Natur auf dieser Erde, die der Arbeiter, solange der Boden noch allen gehörte, nur einzusammeln und zu ernten brauchte, erhalten nunmehr selbst für ihn zusätzlich einen Preis. Er muß nämlich von nun an für die Erlaubnis zum Ernten dieser Früchte etwas bezahlen, indem er dem Landbesitzer einen Teil von dem abgibt, was er durch seine Arbeit eingesammelt oder erzeugt hat. Dieser Teil nun aber, was auf das gleiche hinauskommt, der Preis dieses Teils bildet die *Bodenrente*, die zugleich eine dritte Komponente im Preis der meisten Güter ist.«[1]

* * *

1 Adam Smith: Wohlstand, S. 299, 126, 44

Versucht man, die bis hierhin behandelten Gedanken Adam Smith's auf einen Nenner zu bringen, so zeigt es sich, daß ihm die gesamte wirtschaftliche Ordnung wie eine organische Schöpfung tausender menschlicher Willen erscheint, die, unbewußt des zu erreichenden Zieles, alle einer gleichen, instiktiven mächtigen Kraft gewissermaßen spontan gehorchen. Und diese Kraft ist das »*natürliche Streben jedes Menschen, seine eigene Lage zu verbessern.*« Hierin liegt die wirkliche, jedem Einzelnen innewohnende Triebkraft, die das Leben und den Fortschritt der Gesellschaft sichert.«[1]

Es ist also das *'Selbtinteresse'* der grundlegende psychologische Faktor in der Volkswirtschaft.

»Alle, die jemals vorgaben, ihre Geschäfte dienten dem Wohl der Allgemeinheit, haben meines Wissens niemals etws Gutes getan. Und tatsächlich ist es lediglich eine Heuchelei, die unter Kaufleuten nicht weit verbreitet ist. ...[2]

»Kaufleute sind immer daran interessiert, den Markt zu erweitern und den Wettbewerb einzuschränken. ... Sie sind Menschen, deren Interesse niemals dem öffentlichen Wohl genau entspricht, und die in der Regel vielmehr daran interessiert sind, die Allgemeinheit zu täuschen, ja, sogar zu mißbrauchen.«[2]

Aber – trotz all dieser Skepsis spielt in der Philosophie Adam Smith's das Mitgefühl, das 'Fellow Feeling', eine bedeutende Rolle. Die Sympathie ('sympathy and justice'), die Welt der Moral, ist der ihn ganz maßgeblich bestimmende Wesenszug – ohne daß er verkennt, daß in der wirtschaftlichen Welt der Nutzen, das 'Self Interest' herrscht. Sodaß er beide, *'Self Interest and Fellow Feeling'* als die Grundlage unseres menschlichen Zusammenlebens, auch in der Wirtschaft, ansieht. In eigenartiger Weise kommt diese Grundhaltung bei ihm zum Ausdruck:

»Wenn jeder Einzelne soviel wie nur möglich danach trachtet, sein Kapital zur Untestützung der einheimischen Erwerbstätigkeit einzusetzen und dadurch diese so lenkt, daß ihr Ertrag den höchsten Wertzuwachs erwarten läßt, dann bemüht sich auch jeder Einzelne ganz zwangsläufig, daß das Volkseinkommen im Jahr so groß wie möglich werden wird. Tatsächlich fördert er in der Regel nicht bewußt das Allgemeinwohl, noch weiß er, wie hoch der eigene Beitrag ist. Wenn er es vorzieht, die nationale Wirtschaft anstatt die ausländische zu unterstützen, denkt er eigentlich nur an die eigene Sicherheit, und wenn er dadurch die Erwerbstätigkeit so fördert, daß ihr Ertrag den höchsten Wert erzielen kann, strebt er lediglich nach eigenem Gewinn. Und er wird

1 Gide und Rist, S. 96, 97
2 Adam Smith: Wohlstand, S. 371, 213

in diesem wie auch in vielen anderen Fällen von einer *unsichtbaren Hand* geleitet, um einen Zweck zu fördern, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat. ..[1]

* * *

Aus all dem ergibt sich für Adam Smith die Forderung nach weitestgehender Wirtschaftsfreiheit; nach Freizügigkeit im In- und Ausland; nach freier Wahl der Benutzung von Grund und Boden; nach internationaler Handelsfreiheit; nach billigstmöglicher Öffentlicher Verwaltung und Regierung; und – dementsprechend – nach äußerster Vereinfachung des Steuerwesens. Auf die *Nichteinmischung des Staates in das Wirtschaftsleben* aber kommt es ihm vor allem an.

»Räumt man also alle Begünstigungs- oder Beschränkungssysteme völlig beiseite, so stellt sich das klare und einfache System der natürlichen Freiheit von selbst her. Jeder Mensch hat, solange er nicht die Gesetze der Gerechtigkeit verletzt, völlige Freiheit, das eigene Interesse auf seine Weise zu verfolgen und seine Wirtschaftstätigkeit und sein Kapital im Wettbewerb mit der Tätigkeit und dem Kapital anderer Menschen oder anderer Klassen zu entfalten und einzusetzen. Der Souverän wird dadurch vollständig von einer Pflicht entbunden, bei deren Ausübung er stets unzähligen Täuschungen ausgesetzt sein muß und zu deren richtiger Erfüllung keine menschliche Weisheit oder Kenntnis jemals ausreichen könnte, nämlich der Pflicht oder Aufgabe, die Erwerbstätigkeit der Privatleute zu überwachen und sie in die dem Interesse der Gesellschft am nützlichsten erscheinenden Gewerbe hinzuleiten.

»Im System der natürlichen Freiheit hat der Souverän lediglich drei Aufgaben zu erfüllen, die sicherlich von höchster Wichtigkeit sind, aber einfach und dem normalen Verstand zugänglich:

Erstens die Pflicht, das Land gegen Gewalttätigkeit und Angriffe von außen zu schützen;

Zweitens die Aufgabe, jedes Mitglied der Gesellschaft soweit wie möglich vor Ungerechtigkeit oder Unterdrückung durch Mitbürger in Schutz zu nehmen und ein zuverlässiges Justizwesen einzurichten; und

Drittens die Pflicht, bestimmte öffentliche Anstalten und Einrichtungen zu gründen und zu unterhalten, die ein Einzelner oder eine Gruppe aus eigenem Interesse nicht betreiben kann, weil der Gewinn ihre Kosten niemals decken könnte, obwohl er häufig höher sein mag als die Kosten für das ganze Gemeinwesen.«[1]

1 Adam Smith: Wohlstand, S. 371, 582

Was die *Steuerlehre* betrifft, so stellt Adam Smith vier Steuergrundsätze auf:

1. Steuergerechtigkeit: die Steuer muß in Bezug auf das Einkommen gerecht sein;
2. Bestimmtheit des Steuersatzes: die Steuer darf in keinem Falle wie bei der damaligen Steuerpacht der Willkür der Steuerpächter unterworfen sein (die in Frankreich 1789 die Revolution mit ausgelöst hat);
3. Erhebungsleichtigkeit – bei der Wahl der indirekten Steuern;
4. Billigkeit der Steuererhebung: der Beamtenapparat, der zur Steuererhebung erforderlich ist, muß so einfach und billig wie möglich gehalten werden.

In Übereinstimmung mit den Physiokraten ist für Adam Smith der Boden die Grundlage alles Lebens:

»In jedem Land, das einen gewissen Umfang hat, bildet der Grund und Boden stets den größten, wichtigsten und dauerhaftesten Teil des Reichtums.«

Weil nun aber, wie schon oben dargelegt, das Sondereigentum am Grund und Boden ohne jede weitere Arbeit eine *Bodenrente* abwirft, die mithin ein reiner *Monopolpreis* ist, weist Adam Smith mit großem Nachdruck darauf hin, daß sich die Grundrente ihrer Natur nach am besten als *Steuerquelle* eigne.

»Die Grundeigentümer sind die einzigen unter den drei Ständen, die weder Arbeit noch Mühe aufzuwenden brauchen, um ein Einkommen zu erzielen. Es fließt ihnen sozusagen von selbst zu, ohne daß sie irgendwelche besondere Pläne oder Projekte dazu zu entwerfen oder zu verwirklichen brauchten.«[1]

Den Einwand, daß eine Steuer auf die Grundrente auf Pächter oder Mieter *abgewälzt* werden könnte, lehnt Smith mit folgenden Sätzen ab:

»Eine Steuer auf Grundrenten würde die Hausmieten nicht erhöhen, sondern lediglich den Grundeigentümer treffen, der immer wie ein Monopolist handelt, indem er immer die höchste Rente herausholt, die er für die Nutzung seines Grundstückes erhalten kann. Er kann mehr oder weniger dafür herausschlagen, je nachdem, ob die untereinander konkurrierenden Interessenten ärmer oder reicher sind. ... Überall wohnen die wohlhabenden Nachfrager in der Hauptstadt, wo daher auch die Grundrenten stets am höchsten sind. Da nun deren Wohlstand durch eine Abgabe auf die Grundrenten in keiner Weise zunehmen würde, so würden sie auch nicht bereit sein, für die Benutzung des Grundstücks mehr zu zahlen. Ob also die Steuer von dem Mieter ausgelegt

1 Adam Smith: Wohlstand, S. 211

oder von dem Grundeigentümer unmittelbar gezahlt würde, wäre ziemlich gleichgültig; denn je mehr der Mieter von dieser Steuer übernehmen müßte, desto weniger würde er bereit sein, für das Grundstück zu zahlen, so daß die Steuer letztlich doch allein den Grundeigentümer treffen würde.«[1]

»Grundrenten für Häuser und die gewöhnliche Bodenrente sind eine Art Einkommen, das dem Eigentümer ohne jede Sorge oder Mühe zufließt. Würde ihm also ein Teil dieses Einkommens zur Bestreitung der öffentlichen Ausgaben entzogen, so würde dadurch doch nirgendwo die Erwerbstätigkeit beeinträchtigt. Der Jahresertrag aus Boden und Arbeit eines Landes, der wirkliche Wohlstand und das Einkommen der breiten Masse der Bevölkerung, dürfte vor und nach der Einführung der Grundsteuer der gleiche sein. Aus diesem Grunde sind Grundrenten für Häuser und gewöhnliche Bodenrente Einkommen, die eine gesonderte Steuer am besten tragen können.

»Nichts kann gerechter sein, als daß eine Einnahmequelle, die ihr Dasein der guten Regierung des Staates verdankt, besonders besteuert werde, das heißt mehr als die meisten anderen zum Unterhalte dieser Regierung beitrage.

Obgleich in vielen europäischen Ländern die Hausmieten besteuert werden, kenne ich doch keines, in dem die *Grundrenten* als besonderes Objekt der Besteuerung betrachtet werden. Wahrscheinlich glaubt man nur schwer ermitteln zu können, welcher Teil der Miete als Grundrente und welcher als Gebäuderente angesehen werden muß. In Wirklichkeit dürfte keine Schwierigkeit bestehen, beide voneinander zu trennen.[1]«

* * *

»Wie zuvor die Physiokraten, so erhoffte auch Adam Smith von der Herstellung des »klaren und einfachen Systems der natürlichen Freiheit« Gerechtigkeit, Fortschritt, Reichtum und Glück für alle. Die Harmonie der Interessen aller werde von selbst erstehen, da jeder den natürlichen Preis seiner Ware oder seiner Arbeit in einer Gesellschaft finden muß, in der keine Sonderrechte den einen bevorzugen und den andern schädigen. Die staatlichen Eingriffe der merkantilistischen Zeit wollten in der Regel den Lohn der Arbeiter niedrig halten, um durch billige Warenproduktion den Handel zu fördern. Fiel diese Staatseinmischung fort, so mußte das auch den Arbeitern Vorteil bringen. Es ist ein großer und ehrlicher Optimismus, der die Gedanken von Adam Smith trägt. Die Auffassung, daß seine Lehre allen, die arbeiten wollen und können, den Weg zum Glück erschließt, verbindet ihn mit Quesnay und Turgot viel enger als mit den späteren Vertretern der liberalen Schule, die sich bemühten, jene Hoffnungen als unerfüllbar hinzustellen.

1 Adam Smith: Wohlstand, S. 721, 722

»Die von den Physiokraten und Adam Smith so eifrig bekämpften Monopole, Zölle, Zunftschranken, Manufakturvorrechte fielen zum großen Teil. Die Rente für den Boden aber und der Gewinn für das Kapital stiegen in ungeahnter Weise – und die Lebensbedingungen der Arbeiter erfuhren keine Verbesserung, sondern schwere Schädigungen. ....

»Diese Entwicklung mußte schon in ihrem Anfang Zweifel wecken, ob die Durchführung der freien wirtschaftlichen Ordnung das verheißene Glück bringe. Schon früh erhoben sich Ankläger und bekämpften im Namen des Naturrechts, in dem einst die Physiokraten und Adam Smith die Monopole des Merkantilismus bekämpft hatten, das, was die arbeitenden Schichten immer mehr als *Monopol* erkannten: das *Kapital* und das *Bodeneigentum*.

»Diesen Anklagen gegenüber bemühten sich liberale Theoretiker nun um den Beweis, daß trotz allem Segen der wirtschaftlichen Freiheit die große Masse des Volkes nicht auf Befreiung aus sozialer Not hoffen dürfe – nicht, weil menschliche Einrichtungen fehlerhaft wären, sondern weil unabwendbare Naturgesetze die Mehrheit der Menschen auf der untersten Stufe der Lebensführung festhielten. Die Wortführer dieser Auffassung sind Robert Malthus und David Ricardo«.[1] */

* * *

Wir werden im weiteren Verlauf unserer Darstellung der Entwicklung der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen sehen, wie wenig es die angeblich unabwendbaren Naturgesetze sind, die die Menschen in Unfreiheit und Elend halten, und wie sehr es dagegen die menschlichen Einrichtungen sind, die die Freiheit und die Gerechtigkeit und die Verwirklichung einer wahren Ordnung verhindern, und welche egoistischen Gesinnungen den Weg in die Katastrophe, die sich abzeichnet, zu vertreten haben.

1 Adolf Damaschke, S. 347–349
* Ergänzende Fußnote hierzu siehe auf der nächsten Seite.

Fußnote zu Seite 53

»Was die *Kapitalanhäufung* im *geschäftlichen* Sinn betrifft, so ist zu beachten, daß man unter Kapital oft nur jenen Wertbesitz versteht, welcher sich *für den Besitzer*, aus Wert in Mehrwert, aus je 100 Thaler, Mark, Gulden ... in mehr als je 100 Thaler, Mark, Gulden umsetzt oder doch als 100 sich forterhaltend, dem *Besitzer*, auch wenn er nicht arbeitet, sondern, wie man sagt, nur seinen Besitz, sein Kapital, arbeiten läßt, einen Ertrag abwirft, den er ganz verzehren oder *teilweise wieder in Kapital, d. h. in Geldbesitz*, der sich in mehr Geld umsetzt, verwandeln kann. Eine Volkswirtschaft, in welcher statt des Strebens, die Wohlfahrt fortzuerhalten und zu heben, das Streben, aus Geld mehr Geld, aus je 100 Thaler mehr als je 100 Thaler zu machen, für das Produzieren und Arbeiten entscheidend wird, bezeichnet man als die *kapitalistische* oder – nach des griechischen Philosophen *Aristoteles* Ausdrucke – als *chrematistische* Volkswirtschaft.

Mit der Zunahme des Kapitals geht hier oft eine Vereinigung des Besitzes in den Händen einer kleinen Minderzahl Hand in Hand, und nicht selten entsteht dann der Schein wachsenden Kapitalreichtums, während vielleicht nur eine kleine Minderheit den Besitz weiter Volkskreise an sich reißt, und die Nation in drückende Abhängigkeit, ja in Abhängigkeit von ausländischen Besitzern und Gläubigern gerät. Solche traurige Erscheinungen bringen dann in manchen Denker- und weiteren Volkskreisen die Ansicht hervor, daß *alle* Kapitalanhäufung auf Ausbeutung der arbeitenden Klassen und Enteignung der kleineren Besitzer, auf Herabdrückung der Bauern und kleinen Gewerbsleute in die Klasse des Proletariats oder der besitzlosen arbeitenden Volksmassen hinauslaufe. Diese Ansicht beruht – wie wir sehen werden – bald mehr bald minder auf Irrtum.«

(Louis Rothschild's Taschenbuch für Kaufleute,
Verlag G.A. Gloeckner, Leipzig 1900,
Seite 122–123, 42. Auflage)

»Unser *Geldwesen* wird, kurz gesagt, so behandelt, als wenn nicht das Geld da wäre umwillen der Produktion, der Wohlfahrt, und der Menschen, sondern als wenn die Produktion, die Wohlfahrt und die Menschen nur ein Mittel im Dienste des Geldes wären. Das Geld wird also zum Zweck und Herrscher, ja zum Götzen Moloch erhoben, dem Menschenopfer, Menschenwohl in unübersehbarer großer Menge täglich dadurch gebracht werden, daß wir die Produktion als ein Verfahren betrachten, aus je 100 Thaler Wert mehr als je 100 Thaler zu machen und den Unternehmungen die Pflicht auflegen, nicht etwa möglichst viel, möglichst gute Sachen oder Dienste zu erzeugen, sondern vorausbestimmte feste Kapital- und Zinsensummen abzuliefern. In unserem Geschäftsleben dreht sich alles um bestimmte Geldzahlungen und um die Möglichkeit für Geld mehr Geld zu liefern, aus Geld mehr Geld zu machen, hingegen kommen Arbeit, Produktion, Wohlfahrt usw. nur soweit in Betracht, als sie dazu taugen, aus je 100 Thaler mehr als 100 Thaler zu machen.«

(Louis Rothschild's Taschenbuch a.a.O.,
Seite 196)

»Das Geordnete *Geldwesen* und der Geldumlauf eines Staates ist von Schriftstellern treffend mit der Zirkulation des Blutes im menschlichen Körper verglichen worden, denn je geregelter das Geldwesen eines Wirtschaftskörpers ist, desto erfolgreicher wird sich das gesamte Wirtschaftsleben entwickeln und desto weniger sind Störungen in diesem Organismus zu berfürchten.

»Der Schwerpunkt eines geregelten Geldwesens ist aber darin zu suchen, daß die geldwerbende Wirtschaft dem anlagebedürftigen Kapital leicht und rasch begegnet und sich somit der Ausgleich zwischen *Angebot* und *Nachfrage* auf allen Punkten regelmäßig und *mühelos vollzieht. Jede Störung in diesem* Ausgleichsbedürfnis zwischen *Geldsucher* und *Geldgeber* wird auch eine Störung im Verkehr hervorrufen, indem einerseits die geldbedürftige Produktion durch den Mangel an Barmitteln zur Einschränkung gezwungen und damit die Produktionskraft des Landes vermindert wird, andererseits aber das anlagesuchende Kapital dorthin und damit häufig ins Ausland abfließt, wo es rascheres und lohnenderes Unterkommen findet.

»Es wird daher als die oberste Aufgabe der Organisation des Geldumlaufes zu betrachten sein, daß in einer dem Bedürfnis entsprechenden Zahl einerseits Anstalten getroffen werden, welche eine leichte *und regelmäßige Begegnung zwischen Angebot und Nachfrage nicht nur der Tauschmittel* – also des Geldes – sondern überhaupt aller verkehrsfähigen Güter (Waren) vermitteln und dadurch den gesamten Verkehr regeln, andererseits aber Anstalten ins Leben gerufen werden, welche als vermittelndes Glied in der Weise auftreten, daß sie sowohl das Zahlungsgeschäft besorgen, d. h. die Zahlungsausgleichung erleichtern und vereinfachen, als auch anlagesuchendes Kapital jederzeit aufnehmen und es der geldbedürftigen Produktion (Handel, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft) leicht und mit möglichst wenig Umständlichkeiten zugehen lassen. Einrichtungen der ersten Art sind die *Börsen*, jene der letzteren Art die *Banken* und *Kreditinstitute*.«

(Louis Rothschild's Taschenbuch für Kaufleute,
Verlag G.A. Gloeckner, Leipzig 1900,
42. Auflage, Seite 411)

II

Die liberale Schule in Frankreich: Jean-Baptiste Say (1767–1832)

In Frankreich fanden die freiheitlichen Gedanken *Adam Smith's* rasch eine ungewöhnliche Verbreitung und weitere Konkretisierung der Einzeluntersuchungen, zugleich aber auch insofern eine Verengung, als sie in ein rein logisches, abstraktes, gewissermaßen typisch 'französisches' System gebracht wurden. Es war *Jean-Baptiste Say*, der zum bedeutendsten Interpreten der Ideen Adam Smith's wurde. Er verlieh der (englischen) Smith'schen Lehre den Glanz der französischen Logik und wurde so der kontinentale Systematiker des Adam Smith. Während *Smith* im Grunde immer Philosoph geblieben ist, wandte sich *Say* ganz den praktischen Fragen der Nationalökonomie zu.

Jean-Baptiste Say wurde 1767 in Lyon geboren. Er entstammt einer Hugenotten-Familie aus Nîmes, die 1689 nach der Aufhebung des Edikts von Nantes 1685 durch Ludwig XIV., das den Protestanten Glaubensfreiheit zugesichert hatte, nach Genf geflüchtet war. Say's Vater, noch in Genf geboren, kehrte jedoch früh nach Frankreich zurück und heiratete in Lyon die Tochter seines Chefs, der ebenfalls einer hugenottischen Familie aus Nîmes entstammte. Schon in jungen Jahren besuchte Jean-Baptiste England. Als Anhänger der französischen Revolution nahm er als Freiwilliger an dem Champagne-Feldzug von 1792 teil. Bereits 1789 hatte er eine Schrift über die Presse-Freiheit veröffentlicht: 'De la liberté de la presse'. Im selben Jahre war er Sekretär des späteren Finanzministers Clavières geworden, und hier hat er erstmals das Buch über den 'Wohlstand der Nationen' von *Adam Smith* in die Hand bekommen, das ihn fortan nicht mehr los ließ. Nach einem kurzen Versuch, zusammen mit seiner Frau, die er 1793 geheiratet hatte, ein Erziehungsinstitut zu gründen, das den Kindern eine liberale und vielseitige Bildung vermitteln sollte, wurde er zum Chefredakteur einer Zeitschrift berufen, die die Pflege des guten Geschmacks und eine gesunde Lebensphilosophie in Frankreich fördern wollte: 'Décade philosophique, littéraire et politique par une société de républicains'. Diese Zeitschrift redigierte er bis 1799, als er zum Mitglied des Tribunats ernannt wurde, das die Gesetzentwürfe für den 1. Konsul vorzubereiten hatte. Während dieser Zeit erarbeitete *Say* sein Werk *'Traité d'Économie Politique'*, das erstmals 1803 veröffentlicht wurde. Als *Napoleon*, inzwischen Kaiser geworden, versuchte, Say dazu zu bewegen, in seiner 2. Auflage auf die Finanzpolitik des Kaisers einzugehen, wurde der Druck dieser Auflage verboten und Say aus dem Tribunat ausgeschlossen. Einen zur Entschädigung angebotenen Posten in der Verwaltung der indirekten Steuern schlug *Say*, mit der neuen Regierung nicht einverstanden, aus und errichtete eine Baumwollspinnerei nahe Calais. 1813 kehrte er nach Paris zurück, veröffentlichte die 2. Aus-

gabe seine 'Traité'. 1819 schuf die Regierung einen Lehrstuhl für 'Industrielle Ökonomie' für ihn. 1829 konnte er dann seinen *'Cours complet 'd'Économie Politique'* herausbringen. 1830 wurde er Professor. Er starb 1832.

Während *Adam Smith* die Lehre der Physiokraten noch für theoretisch unwiderlegbar hielt, wandte sich *Jean-Baptiste* vollkommen von ihr ab. Desgleichen ist bei Say nichts mehr von Smith's Moralphilosophie zu finden. Say versucht vielmehr, eine reine Wissenschaft in Analogie zur Newton'schen Physik aufzubauen.

Nach *Smith*, der überall noch Spontaneität und Automatismen zu finden glaubte und nach dem die Political Economy die Wirtschaftspolitiker beraten sollte, will *Say*, daß die Nationalökonomie einzig beobachtet, analysiert, schildert. Die Nationalökonomie sei mithin nur die reine Wissenschaft von der selbsttätigen wirtschaftlichen Verfassung, »von den *Gesetzen*, die den Reichtum beherrschen«, »eine einfache Darlegung, wie die Reichtümer gebildet, verteilt und verbraucht werden.« Keinesfalls jedoch habe sie den Politikern Ratschläge zu erteilen, was diese tun sollten.

* * *

Nun zu *Say's Lehre von den Produktionsfaktoren* und von der Verteilung. Während Smith letzten Endes noch der Landwirtschaft den Vorzug gab und Verständnis für die Arbeiterschaft hatte, gibt Say, als selbständiger Unternehmer, dem Fabrikwesen unbedingt den Vorrang. Wo Smith noch nicht die Verbindung von Einkommensart und Produktionsanteil gelang, erkennt Say in der Unternehmertätigkeit den eigentlichen Angelpunkt: *Say trennt den Entrepreneur vom Kapitalisten.* Unternehmer und Geldgeber müssen nicht ein und derselbe sein. Die Funktionen der Unternehmer und die der Financiers sind zwei ganz verschiedene Funktionen. Der Smith'sche Ausdruck 'Unternehmerkapitalist' ist ganz unhaltbar.

Say sagt: der Unternehmer fügt die *produktiven Dienste* zusammen, die Dienste der Arbeit, die Dienste des Kapitals und die Dienste der Natur, des Bodens. Dabei werden diese drei Arten der produktiven Dienste vom Unternehmer so zusammengefügt, daß der Unternehmer ein bloßes Glied eines reinen *Sach*prozesses ist. Denn allein *die Nachfrage nach Gütern bestimmt*, welche und wieviel Güter durch Zusammenfügung derartiger Dienste zustande kommen sollen. Das Angebot an produktiven Diensten komme hingegen aus den verschiedensten Motiven zusammen.

Aus dem Angebot an und der Nachfrage nach den produktiven Diensten ergeben sich drei Arten von *Preisen:* der Lohn, der Zins und die Rente. Und zugleich bestimmen Lohn, Zins und Rente damit die Höhe der Einkommen der Anbieter dieser drei Dienste. Say hat damit *das Gesetz von Angebot und Nachfrage* des Adam Smith deutlicher gemacht.

»Die industriellen Unternehmer sind sozusagen nur die Vermittler, die zu den für irgendein Produkt notwendigen praktischen Diensten auffordern, und zwar im Verhältnis der Nachfrage nach diesem Produkt.«[1]

So entsteht die *Nachfrage* nach produktiven Diensten, die »eine der Grundlagen des *Wertes* dieser Dienste« ist.

»Andererseits bieten sich die Produktionskräfte, Menschen und Dinge, Grundstücke, Kapitalien oder fleißige Leute in mehr oder weniger großer Menge auf Grund verschiedener Beweggründe an .. und bilden so die andere Basis des *Wertes*, der sich für diese selben Dienste ergibt.«[1]

»Daher beherrscht das Gesetz des Angebotes und der Nachfrage den *Preis* der Dienste, d. h. die Höhe der Pacht, der Zinsen und des Lohnes, genau so, wie es den Preis der erzeugten Güter beherrscht. Dank dem Unternehmer verteilt sich der Wert der Produkte zwischen den 'verschiedenen produktiven Diensten', und die verschiedenen Dienste verteilen sich je nach dem Bedarf zwischen den Industrien. Die Theorie der Verteilung fügt sich harmonisch der Theorie des Austausches und der Produktion an.«[1]

* * *

Exkurs: Es ist deutlich, daß hier kein Unterschied zwischen Wert und Preis gemacht wird. Objektive oder subjektive Wertlehre? – ein Streit in der Nationalökonomie seit den Anfängen systematischen Denkes. *Quesnay* und *Smith* stehen am Anfang der »objektivistischen« Richtung – alle Werte entstehen durch Arbeit und durch nichts sonst – *Condillac* am Anfang der subjektivistischen Richtung – die persönliche Wertschätzung allein bestimmt den Wert.

Zweitens: Indem *Say* die Abhängigkeit von Lohn, Profit (Kapitalverzinsung und Unternehmerlohn) und Bodenrente auf ein und dieselben Ursachen (Angebot und Nachfrage) zurückführt, kommt er zu keiner gültigen Erklärung der wahren Ursachen dieser Einkommensarten und ihrer Auswirkungen auf das Wirtschaftsgeschehen, zumal er das Wesen des Geldes nicht erfaßt. Denn er glaubt, vom 'Geldschleier' völlig abstrahieren zu können.

1 Gide und Rist, 'Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen', Jena 1913, S. 127

Drittens: Trotz der Erkenntnis der Bedeutung des Unternehmers hat er den Menschen aus dem Wirtschaftssystem gänzlich hinausgeworfen, so daß später *Walras* und *Jevons* die Gleichgewichtstheorie in physikalischer Analogie aufbauen konnten.

* * *

In seiner »*Theorie der Absatzwege*« – seiner Marktlehre also – sagt *Say*: »Erzeugnisse kaufen sich mit Erzeugnissen«, das Geld sei nur ein Mittel, um den Tausch zu erleichtern; man erwerbe es nur, um es sogleich wieder los zu werden und gegen neue Produkte einzutauschen; es verdecke nur die rein sachlichen Vorgänge. Infolgedessen schaffe sich die Produktion selbst ihren Absatz. Denn Produktion sei bereits Nachfrage nach anderer Produktion. Anders ausgedrückt: Das Gesamtangbot an Gütern und die Gesamtnachfrage nach Gütern halten sich notwendigerweise die Waage, denn die Gesamtnachfrage ist weiter nichts als die Gesamtmenge der erzeugten Güter. Verkürzt ausgedrückt: *Das Angebot schafft sich die Nachfrage selbst.*«

Say folgert daraus, daß es eine allgemeine Überproduktion überhaupt nicht geben könne, daß lediglich partielle Überproduktion möglich sei, wenn nicht richtig, das heißt wenn am Bedarf vorbei produziert worden sei. Aber selbst das sei eine vorübergehende Erscheinung. Der Markt reguliere sich bald wieder von selbst, *die Krisen seien stets vorübergehender Natur.*

Say folgert weiter aus seiner Grundüberzeugung, daß das Angebot sich selbst seine Nachfrage schaffe, daß es im Interesse jedes Landes liegen müsse, nicht nur für das Inland möglichst viel zu produzieren, sondern vor allem auch für das Ausland, damit auch dieses entsprechend seine Produktion vergrößere und dadurch seinen und seiner Bevölkerung Wohlstand vermehre. *Say* ist derart überzeugt von der Richtigkeit seiner Entdeckung, daß er sagt: »*Die Theorie der Absatzwege wird die Weltpolitik verändern.*« Und dementsprechend folgert er weiter, daß die *Produktions- und Handelsfreiheit über die ganze Welt hin die wahre Brüderlichkeit aller Menschen zustande bringen werde.*

* * *

Es dürfte unbestritten sein, daß gerade dieser Gedanke des *Jean-Baptiste Say* noch heute, ja gerade heute wieder von ganz eminenter Aktualität und Bedeutung ist. Denn von der Lösung des weltweiten Problems der Arbeitslosigkeit einerseits und der Unterversorgung von Millionen und Abermillionen von Menschen mit dem Lebensnotwendigsten andererseits hängt der Weltfriede, ja möglicherweise die Zukunft der Menschheit selbst ab.

Es ist heute, zumal unter Vertretern des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems, Mode geworden, sich auf *Jean-Baptiste Say* zu beziehen – wonach das Angebot sich seine Nachfrage selbst schaffe – und daraus zu folgern, daß alleine eine *'Angebots-orientierte' Wirtschaftspolitik (supply-side* economics), gestärkt durch steuerliche Entlastung der Angebotsseite, die derzeitige Wirtschaftskrise überwinden könne – ohne danach zu fragen, wo denn die *eigentlichen Ursachen* der immer wiederkehrenden Konjunkturstockungen und Strukturkrisen zu suchen sind.

So richtig also die Entdeckung von *Jean-Baptiste Say* ist, daß das Gesamtangebot an Gütern und die Gesamtnachfrage nach Gütern sich genau die Waage halten, weil die Gesamtnachfrage weiter nichts ist als das (geldliche) Spiegelbild der Gesamtmenge der erzeugten Güter, so falsch ist trotzdem die Annahme von Say, daß damit auch bereits die *volle* Konjunktur, das heißt die hundertprozentige Auslastung der gesamten Produktionskapazität eines Landes, sowie der hundertprozentige Austausch der dadurch geschaffenen potentiellen Nachfrage und des *Gesamt*angebots an Gütern gesichert sei.

Die Geschichte zeigt vielmehr, daß – erstens – und hierauf hat besonders *Keynes* hingewiesen – auch bei Nicht-Vollbeschäftigung ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage möglich, ja fast die Regel ist und daß – zweitens – das Angebot alleine (gleich bei welchem Auslastungsgrad der Kapazitäten) nicht ausreicht, die geschaffene, potentielle, Nachfrage dazu zu bewegen, auch stetig effektiv zu werden, das heißt das Güterangebot jeweils restlos aufzunehmen, den »Markt zu räumen«.

Jean-Baptiste Say hat also noch die für den Wirtschaftskreislauf entscheidende Bedeutung des Geld-Faktors übersehen oder jedenfalls unbeachtet gelassen. Dies mindert indessen nicht im geringsten sein Verdienst, erkannt zu haben, daß nur der freie, echte Güter- und Leistungsaustausch innerhalb der *Länder und über die Landesgrenzen hinweg die wahre Brüderlichkeit der* Menschen zustande bringen könne.

Daß aber heute noch immer, bald zweihundert Jahre nach Say, die Mehrheit unserer Nationalökonomen die Lösung dieses Problems nicht ins Auge faßt, obwohl sie im Prinzip längst gefunden sein dürfte – in *Silvio Gesells* »*Umlaufsicherung des Geldes*« und in *John Maynard Keynes'* Gedanken der »*Überwindung der Bevorzugung der Liquidität*« –, das ist das Erschütternde und durch nichts zu Entschuldigende angesichts der Tatsache, daß die Welt bei Beibehaltung des jetzigen funktionsunfähigen Geldsystems sehenden Auges ins Verderben rennt.

III

Die Pessimisten

Im Gegensatz zu den Nationalökonomen, mit denen wir es bisher zu tun hatten und deren Bestreben es war, den Menschen durch die Errichtung einer freiheitlichen Ordnung des Wirtschaftslebens zu größerer Wohlfahrt, ja zu mehr Glück zu verhelfen, werden wir uns nun mit zwei Persönlichkeiten beschäftigen, zwei liberalen Theoretikern, »die den Beweis zu erbringen suchten, daß trotz aller wirtschaftlichen Freiheit die große Masse des Volkes nicht auf Befreiung aus sozialer Not hoffen dürfe – nicht, weil menschliche Einrichtungen fehlerhaft wären, sondern weil unabwendbare *Naturgesetze* die Mehrheit der Menschen auf der untersten Stufe der Lebensführung festhielten.«[1]

Deshalb die Bezeichnung *'Pessimisten'*. Eben weil sie, aus Gründen, die nachstehend erörtert werden, »nicht mehr an eine Übereinstimmung der individuellen Interessen mit denen der Allgemeinheit glauben«; weil sie von der Unüberwindbarkeit der »Gegensätze zwischen den Grundbesitzern und den Kapitalisten, zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern« überzeugt sind; weil sie zeigen, daß »das Gesetz der Bodenrente einer kleinen Zahl müßiger Grundeigentümer ein Einkommen sichert, das im direkten Verhältnis zu der Not der Bevölkerung wächst« und daß »das Gesetz des sinkenden Bodenertrags ... den Menschen keine Aussicht läßt, ihr Los zu verbessern, als freiwillig (durch 'Enthaltsamkeit') ihre Anzahl zu beschränken«; und schließlich weil »das Gesetz des konstant sinkenden Profits den Fleiß der Menschen früher oder später im Sumpf des 'stationären Zustandes' endigen lassen muß.«[2]

»Sie glauben, das Grundeigentum auf eine unerschütterliche Basis gestellt zu haben, wenn sie nachweisen, daß die Bodenrente nichts mit dem Eigentum zu tun habe. Sie zweifeln nicht daran, den Geist der Revolte entwaffnet zu haben, wenn sie den Armen nachweisen, daß sie selbst für ihr Unglück verantwortlich sind.«[2]

Die beiden Hauptvertreter dieser Lehre sind *Thomas Robert Malthus* und *David Ricardo.*

Die Bevölkerungslehre von Thomas Robert Malthus (1766–1834)

Bis etwa zur Mitte des 18. Jahrhunderts galt es für ein Land für vorteilhaft, eine zahlreiche – und möglichst wachsende – Bevölkerung zu haben. Je größer das Volk, desto reicher das Land – dies war allgemeine Überzeugung. Auch glaubte man – und dies galt zumal für die Anhänger des 'Ordre naturel' –, daß

1 Adolf Damaschke, a.a.O. S. 348/49
2 Gide und Rist, a.a.O. S. 132/33

sich die Bevölkerungszahl auf ganz natürliche Weise, schon bedingt durch die Menge der zur Verfügung stehenden Lebensmittel, von selbst regele. Zumal *W. Godwin*[1] und *M.J.A.C. Condorcet*[2] bekundeten in ihren Schriften in den Jahren 1793 und 1794 tiefes Vertrauen in die Zukunft der menschlichen Gesellschaft, in den Fortschritt der Wissenschaft und das Walten der Vernunft, die die Einzelinteressen und den Kampf um den Profit zügeln werde. *Godwin* glaubte sogar, in der Ferne einen gesellschaftlichen Zustand erblicken zu können, in dem »der Geist die Sinne so sehr beherrschen wird, daß die Fortpflanzung aufhört«. Gegen diesen nahezu grenzenlosen Optimismus wandte sich nun *Robert Malthus*, zunächst anonym und dann 1798 in seinem »*Essay on the Principle of Population*«.

Robert Malthus entstammt einer alteingesessenen, angesehenen Familie. Sein Vater, Daniel Malthus, war ein hochgebildeter Landedelmann, der mit den Philosophen seiner Zeit, David Hume, J.-J. Rousseau, Voltaire u. a. in Verbindung stand. Er hatte in Oxford studiert und ließ auch seinen Söhnen eine ausgezeichnete Erziehung zuteil werden. So erhielt Robert vor dem Eintritt in die Universität Cambridge ausschließlich Privatunterricht. Er studierte Theologie und erhielt nach hervorragendem Examen eine Pfarrstelle auf dem Lande in Albury (Surrey). 1807 wurde er zum Professor am East India College in Haileybury (Herefordshire) ernannt, wo er bis zu seinem Tode blieb.

Robert Malthus entwickelte seine Ansichten sehr im Gegensatz zu denen seines Vaters, der ein begeisterter Anhänger des Physiokraten *Condorcet* und des Schriftstellers *Godwin* war. Seine Fragestellung entwickelte sich aus einer ganz bestimmten Umwelt, aus der Sicht des Seelsorgers, der die Armut der Menschen erlebte als Folge der Auswirkungen der Industrial Revolution, der »Poor Laws«, der ungeheuren Verteuerung der Lebensmittel – und der auf der anderen Seite das Reich- und Reicherwerden der Grundbesitzer beobachtete.

Malthus' Hauptargument gegen den Optimismus Godwin's und Condorcet's lautet: Aus dem Geschlechtstrieb der Menschen folgt ein praktisch unbegrenztes Vermehrungsstreben, und da jener Trieb in der menschlichen Fleischesnatur selbst liege und unausrottbar sei, sei er somit auch konstanter Art und führe daher zu einem unaufhörlichen Wachstum der Menschheit, ganz gleich wie günstig oder ungünstig die natürlichen Lebensbedingungen für die Menschen seien, so daß ein Zustand der Knappheit an Lebensmitteln unausweichlich werde – mit der Folge, daß Armut und Elend, Trunksucht und Laster jeglicher Art das Schicksal des Menschengeschlechts sein werde.

1 William Godwin »Political Justice«, 1793
2 Marie Jean Antoine Condorcet (1743–1794) »Esquisse d'und tableau historique des progrès de l'Esprit humain«, 1794

Malthus nahm dabei an, daß sich die Vermehrung der Menschen in einer geometrischen Reihe vollziehe: 1 2 4 8 16 32 64 128 256 usw., während sich die Lebensmittelproduktion nur in arithmetischer Reihe vermehre: 1 2 3 4 5 6 7 8 9, so daß also nach neun Perioden, in rund 200 Jahren, die Zahl der Menschen sich um das 256fache vermehrt haben werde.

* * *

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Annahme von *Malthus* in der Form, in der er sie beobachtet zu haben glaubt, falsch ist. Weder ist die Konstanz des Vermehrungsstrebens der Menschen gegeben, noch die Begrenztheit der Lebensmittelproduktion auf gegebener Fläche. Tatsächlich hat dies Malthus selbst auch schon bald erkannt. Trotzdem hielt er an seinen Behauptungen fest und empfahl, um der »repressiven Hemmung« des Bevölkerungswachstums durch die Steigerung der Sterblichkeit (durch Elend, Krieg usw.) vorzubeugen, die *präventive Hemmung*« (moral restraint), die in der Verringerung der Geburten besteht.

Hierbei versteht er unter der »*moralischen Enthaltsamkeit*« (moral restraint) nicht den Geschlechtsverkehr in der Ehe, sondern einen Verzicht auf die Ehe überhaupt, solange ein Mann nicht ganz sicher ist, seine Kinder auch in Zukunft ernähren zu können. Und er verurteilt aber zugleich auch jedes sonstige Präventivmittel als ausgesprochenes »Laster«, von der Prostitution, der Abtreibung oder gar dem Kindesmord usw. gar nicht erst zu reden. »Ich weise jedes künstliche und den Naturgesetzen zuwiderlaufendes Mittel zurück, durch das man die Bevölkerung beschränken möchte. Die Hemmungen, die ich befürworte, sind mit der Vernunft in Übereinstimmung und vor der Religion gerechtfertigt.«

Freilich ist auch *Malthus* (nicht erst als Folge der wütenden Angriffe gegen seine Theorie) nicht verborgen geblieben, daß seine Forderungen schlechthin unerfüllbar bleiben mußten: »Die schmutzige Armut ist unter allen Zuständen am wenigsten für die Keuschheit günstig .. Es gibt so tiefe Armut, daß ein in ihr geborenes Mädchen unrettbar der Prostitution verfällt, daß nur ein Wunder es davor bewahren kann.« Und so befindet er sich selbst schließlich in dem *Dilemma*, daß er den Menschen an einem dreifachen Scheidewege sieht: Auf dem mittleren Arm des Wegweisers steht: »Ins Elend«, auf dem rechten: »Zur Tugend«, auf dem linken: Ins Laster:. »Er sieht, wie die Kraft eines blinden Instinktes den Menschen auf den mittleren Weg »Ins Elend« treibt. Er beschwört ihn, stark zu bleiben und einen der beiden seitlichen Wege einzuschlagen. Aber er fürchtet, daß die Zahl derer, die seinem Rate folgen, derer,

die, wie das Neue Testament sagt, den schmalen Weg des Heils wählen, nur klein sein wird. Und andererseits will er in seiner, ein wenig kindlichen Seele nicht zulassen, daß alle Menschen den Weg des Lasters gehen, sodaß zuletzt die Furcht, die Menge der Menschen werde der natürlichen abschüssigen Straße folgen, und so dem Abgrund zueilen, ihn ergreift. Weder das eine, noch das andere Präventivmittel bietet ihm genügend Sicherheit, der Zukunft des Menschengeschlechts ruhig entgegen sehen zu können.«[1]

Und so nimmt er schließlich, vor die Wahl von zwei Übeln gestellt, den Weg »Ins Laster« als das kleinere Übel hin, da der Weg »Ins Elend« erst recht die Folgen haben wird, die bei dem Weg »Ins Laster« zu gewärtigen sind. So wird er gewissermaßen zum *»utilitaristischen Moralisten«*, ähnlich Bentham, zum *»Neomalthusianer«*, die die »moralische Enthaltsamkeit« insofern für durchaus unmoralisch halten, als sie schlimmer sei als das Übel, das sie heilen soll. Das einzige Mittel, diesen beklagenswerten Ausgang zu verhindern, liege demzufolge in der Regelung dieses Instinktes – in der von den Neomalthusianern geforderten *»Geburtenkontrolle«* auf freiwilliger Basis.

Den größten *Pferdefuß* seiner Lehre, der ihm denn auch die wütendsten Angriffe, zumal seitens *Karl Marx*, eingetragen hat, scheint *Malthus* merkwürdigerweise gar nicht bemerkt zu haben: die Pflicht der Ehelosigkeit, die in seiner ursprünglichen Lehre nicht von der Pflicht zur Keuschheit zu trennen ist, die Entbehrungen der Freuden und der Geborgenheit des Familienlebens legt er nur den Armen auf, nicht aber den Reichen, die alle die Bedingungen erfüllen, die er für die Fortpflanzung der Menschen gefordert hat. So trug er, gewiß ungewollt, zu der Gleichgültigkeit der Wohlhabenden gegenüber dem Schicksal der armen Arbeiter im vergangenen Jahrhundert ganz wesentlich bei und verhinderte indirekt eine auf Reform der Wirtschafts- und Grundbesitzverhältnisse zugunsten der Arbeiter zielende Politik der Regierungen.

* * *

So recht also *Robert Malthus* hatte, daß er mit seinem »Essay on the Principle of Population as it affects the future Improvement of Society« auf ein brennendes Bevölkerungsproblem hinwies, so fatal war jedoch seine Erklärung der Ursache dieses Problems und sein Vorschlag, diese zu beseitigen. Denn nicht die von Malthus vermutete Naturgesetzlichkeit der grenzenlosen Bevölkerungsvermehrung bei zurückbleibender Versorgungsmöglichkeit dieser wachsenden Bevölkerung mit Lebensmitteln aller Art ist die Ursache der zunehmenden Verarmung der besitzlosen Arbeiterklasse seiner Zeit gewesen,

1 Gide & Rist a.a.O., S. 146

sondern die mangelhafte, von Menschen geschaffene Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere das institutionalisierte unsoziale Eigentums-»Recht« am Grund und Boden und ein Geldwesen, das den Geldkapitalbesitzer begünstigt und den Lohnarbeiter zum Bettler um Arbeit gemacht hat.

Und da sich bis heute an diesem Unrechtszustand im Prinzip nichts geändert hat – alle, wenn auch noch so wohltuend wirkende Sozialmaßnahmen verschleiern nur diesen Zustand – sind wir, gerade auch im Hinblick auf das Elend in den sogenannten Entwicklungsländern, aufgerufen, an der Beseitigung dieses Zustandes mitzuarbeiten – und nicht zu warten, bis die nächste Katastrophe alles hinwegfegt, was noch unsere Kultur und Zivilisation ausmacht.

IV

Der Klassiker der kapitalistischen Wirtschaftstheorie David Ricardo (1772–1823)

»*Ricardo* ist der größte Name der Nationalökonomie und kommt gleich nach *Adam Smith*. Er ist sogar bekannter. *Adam Smith* hat gerade infolge der weisen Mäßigung in seinen Ansichten keine Schule gemacht und nur wenig zum Widerspruch herausgefordert; Nationalökonomen aller Schattierungen sitzen zu Füßen des Meisters und hören ehrfurchtsvoll aus seinem Mund die Weisheitsworte fließen.

»Aber nicht in diesen erhabenen Regionen muß man *Ricardo* suchen; er steht im dichtesten Getümmel. Um seinetwillen wogt der Kampf, und gegen ihn richten sich alle Angriffe. Handelt es sich um die *Methode*, so stürzt sich die realistische und die historische Schule auf ihn, der die Wissenschaft in die Sackgassen der Abstraktionen geführt hat! Handelt es sich um die Rechtfertigung des *Grundbesitzes*, so wird zuerst seine Rententheorie angegriffen; der ganze Marxismus und folglich der ganze heutige Sozialismus baut sich unmittelbar auf seiner *Werttheorie* auf. Wenn diese Nachkommenschaft ihm auch sicherlich wenig zusagen dürfte, so kann er sie doch nicht verleugnen. In den

Streitfragen um die Rolle der *Notenbanken* und über den internationalen Handel findet man ihn, und zwar stets an erster Stelle, wieder.

»Er verdankt es daher ebenso seinen Fehlern, wie seinen Verdiensten, das geistige Leben so nachhaltig in Erregung gesetzt zu haben. ...«[1]

Besonders interessant in der heutigen Zeit der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit, der internationalen Verschuldung und der Armut und des Elends in den Entwicklungsländern dürfte das Urteil von *John Maynard Keynes* über die Theorie und die Wirkung von *Ricardo* sein:

»Die Anschauung, daß wir die Funktion der gesamten Nachfrage ohne weiteres übersehen können, bildet die Basis der Wirtschaftslehre von *Ricardo*, die dem, was man uns über ein Jahrhundert lang gelehrt hat, zugrunde liegt. *Malthus* hat zwar *Ricardos Doktrin, daß die wirksame Nachfrage unmöglich unzureichend sein könne,* heftig bekämpft, aber umsonst. Weil nämlich *Malthus* nicht deutlich erklären konnte, wie und warum die *wirksame Nachfrage* unzureichend oder übermäßig sein könne, mißlang ihm die Bereitstellung einer alternativen konstruktiven Theorie, und *Ricardo* hat (daher) England so vollständig erobert wie die Heilige Inquisition Spanien. Nicht nur wurde seine Theorie von der City, von Staatsmännern und von der akademischen Welt angenommen, sondern der wissenschaftliche Streit nahm ein Ende. .. Das große Rätsel der *wirksamen Nachfrage,* mit dem *Malthus* gerungen hatte, verschwand aus der wissenschaftlichen Literatur. Man wird sie in den gesamten Werken von *Marshall, Edgeworth* und Prof. *Pigou,* die der klassischen Theorie ihre reifste Verkörperung gaben, auch nicht ein einziges Mal nur erwähnt finden. Sie konnte nur verstohlen unter der Oberfläche weiterleben, in den Unterwelten von *Karl Marx, Silvio Gesell* oder *Major Douglas.*

»Der völlige Sieg *Ricardos* erscheint merkwürdig und rätselhaft. Er muß dem Umstand zugeschrieben werden, daß die Doktrin in hohem Maße der Umwelt angepaßt war, in die sie geworfen wurde. Daß sie Schlüsse zog, die grundverschieden waren von dem, was der gewöhnliche ungebildete Mann erwartet hatte, hat ihr intellektuelles Prestige offenbar nur gesteigert. Daß ihre Lehre, aufs wirkliche Leben übertragen, hart und oft ungenießbar war, verlieh ihr Tugend. Daß sie geeignet war, einen mächtigen und logisch konsequenten Überbau zu tragen, verlieh ihr Schönheit. Daß sie erklären konnte, daß eine Menge sozialer Ungerechtigkeiten und scheinbarer Grausamkeiten unvermeidliche Zwischenfälle im Fortschrittsplan seien und daß jeder Versuch, solche Zustände zu ändern, im ganzen voraussichtlich mehr Harm als Gutes bringen würde, empfahl sie der Obrigkeit. Daß sie den uneingeschränk-

1 Gide & Rist a.a.O.m S. 154/55

ten Tätigkeiten der einzelnen Kapitalisten eine gewisse Rechtfertigung gewährte, zog ihr die Unterstützung der herrschenden sozialen Macht zu, die hinter der Obrigkeit stand.

»Aber obschon die Doktrin selbst bis vor kurzem von den orthodoxen Ökonomen unangefochten blieb, hat ihr ausgesprochenes Versagen für Zwecke wissenschaftlicher Voraussage im Laufe der Zeit das Ansehen ihrer Adepten sehr geschmälert. Denn die Berufsökonomen nach *Malthus* wurden offenbar von der mangelnden Übereinstimmung zwischen den Folgerungen ihrer Theorie und den Erfahrungstatsachen nicht berührt: ein Widerspruch, der dem gewöhnlichen Manne nicht entging, mit der Folge, daß er den Ökonomen mehr und mehr die Achtung verweigert, die er anderen Gelehrten zollt, deren theoretische Folgerungen durch die Beobachtung bestätigt werden, wenn sie auf die Wirklichkeit übertragen werden. ..«[1]

Wer war dieser vielbewunderte und bedeutende und doch andererseits so sehr bekämpfte Mann?

David Ricardo entstammte einer holländischen, ursprünglich protugiesischen jüdischen Familie. Sein Vater kam schon als junger Mann nach England und wurde dort Warenmakler. Früh bereitete er seinen Sohn David für das Geschäftsleben vor. Als dieser, 23jährig, eine Christin heiratete, trennten sich ihre Wege. David gründete ein eigenes Geschäft als Börsenmakler und erwarb in sehr kurzer Zeit ein außergewöhnliches Vermögen – von 800 £ bei seiner Heirat auf über 700 000 £ bei seinem verhältnismäßig frühen Tode.

Obwohl seine Schulbildung nur kurz war (in Holland hatte er zwei Jahre lang dieselbe Schule besucht, in der zuvor *Spinoza* Schüler war und in der hauptsächlich neben der Bibel und dem Talmud hebräische Literatur und Rhetorik gelehrt wurden), hatte er doch, gewiß gefördert durch seine Tätigkeit im Bank- und Börsenwesen, einen außerordentlich scharfen analytischen Verstand entwickelt, der ihn befähigte, schon früh seine Beobachtungen und Erfahrungen zu Papier zu bringen. Seine 1809 veröffentlichte Schrift *'The High Price of Bullion a Proof of the Depreciation of Bank Notes'* (über den hohen Geldpreis als Beweis für die Entwertung der Banknoten) führte zu der berühmten Goldkontroverse und dem 'Bullion Report' des Londoner Parlaments. Im Jahre 1816 folgten seine *'Proposals for an Economical and Secure Currency, with Observations on the Profits of the Bank of Enland'*, in denen die Umstände untersucht werden, die den Geldwert bestimmen, wenn jeder einzelne die Macht zur Geldschöpfung besitzt oder wenn diese Möglichkeit unter ein Monopol gestellt wird. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß im

1 *John Maynard Keynes:* »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, Duncker + Humblot, Berlin 1955, Seite 27–28

Falle der konkurrierenden Währungen der Geldwert von den Kosten der Geldherstellung abhängt, während im Falle des Geldmonopols einer Bank der Geldwert vom Verhältnis der umlaufenden Geldmenge zur Nachfrage abhängt. Hier wird also der Beweis erbracht, daß eine Währung keinerlei inneren Wert haben muß und daß man infolgedessen ohne jeden Schaden für die Wirtschaft praktisch ganz auf die Gold- oder Metalldeckung einer Währung verzichten kann, wenn es nur gelingt, die Gesamtgeldmenge in Grenzen und die Notenausgabe unter Kontrolle zu halten. Hiermit war also gewissermaßen der Grundstein für die *Quantitätstheorie des Geldes gelegt.*

* * *

Im Jahre 1817 endlich folgte *Ricardos* Hauptwerk, seine *'Principles of Political Economy and Taxation'*, mit dem wir uns hier in erster Linie beschäftigen wollen.

Doch zuvor noch dies, die ins Deutsche übertragene Einführung zu diesem Buche aus dem Jahre 1911:

»Die ungeheure Masse ökonomischer Literatur kennt kein mit dieser Abhandlung vergleichbares Phänomen. Man möchte sogar bezweifeln, ob es in der ganzen soziologischen Literatur eine Parallele dazu gibt. Es ist ein Werk, in vieler Hinsicht weit entfernt davon, originell zu sein, das das Ergebnis von viel freundschaftlicher Diskussion und privater geistiger Konzentration ist, das sein Autor nur äußerst zögernd und zurückhaltend veröffentlichte. Der Leser jener Zeit wird es wahrscheinlich schwierig, weit hergeholt und einfallslos empfunden haben; sein Stil ist abweisend, sein Aufbau unsystematisch, seine Methode abstrakt und trocken. Doch selbst in dieser Form hat die seltsame Mischung von Kühnheit und Bescheidenheit, von Unabhängigkeit und Selbstlosigkeit, ob durch Attraktivität oder Widerwillen, einen kaum abzuschätzenden Einfluß auf das menschliche Denken, Fühlen und Handeln gewonnen.«[1]

Während sich *Adam Smith* vor allem für den Wohlstand der Nationen interessierte und *Robert Malthus* für den Notstand der Armen, fragt *David Ricardo* ausschließlich danach, wie sich der *gegebene* Wohlstand *verteilt.* »Die Gesetze, denen diese Verteilung untersteht, festzulegen, ist die Hauptaufgabe der Nationalökonomie.« *Ricardo* will erkunden, in welcher Weise die Verteilung der Rente für den Boden, des Profits für das Kapital, des Lohns

1 *David Ricardo:* »The Principles of Political Economy and Taxation« Everyman's Library Nr. 590, London 1937

für die Arbeit erfolgt und welche Gesetze den Anteil jeder Einkommensart bestimmen. Und dies ohne jede Frage nach Gerechtigkeit und 'fellow feeling'.

»Wenn *Ricardo* diese Untersuchung auch ohne jede teleologische Gerechtigkeitsvoraussetzung führt, so läßt sich leicht voraussehen, daß er die Ära der Polemik und sogar des Sozialismus eröffnen wird. Auf der einen Seite nämlich treten in der Verteilung der Güter die Naturgesetze gegenüber geschriebenen Gesetzen und menschlichen Einrichtungen zurück, und auf der andern sind dieselben individuellen Interessen, die in der Produktion zusammenwirken, in der Verteilung antagonistisch.«[1]

Für *Ricardo* gab es nur noch *zwei Axiome*: erstens, das *Smith*'sche »Self Interest and Fellow Feeling« als den bewegenden Kräften im Wirtschaftsleben wird bei *Ricardo* zum *Homo Öconomicus* reduziert, zum unbeschränkten Egoisten, zum Menschen, der nur nach wirtschaftlichen Nutzerwägungen handelt, wobei *Ricardo* sein großes Wissen über die Nutzerwägungen darlegt. Zweitens nimmt *Ricardo* das *unbeschränkte Vermehrungsstreben* der Menschen gemäß der Theorie von *Malthus* als eine *Konstante* an. Alles, was nicht mit diesen beiden Axiomen vereinbar ist, findet in *Ricardos* Lehre keinen Platz. Damit beginnt die abstrakte, fiktive Wirtschafslehre.

Ricardo stellt die Disharmonien heraus und versucht, diese Disharmonien zu erklären. Er erkennt die Interessengegensätze, die Spannungen und die Folgen der bestehenden Einrichtungen, tastet jedoch diese und insbesondere die die Macht des Eigentums stützenden Gesetze und Institutionen in keiner Weise an. Insofern hat man ihn daher auch zu den 'Pessimisten' gerechnet.

* * *

Von allen Theorien *Ricardos* (über die Bodenrente, über die Entstehung des Wertes – Arbeitswerttheorie –, über Lohn und Profit, über Handelsbilanz, Wechselkursschwankungen, Quantität des Geldes und Notenbankmonopol) ist die *Theorie über die Bodenrente* die bekannteste. Die Bodenrente spielte in England besonders deshalb eine besondere Rolle, weil dort das Pachtsystem in der Landwirtschaft sehr viel weiter ausgebildet war als auf dem Kontinent: an der Spitze der Verteilungspyramide sah man den Grundeigentümer, den 'Landlord', der seine *Rente* von seinen großen kapitalistischen Pächtern erhebt, die ihren *Profit* erwirtschaften, und am unteren Ende sah man den Arbeiter, der seinen *Lohn* erhält.

1 *Charles Gide* in Gide + Rist a.a.O. S. 157

Die große Frage war nun, wie sich die drei Einkommensarten erklären und wie sie sich zusammensetzen, wobei diese Frage offenbar am schwersten im Falle der *Grundrente* zu erklären schien. Für die *Physiokraten* war die Grundrente, der »Reinertrag«, eine freie Gabe der Natur; auch *Adam Smith* glaubte noch, darin in ähnlicher Weise das Werk der Natur zu sehen. *Malthus* sah in der Grundrente das Ergebnis eines wirtschaftlichen Gesetzes, das mit dem Wachstum der Bevölkerung zusammenhing, wobei er aber auch schon Unterschiede in der Höhe der Grundrenten aufgrund unterschiedlich fruchtbarer Böden erkannte, was ihm völlig gerechtfertigt erschien, obwohl sie unabhängig von irgend einer Arbeit der Grundeigentümer anfiel.

Ricardo nun verwirft jeden Gedanken an eine Mitwirkung der Natur. Er sieht auch, daß der Boden keine Rente abwirft, wenn die Menschen seiner nicht bedürfen, sondern erst dann, wenn er infolge des Bevölkerungswachstums gebraucht wird. Und obwohl er dabei auch sieht, daß die Bodenrente »jener Teil des Bodenertrages« ist, »der dem Besitzer gegen das Recht (!), die produktiven und unverwüstlichen Eigenschaften des Bodens auszunutzen, gezahlt wird«, so kommt er dennoch zu einer anderen Erklärung der Bodenrente: sie entstehe aus dem Zwange, infolge der Knappheit der guten Böden auch auf geringere zurückgreifen zu müssen, wenn die Bevölkerung sich vermehrt, und deshalb »ist die Bodenrente eine Schaffung von *Werten*, nicht von Gütern«, sagt *Ricardo,* wobei sich die »Güter« aus dem Überfluß und der Befriedigung ergäben, der *Wert* hingegen aus der *Anstrengung* erwachse, die dann die Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte zur Folge habe. »Der Wert des Getreides wird von der zu seiner Erzeugung auf den Feldern schlechtester Qualität aufgewendeten *Arbeit* bestimmt«. Die *Arbeit* ist es also, nach *Ricardo,* die den *Wert* schafft, nicht die Nachfrage. »Ich sehe die Arbeit als die Quelle allen Wertes an, und ihre relativen Mengen als Maßstab, der fast ausschließlich den relativen Wert der Waren bestimmt.« *(Ricardo)*

Von hier aus ist es ein kurzer Weg zur *Differentialrentenlehre:* da nach dem 'Gesetz' vom 'Ausgleich der Preise' bei nicht beliebig vermehrbaren Gütern und konstanter Nachfrage auch Böden geringer Qualität zur Produktion herangezogen werden müssen und deshalb ihre höheren Arbeitskosten im Preis weitergeben müssen, erhalten auch die Produzenten auf den ertragreicheren Böden den selben Preis und mithin über ihre Arbeitskosten hinaus eine zusätzliche Rente, die *Differentialrente.* Damit ist für *Ricardo* die Grundrente also die Folge der Preise – und nicht umgekehrt –, sie ist somit eine Folge der Armut und der Verschiedenartigkeit der Böden, die durch die Arbeit überwunden werden müssen. Damit bleiben *die Arbeitsmengen* als *das allein Wertbestimmende* zurück.

* * *

Auch das *Kapital*, so sagt *Ricardo*, ist nichts als *Arbeit*, kristallisierte oder vorgetane Arbeit, eine Addition von Arbeitsmengen.

»Wenn das Kapital ein vergängliches Gut ist, müssen Jahr für Jahr große Anstrengungen gemacht werden, um es in seiner Vollständigkeit zusammenzuhalten; diese Wiederherstellungsarbeit kann in Wirklichkeit als für die Erzeugung von Waren aufgewendet angesehen werden und muß sich in ihrem *Wert* wiederfinden.«[1]

Allerdings hat *Ricardo* selbst später diese Ansicht relativiert, als er annahm, »daß der relative *Wert* der Dinge durch zwei Ursachen bestimmt werde: durch die relative Arbeitsmenge, die zur Erzeugung notwendig ist, und durch die relative Zeitdauer, die notwendig ist, um das Resultat dieser Arbeit auf den Markt zu bringen.«

Trotzdem gilt: »Im allgemeinen drückt man die Theorie *Ricardos* dadurch aus, daß man sagt: der *Wert* wird von den *Produktionskosten* bestimmt. Hierzu ist man berechtigt, da er sich selbst so ausdrückt. Es ist aber etwas ganz anderes, zu sagen, daß der Wert von *der Arbeit* bestimmt wird, und wieder etwas anderes ist es, zu sagen, daß er von der *Summe des Lohnes und des Profits* bestimmt wird (unter Außerachtlassung der Bodenrente). In diesem Punkte, wie in vielen anderen, kann nur die Dunkelheit des Ausdruckes *Ricardo* vor dem Vorwurf eines formellen Widerspruches retten.«[1]

»Man muß .. das dialektische Kunststück bewundern, mit dem es *Ricardo* gelungen ist, ein *von jeder Arbeit unabhängiges Einkommen* abzuleiten, wie es die *Rente* vorstellt, und zwar gerade *aus dem Gesetze*, daß *aller Wert aus der Arbeit stammt.*«[1]

Charles Gide schreibt hierzu:[1]

»Zwar stimmen die meisten der heutigen (1913) Nationalökonomen dahin überein, daß der Wert keineswegs ein Produkt der Arbeit ist, sondern nur der Wiederschein der menschlichen Wünsche auf die Sachen, und dennoch ist das Gesetz *Ricardo*'s nicht weniger wahr. Nur muß es in dem Sinne verstanden werden, daß die Konkurrenz, die bestrebt ist, den Preis der Dinge auf das Niveau der Produktionskosten zurückzuführen, ihn nicht unter die höchsten Produktionskosten drücken kann, das heißt, unter den Preis, der notwendig ist, um die Kosten der teuersten auf dem Markt nachgefragten Einheit wieder zu erstatten. (Auch ist noch zu bemerken, daß *Ricardo*, wie später *C. Marx* und alle die, die versucht haben, die Theorie des Wertes auf die Arbeit zu gründen,

1 Gide + Rist a.a.O., S. 168, 169, 170

gezwungen ist, stillschweigend das Gesetz des Angebotes und der Nachfrage anzunehmen, um seine Theorien, so gut oder so schlecht als es gehen mag, mit den Tatsachen in Einklang zu bringen.) In diesem Sinne ist das Gesetz *Ricardo*'s nicht nur für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sondern für alle Erzeugnisse wahr. Seine Tragweite ist daher viel größer als die, die ihm seine Urheber beilegten.«

* * *

Ähnlich wie Malthus durch sein Bevölkerungsgesetz, so zog nun *Ricardo* durch die *Grundrententheorie* die allerschärfste *Kritik* auf sich, zumal Ricardo als Regulativ gegen die unaufhörlich steigenden Grundrenten in England dem Freihandel nachdrücklich das Wort redete. Denn wenn die Grundrente gar nicht auf die Arbeit gegründet werden kann (»Der Grundbesitzer als der Unschuldigste der drei Beteiligten – Lohn, Profit und Rente – spielt eine rein passive Rolle; er erzeugt nicht seine Rente, er erleidet sie, wenn man so sagen darf.«),[1] so muß folglich das Renteneinkommen der Grundbesitzer ausgesprochen *antisozial* und demzufolge unberechtigt erscheinen. Wenn nur die Arbeit der Rechtsgrund für alles Eigentum sein darf, so ist es nur folgerichtig, wenn – wie es *James Mill* vorgeschlagen hatte – die Grundrente konfisziert, auf dem Steuerwege abgeschöpft wird. Damit wurde Ricardo einer der Vorläufer jener Sozialisten, die die Nationalisierung alles Grund und Bodens gefordert haben – wenn er dies auch keineswegs verlangt hat; wohl aber war er damit einverstanden, daß die Bodenrente von einer Steuer getroffen werde.

Noch größere Empörung als die Grundrententheorie bei den Grundbesitzern löste *Ricardo's Gesetz des Lohnes und des Profites* aus. Wenn sich, einerseits, die Zahl der Arbeiter stetig vermehrt und dadurch auf den Lohn drückt und wenn sich, andererseits, als Folge davon die Nahrungsmittelproduktion, wegen der Inanspruchnahme geringerer Böden, immer weiter verteuert, so muß zwangsläufig die Entlohnung der Arbeiter bis auf das bare Existenzminimum absinken. Schon *Turgot* hatte den Satz geprägt: »In jeder Arbeitsart muß der Fall eintreten, und tritt er auch wirklich ein, daß der Lohn des Arbeiters sich auf das, was zur Beschaffung seines Lebensunterhaltes notwendig ist, beschränkt.« *Malthus* sagte: »Infolge der Ursachen, die die Bevölkerung regeln und die Vermehrung des Menschengeschlechtes bedingen, wird der Lohn der Schwächsten sich niemals viel über dem Niveau halten, das die Natur und die Gewohnheit zum Unterhalt des Arbeiters als unbedingt nötig fordern.« Und *Ricardo* sagt noch bestimmter: »Der natürliche Preis der Arbeit ist der, der den Arbeitern im allgemeinen die Mittel gibt, ihr Leben zu fristen

1 Gide + Rist a.a.O., S 174

und sich ohne Vermehrung oder Verminderung ihrer Klasse fortzupflanzen.«[1] Demzufolge habe der Arbeiter nur ein Mittel, seine Lage zu verbessern: wenig Kinder zu haben. Sein Schicksal liege somit in seinen Händen. Das ist das *Lohngesetz Ricardo's*, das später von *Lassalle* aufgegriffen und das *Eherne Lohngesetz* genannt wurde.

Damit war endgültig der Frieden zwischen Lohnempfänger und Kapitalist gebrochen, wie es auch *Ricardo* indirekt mit dem Satze bestätigt: »Der Anteil des einen kann nur in dem Maß größer werden, wie der des anderen kleiner wird: der Lohn kann nur auf Kosten des Profits steigen und umgekehrt.« *Ricardo* räumt allerdings ein, daß im Falle des Wachsens des Gesamtertrages auch der Anteil jeder der beiden Seiten wachsen könne, nur die Proportionen blieben gleich. Freilich sieht er noch eine weitere Entwicklung vor Augen: daß die Profitrate mit fortschreitender Entwicklung der Gesellschaft sinken wird: »Die natürliche Tendenz des Profits ist, geringer zu werden, weil mit dem Fortschritt der Gesellschaft und des Wohlstands die Vermehrung der notwendigen Lebensmittel eine ständig wachsende Arbeitsmenge erfordert.«

Bei Fortschreiten dieser Entwicklung müsse sogar der Augenblick kommen, in dem der notwendige Lohn alles aufzehre und für den Profit nichts mehr übrig bleibe. Dann werde eine neue Ära in der Geschichte beginnen. Denn wenn alle *Beweggründe* zur Ansammlung von Kapitalien mit dem *Verschwinden des Kapitalprofits* wegfielen, werde das Kapital nicht weiter wachsen, kein neues Land werde mehr unter Kultur genommen, und gleichzeitig werde die Bevölkerung die definitive und letzte Grenze erreicht haben.

»Sobald die Löhne die Gesamtsumme der Einnahmen des Pächters erreicht haben, kann keine Anhäufung von Kapital mehr stattfinden, da kein weiteres Kapital *Zinsen* abwerfen kann; eine weitere Vermehrung der Arbeiter ist daher unnötig, und die Bevölkerung hat ihr Maximum erreicht.«[1]

Um dieser denkbaren Entwicklung entgegenzuwirken, empfahl *Ricardo* die völlige *Freiheit des Außenhandels.* Denn »dort, wo der Handel der freien Konkurrenz offen steht, sind die Einzelinteressen beständig mit den Interessen der Allgemeinheit in Übereinstimmung.« Die Einfuhr überseeischen Getreides ist das beste Mittel, dem Steigen des Getreidepreises und damit dem Steigen der Bodenrente vorzubeugen und so zugleich dem Steigen der Löhne Einhalt zu gebieten und – dem Sinken des Profits! Schließlich übt der Freihandel einen »wohltätigen Einfluß auf die internationale Arbeitsteilung aus«, »indem man auf diese Weise den größtmöglichen Vorteil aus den Hilfsmitteln

1 Gide + Rist a.a.O., S. 178, 182

zieht, die die Natur bietet, so daß man zu einer besseren Verteilung und größerer Wirtschaftlichkeit der Arbeit gelangt.«[1]

***

Ricardo's größte Leistung, die auch und gerade für uns noch von Bedeutung ist, ist seine *Handelsbilanztheorie* und seine *Quantitätstheorie des Geldes.*

Die *Handelsbilanztheorie* besagt, daß auf die Dauer kein Land mehr importieren kann, als es exportiert, vorausgesetzt, daß in diesem Lande eine konsequente auf die Erhaltung der Geldwertstabilität gerichtete Geldmengenpolitik betrieben wird.

Sobald die Handelsbilanz eines Landes passiv wird, weil die Einfuhr die Ausfuhr übersteigt und demzufolge mehr Geld ins Ausland fließt, als von dort hereinkommt, wird das Geld in diesem Lande knapper, sein Wert steigt und die Preise sinken. Dies veranlaßt die ausländischen Exporteure, weniger in das Land mit der passiven Handelsbilanz zu exportieren; und veranlaßt die ausländischen Importeure, mehr Ware aus dem Land mit der passiven Handelsbilanz zu importieren, so daß sich die Handelsbilanz bald wieder ausgleicht.

In der Außenhandelspraxis vollzieht sich der Tendenzumschwung noch viel rascher, weil der Kurs der auf das Ausland gezogenen Wechsel steigt, und die Erhöhung des *Wechselkurses* genügt alleine schon, um die Ausfuhr zu fördern und die Einfuhr zu verlangsamen.

So verläßt also das Geld das Land nicht bzw. nur auf eine kurze Zeit, und es ist dabei gleichgültig, ob es sich um Banknoten handelt (deren Gesamtmenge begrenzt ist) oder um Gold oder Silber. »Der ganze Handel geht vor sich, als ob kostbare Metalle überhaupt nicht existierten, und als ob der Handel zwischen Land und Land sich darauf beschränkte, ihre gegenseitigen Erzeugnisse naturaliter auszutauschen.«[1]

»Gold und Silber werden von der Handelskonkurrenz zwischen den verschiedenen Völkern der Welt in dem Verhältnis verteilt, wie es sich aus dem natürlichen Güterverkehr ergibt, der bestehen würde, wenn es solche Metalle nicht gäbe oder wenn der Handel zwischen Land und Land sich auf einen Austausch ihrer gegenseitigen Erzeugnisse beschränkte.«[1]

1 Gide + Rist a.a.O., S. 184, 185, 186

Diese Theorie der Steuerung der Handelsbilanz durch die Schwankungen des Geldwertes ist schon von *Hume* und *Smith* geahnt, aber erst von *Ricardo* als ein Gesetz erster Ordnung erkannt worden.[1] Sie setzt, wie schon gesagt, die Beachtung der *Quantitätstheorie des Geldes* voraus, die besagt, daß sich die Gesamtgeldmenge in einem konstanten Verhältnis zur gesamten Produktion eines Landes befinden muß, so daß der Durchschnittspreisstand in diesem Lande – von geringfügigen Schwankungen abgesehen – auf Dauer unverändert bleibt.

»Die ursprüngliche *Quantitätstheorie* des Geldes wird von *John Stuart Mill* wie folgt erklärt: »Das Gesetz des Angebotes und der Nachfrage erklärt nur die Wertschwankungen, nicht den Wert selbst. Man mußte daher eine tieferliegende Ursache finden. Diese Ursache liegt in den *Produktionskosten.* Unter der Herrschaft der freien Konkurrenz streben die Wertschwankungen stets nach diesem festen Punkte. ...

»Es gibt also zwei Arten des Wertes: einen vorübergehenden und schwankenden, beherrscht vom Gesetz des Angebotes und der Nachfrage, und einen ständigen oder natürlichen oder auch normalen Wert, der sich nach den Produktionskosten richtet. ...

»Dasselbe Gesetz, das den Wert der Waren regelt, ist auch auf das Geld anwendbar. Auch das Geld hat einen Marktwert, der von der auf dem Markte im Umlauf bedindlichen Menge und den Bedürfnissen des Tausches bestimmt wird; – es ist das die berühmte *Quantitätstheorie* – und einen natürlichen Wert, der von den Produktionskosten der Edelmetalle abhängt.«[1]

Worauf es also ankommt, ist, daß der von Angebot und Nachfrage bestimmte 'Marktwert' des Geldes so fixiert wird, daß keine Schwankungen mehr vorkommen können. Bildete zur Zeit *Ricardos* und *Mills* der von den *Produktionskosten* abhängige Wert des Goldes (der je nach den Goldfunden nur wenig veränderlich war) die Grundlage der Währung, so muß in der Zeit des Papiergeldes diese Währungsgrundlage künstlich geschaffen werden durch entsprechende Geldmengenkontrolle seitens einer absolut zuverlässigen, unbestechlichen und von einem 'Sanktionsmechanismus' *(Prof. G. Brunner)* gesicherten Instanz. Sodaß also der so gefundene und stabilisierte Geldwert, die 'Währung', den ideellen durchschnittlichen Wert der *Arbeit* repräsentiert – wenn auch eben in völlig abstrakter Form.

»Es ist dieses Prinzip, auf dem das Papiergeld zirkuliert: die gesamte Geldmenge ist als Münzregal (seignorage) anzusehen. Obwohl das Geld keinen

1 Gide + Rist a.a.O., S. 187, 409

inneren Wert hat, so ist doch sein Tauschwert durch die Begrenzung seiner Menge von gleichem Wert wie das Münzgeld oder Münzgeldbarren. .. Von entscheidender Bedeutung bei der Einführung des Papiergeldes ist die Beachtung der Begrenzung seiner Menge.«

»Freilich zeigt die Erfahrung, daß kein Staat und keine Bank, die je die unbeschränkte Macht der Papiergeldausgabe hatten, diese Macht nicht mißbraucht hätten; deshalb muß die Papiergeldausgabe unter strengster Kontrolle stehen; und keine scheint für diesen Zweck so geeignet wie die Unterwerfung der Papiergeldausgeber unter die Verpflichtung, ihre Banknoten entweder in Goldmünzen oder Goldbarren zu bezahlen.«

»Eine Währung ist dann am vollkommensten, wenn sie ganz aus Papiergeld besteht, aber einem Papiergeld von gleichem Wert wie das Gold, das sie zu repräsentieren vorgibt. .. Ich habe beobachtet, daß das Publikum ein direktes Interesse daran hat, daß der Staat und nicht eine Gesellschaft von Kaufleuten oder Bankiers das Geld verwalte. Die Gefahr besteht allerdings, daß diese Macht eher mißbraucht würde, wenn sie in den Händen der Regierungen läge als in denen einer Bankgesellschaft. Eine Gesellschaft stände mehr unter der Kontrolle der Gesetze (als der Staat), und obwohl es in ihrem Interesse liegen könnte, die Geldausgabe über ihre Direktiven hinaus auszudehnen, so wäre diese doch begrenzt durch das Recht der Individuen, Goldbarren oder -münzen zu verlangen. Wenn dagegen die Regierung das Währungsprivileg hätte, so wird behauptet, würden solche Auflagen und Kontrollen nicht lange respektiert werden.«[1]

Obwohl *Ricardo* auch mit seiner Quantitätstheorie des Geldes und – mehr noch – mit seinem Vorschlag der Einführung eines vom Staate garantierten stabilen Geldes auf härtesten Widerstand stieß (»Zwangskurs in Permanenz« wurde diese Währungssicherung genannt), so war er doch gerade mit dieser Idee auf dem richtigen Wege (von der Bindung der Banknoten an das Gold, die immer wieder zu den Deflationskrisen führte, abgesehen), und es ist – nach all dem, was wir als Folge der Nichtbeachtung des Geldwertstabilitäts-Grundsatzes erlebt haben – geradezu grotesk, daß unsere führenden Nationalökonomen und Währungspolitiker noch immer nicht zu einer Lösung des Währungsproblems vorgedrungen sind. Ob wir doch erst dann klug geworden sein werden, wenn uns das 'Rote Meer' (Karl Walker) überschwemmt haben wird – so wir das überhaupt noch erleben werden?

1 *David Ricardo:* »The Principles of Political Economy and Taxation«, Everymans Library, No. 590, London 1937, Seite 238–45)

Die Liberalen Schulen in England und Frankreich

Bevor wir uns den ersten großen Kritikern des Liberalismus zuwenden (Saint-Simon, Sismondi, Owen, Fourier, Louis Blanc und Proudhon), soll nachfolgend zunächst die weitere Entwicklung der liberalen Schule verfolgt werden.

Die Kritik der Sozialisten und Staatssozialisten hatte sich vor allem gegen den Begriff der 'Natürlichen Ordnung' der Physiokraten und des Adam Smith gewendet, sowie gegen die 'Gesetze' von Robert Malthus und David Ricardo, weil die wirtschaftlich-sozialen Tatsachen unendliches Elend der unteren Klassen und Disharmonien zeigten und weil die 'Gesetze' keineswegs von der Natur begründet und die menschlichen Institutionen nicht genügend seien, um die erstrebte Freiheit und Gerechtigkeit herbeizuführen.

Es zeigte sich nun bei der Weiterentwicklung der liberalen Schule eine gewisse Spaltung der Auffassungen, die von den Franzosen einerseits und von den Engländern andererseits vertreten wurden. Während die Französische Schule kompromißlos die naturrechtlich-harmonische Linie weiter verfolgte und in größerer und vollendeterer Freiheit das Allheilmittel sah – wobei sich der spezifisch französische Individualismus mehr dem Materiellen zuwandte –, suchte die Englische Schule, vor allem John Stuart Mill, eine Synthese von Liberalismus und Sozialismus in Richtung auf einen Reform-Liberalismus herbeizuführen.

Der Liberalismus der Französischen Schule

Der entschiedenere Liberalismus der Franzosen erklärt sich vor allem aus den geschichtlichen Erfahrungen, die die Franzosen in den Jahren 1789 bis 1830 machen mußten und in denen so bedeutende Persönlichkeiten wie Saint-Simon, Fourier und Proudhon alles Liberale der Say'schen Richtung angriffen. So wandte sich also die Französische Liberale Schule vornehmlich gegen diesen neu heraufgekommenen Sozialismus, sowie gegen dessen Verbündeten, den Protektionismus, der von je her in Frankreich eine viel größere Rolle spielte als in England.

Vor allem aber gründete sich der Optimismus der französischen Liberalen auf die Überzeugung, daß die Übel der wirtschaftlichen (Un-)Ordnung hauptsächlich daher rührten, daß die *Freiheit* nur erst sehr *unvollkommen verwirklicht* worden sei und daß deshalb das beste Heilmittel gegen dieses Übel darin bestände, die Freiheit in noch vollkommenerer Weise zu verwirklichen.[1]

1 Gide & Rist a.a.O., Seite 366

Dieser Optimismus hat auch noch einen weiteren Grund in der Erfahrung, die man bisher mit allen sozialen 'Reformen' gemacht hatte, insbesondere auch gerade da, wo der *Staat* sich in die Angelegenheiten der Einzelnen mischte.

»Sobald die Befriedigung eines Bedürfnisses Gegenstand einer öffentlichen Behörde wird, hat das Individuum .. einen Teil seiner freien Selbstbestimmung verloren, wird es weniger fortschrittlich, ist es weniger menschlich. .. Diese moralische Lähmung, von der es befallen wird, befällt aus dem gleichen Grunde alle anderen Bürger.«[1]

Ein dritter Grund, weshalb sich die Liberalen so entschieden gegen alle Arten des Sozialismus wandten, ist in der Erfahrung mit dem *Assozialismus* zu suchen: »Sobald sich die Assoziation als ein Instrument der sozialen Umformung darstellt, sobald sie vorgibt, die Konkurrenz durch die Kooperation zu ersetzen, sobald sie im Namen der Solidarität von dem Individuum gewisse Opfer zugunsten der Allgemeinheit verlangt, ruft die individualistische liberale Schule: 'Halt!' Denn ihr erschien der Assozialismus wenn nicht schlecht, so doch trächtig mit *Illusionen* und *Enttäuschungen.*

Die Assoziation hat 'die soziale Moral noch mehr als die des Individuums verdorben, weil man alles für erlaubt hielt, solange man im Namen der Assoziation handelte'.[1]

Der *Optimusmus* der Französischen Schule charakterisiert sich daher hauptsächlich durch einen absoluten Glauben an die Freiheit. Freilich auch durch eine gewisse Härte gegenüber dem Elend des Volkes, das man noch nicht abzustellen wußte; und durch einen befremdenden Enthusiasmus für *Darwins* Verherrlichung des 'Kampfes ums Dasein' als einer Rechtfertigung für die Härte der Konkurrenz, obwohl man auch diese noch nicht durch echte Freiheit vertretbar zu machen wußte.

Die Französische Schule des *Frédéric Bastiat*

Frédéric Bastiat (1801–1850) trat erst kurz vor seinem Tode als nationalökonomischer Schriftsteller mit seinem Buche 'Les Harmonies Économiques' (1849) hervor, nachdem er allerdings schon viele Jahre vorher als Journalist die Ideen der Physiokraten, Adam Smith's und Jean-Baptiste Say's eifrigst propagiert hatte.

1 Gide + Rist, a.a.O. S. 367

Bastiat entstammte einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie. Er war nacheinander Kaufmann, Landwirt, Friedensrichter und Abgeordneter der Assemblée Constituante von 1848. Seine 'Petits Pamphlets' und 'Sophismes' gelten als journalistische Glanzstücke. Gerichtet waren sie gegen das französische Schutzzollsystem und den Sozialismus. Ein Versuch, in Frankreich einen Freihandelsbund zu organisieren nach dem Vorbilde dessen, der wenige Jahre vorher in England unter der Leitung von *Cobden* gesiegt hatte, scheiterte.[1]

Bastiats Grundanschauung war ein starker Glaube an einen Gott, der überall das Gute einpflanzt. Daraus ergibt sich, daß eine *Harmonie* existiere zwischen den Gesetzen, die das gesellschaftliche Zusammenleben regieren, und denjenigen, die den Menschen regieren. (Dies ist also eine Antithese zu Ricardo's Auffassung.) Dabei ist das Böse gewissermaßen der Hintergrund für das Gute. Das Böse kann zum Guten werden durch den Widerstand des Guten gegen das Böse. Denn Gott hat in den Menschen die Möglichkeit des Erkennens und das Streben nach Erkenntnis, sowie das Streben, nach der Erkenntnis zu handeln, eingepflanzt. Darum kann das Gute, wenn man es einmal ergriffen hat, nicht verloren gehen, und durch das Erkenntnisstreben werde die Summe des Guten dauernd wachsen. Das Resultat dieser Anschauung ist also die Annahme der stärksten, überhaupt vorstellbaren *Prästabilierten Harmonie.* Und diese müsse auch überall in der Wirtschaft letztlich zu finden sein.

Bastiat hat sehr klar das *Wertproblem* als ein Zentralproblem der Wirtschaft erkannt. Während *Ricardo* gelehrt hatte, daß der Wert eines Gutes durch die für dessen Produktion aufgewandte Arbeitsmenge bestimmt werde, sagt *Bastiat* in Anlehnung an *Carey*[2], nicht der Aufwand an Arbeitsmenge ist wichtig, sondern allein die Arbeitsmenge, die dem *erspart* wird, der ein Gut erwirbt, um es zu gebrauchen. Allein auf den *'Dienstleistungswert'* also komme es an. Alles, was Dienste leistet, hat einen Wert, besitzt wirtschaftlichen Wert. Und demzufolge stammen die Wertgrößen im wirtschaftlichen Verkehr aus dem Verhältnisse der ausgetauschten derartigen Dienste. Wobei sich die Wertgrößen in der Form des Preises niederschlagen.

»Ich habe nachgewiesen, daß die Grundlage des Wertes weniger die dem Gebenden verursachte Mühe, als die dem Empfangenden *ersparte Mühe* ist, und deshalb habe ich sie in etwas verlegt, das diese beiden Bestandteile umfaßt: den *Dienst*«.[1]

Dieser Gedanke des Dienstleistungswertes stammt nicht von Bastiat, sondern von dem Amerikaner *H. C. Carey* ('Principles of Social Science' 1859), und mit Recht hat daher Carey Bastiat des Plagiats beschuldigt.

1 Gide + Rist, a.a.O. S. 371
2 Henry Charles Carey, 1793–1879, »Principles of Political Economy«, 1837

Und da nun alles Eigentum und alles Vermögen nichts weiter sei als eine Summe von Werten, könne man auch sagen, daß das Eigentum eines jeden nur die Summe der von ihm geleisteten Dienste sei.

Obwohl Bastiat die Ausbeutung kraft Machtposition durchaus kannte, glaubte er dennoch, daß seine Wesensergründung richtig sei. Ein klassischer Fall der Verwechslung von Wunsch und Wirklichkeit.

Eine Kritik der Wertlehre des Bastiat ergibt, daß – erstens – die Auffassung vom Dienstleistungswert zu allgemein ist; die konkreten Positionen der Einzelnen werden nicht berücksichtigt. Zweitens versucht Bastiat das ganze Wertproblem aus nur einer Wurzel zu erklären. Drittens abstrahiert Bastiat in seiner Werterklärung vollkommen vom Gelde.

Wenngleich also Bastiats Theorie des Dienstwertes durchaus anfechtbar ist, so ist doch eine abschließende Bemerkung von *Gide und Rist* zu diesem Kapitel nicht uninteressant: »Wenn wir versuchen, uns die zukünftige oder doch wenigstens die wünschenswerte Gesellschaft vorzustellen, so fühlen wir uns zu der Hoffnung verpflichtet, daß die Triebkräfte der ganzen wirtschaftlichen Tätigkeit, die heute die Profitsucht ist, nach und nach dem Gedanken des *sozialen Dienstes* Platz macht. An dem Tage wird man Bastiat ein Denkmal setzen.«[1] So geschrieben im Jahre 1913. Ob Gide & Rist so auch noch heute im Ernst schreiben könnten? Eine Wirtschaft ohne Eigenwohlstreben?

* * *

Wir kommen zur zweiten großen »Harmonie« – nach *Bastiat*, zu seiner Ansicht über *das freie Spenden der Naturnutzung* trotz Eigentum an Grund und Boden.

»Das Gesetz der Rente, wie es Ricardo aufgestellt hatte – wer den Boden besitzt, kann, ohne irgend eine Arbeit zu leisten, Rente fordern –, war das Schreckbild der »Optimisten«. Wäre es unglücklicherweise wahr gewesen, so wäre ihnen nach ihrer Ansicht nichts weiter übrig geblieben, als den Sozialisten Recht zu geben, die im Grundeigentum einen sozialen Schädling erblickten. Um jeden Preis mußte daher nachgewiesen werden, daß dieses Gesetz ohne jede Grundlage sei, und *Bastiat* hat sich bemüht, die These zu begründen, die zuerst wie eine Ungeheuerlichkeit anmutet, nämlich, daß der Boden oder die Natur ihre Güter allen Menschen *umsonst gibt*. Wie, wird man ausrufen, ... alle Produkte des Grundes und des Untergrundes werden nicht bezahlt, haben keinen Wert? – Doch, antwortet *Bastiat*, aber dieser Preis

1 Gide + Rist, a.a.O. S. 379

bezahlt nicht die natürliche Nützlichkeit dieser Produkte: er bezahlt nur die Arbeit der Produktion, er erstattet nur die von dem Besitzer gemachten Auslagen zurück.«[1]

Bastiat meint also, man sehe nur die Nützlichkeit, die der Mensch geschaffen habe, man über-sehe aber die Leistung der Natur für die Nützlichkeit. Man müsse unterscheiden:

a) die geschaffene Nützlichkeit, die sich im Müheaufwand zeigt und damit im Werte, im Preise – diese Nützlichkeit alleine werde gesehen – und
b) die natürliche Nutzleistung – diese werde übersehen.

Eigentlich sei jedes Gut ein freies Gut. Man bezahle lediglich die *Mühe*, die es koste, das Gut verbrauchsbereit zu stellen, bzw. die *ersparte Mühe* (siehe oben). Diese Mühe aber ist zweifacher Art:

a) *Mühe des Produzierens*
b) *Mühe des Sparens,* damit die Dinge zum Produzieren beschafft werden können.

Und Bastiat folgert weiter: der Eigentümer könne machen, was immer er wolle, die Wirtschaftsgesetze, die in die menschliche Natur gesetzt seien, zwängen ihn, *bloßer Mittler* zu sein *zwischen Natur und Konsument.* Ihm werde nur die Mühe bezahlt, um die Güter zu schaffen, wobei – man muß es wiederholen – zu dieser Mühe auch die 'Mühe des Sparens' gehört.

Und *Bastiat* schließt weiter: durch das Fortschreiten des menschlichen Geistes ergäbe sich eine Verschiebung des Verhältnisses von geschaffener zu natürlicher Nutzleistung, denn mit den weiteren Erfindungen werde die Mühe, ein Gut zu produzieren, geringer, die Naturnützlichkeit aber bleibe gleich, sodaß die heutige Gesellschaft, ohne es zu wissen, dem *Kommunismus* entgegengehe. Der Erzfeind auf diesem Wege sei der Protektionismus, die Freiheitsbeschränkung:

»Kommunisten, ihr träumt vom Gemeineigentum? Ihr habt es ja schon! Die soziale Ordnung macht ja alle Befriedigungsmittel zum Gemeineigentum unter der Bedingung, daß der Tausch der angeeigneten Werte frei sei.«[1]

Und:

»Das, was auf Grund göttlicher Vorbestimmung Gemeingut ist, bleibt durch alle menschliche Wandlungen hindurch Gemeingut, darin liegt das wesentliche Gesetz der sozialen Harmonie'«[2]

So wird also von *Bastiat* die Tatsache der *Bodenrente* als der Folge des

1 Gide + Rist, a.a.O., S. 379, 381
2 zitiert in *Adolf Damaschke* a.a.O., S. 381

unangreifbar etablierten Eigentums-»Rechtes« am Grund und Boden schlicht und ergreifend *ignoriert, wegdisputiert.* Kein Wunder, daß er fortan geradezu als der Prototyp des *Bourgeois-Ökonomen* (so *Ferdinand Lassalle* in seiner Streitschrift »Bastiat Schulze-Delitzsch«) galt, als Advokat der herrschenden wirtschaftlichen 'Ordnung'.

* * *

Nun zu den weiteren Harmonien in der Lehre *Bastiats.*

In seiner *Lehre vom wachsenden Lohnanteil* richtet sich Bastiat sowohl gegen Malthus' Bevölkerungstheorie als auch gegen Ricardos 'ehernes Lohngesetz'. Denn durch das stetige Steigen der gesellschaftlichen Produktion komme es zu einem ebenso stetigen Sinken der Zins- und Profitrate, demzufolge müsse dann die Gesamtlohnsumme relativ ansteigen. Dieses Gesetz vom wachsenden Lohnanteil führe also zu steigender Harmonie im Wirtschaftsleben.

Ein zweites: wenn absolute Freiheit herrscht und jeder nur sein eigenes Wohl erstrebe, so werde infolge des Wettbewerbs der Produzenten untereinander der Preis von dem billigsten Produzenten bestimmt, denn alle Arten von Monopolen würden ja durch den geistigen Fortschritt überwunden, sodaß keine Knappheit mehr in Zukunft zu höheren Preisen als den reinen Arbeitskosten führen könne. Nur bei Protektionen irgendwelcher Art komme diese Harmonie nicht zustande. Deshalb müsse man vom *Konsumentenstandpunkt* ausgehen und die kurzsichtige Politik der Produzenten überwinden. Auf dem Wege der Erziehung der Menschen, insbesondere der Konsumenten, müsse es möglich sein, zu solcher Ordnung zu gelangen.

Schließlich sieht *Bastiat* in den durch die *Arbeitsteilung* zustande gekommenen Allzusammenhängen und Allabhängigkeiten die Erscheinung einer immer größeren menschlichen *Solidarität.* Freilich bedinge diese Entwicklung die entsprechende Verantwortlichkeit der Menschen, zumal der die Zusammenhänge bestimmenden Persönlichkeiten. Damit kommt Bastiat zu drei Grundprinzipien: dem Prinzip der individuellen Verantwortung, dem Prinzip der Gemeinsamkeitsverantwortung und dem Prinzip der Gerechtigkeit als dem wichtigsten dieser drei Prinzipien überhaupt.

* * *

Im Grunde genommen sind das alles aber nichts anderes als Binsenweisheiten, ähnlich den zahllosen Appellen an die Verantwortlichkeit und das Solidaritätsgefühl der Menschen, die die Mangelhaftigkeit der Marktwirtschaftsordnung seit zwei Jahrhunderten bis in unsere Tage (!) begleiten, ohne daß doch bis heute eine echte freiheitliche Ordnung der Wirtschaft errichtet, ja auch nur in Angriff genommen worden wäre. Eine *Ordnung,* die den Menschen sowohl

frei läßt als auch zugleich veranlaßt, die jeweiligen Partner in die eigenen Überlegungen mit einzubeziehen; eine *Ordnung der 'Gegenseitigkeit'* also, wie sie *Proudhon* dem Begriff nach richtig erfaßt, in der Ausführung aber auch noch verfehlt hat.

So mag denn am Ende dieses Abschnittes das bittere Urteil von *Franz Oppenheimer* über die 'Harmonielehre der klassischen Doktrin' stehen. Es lautet:

»Die Meister der deduktiven Schule haben ... die kapitalistische Wirtschaft immer für die reine angeschaut und ihre sämtlichen Störungen lediglich als den unvermeidlichen Reibungskoeffizienten eingeschätzt und dementsprechend als quantité négligeable bewertet. So haben sie denn auch immer die privatwirtschaftliche Rentabilität, und zwar immer diejenige der Klasse, die sie vertraten, naiv der volkswirtschaftlichen Produktivität gleichgesetzt.

»... Sowohl das merkantilistische, wie auch das physiokratische System sind geradezu um diese Verwirrung zentriert. Ihren Höhepunkt erreichte die Konfusion bei den Bourgeois-Ökonomen, namentlich bei *Malthus*, und ihren vulgärökonomischen Epigonen, und hier vor allem bei *Bastiat*, der den großartigen sozialliberalen Harmonismus *Careys* für die Klassenzwecke des Bürgertums umzuformen versuchte, um ihm Waffen gegen den Sozialismus zu liefern, der die 'Antinomieen' der kapitalistischen Wirtschaft immer greller beleuchtete. *Bastiats* 'harmonies économiques' und seines Gegners *Proudhon* 'contradictions économiques' bezeichnen schon im Titel den hier klaffenden Gegensatz der Anschauung.

»Die bürgerliche Ökonomik hielt die Akkumulation von Privatkapital in den Händen ihrer Klasse gutgläubig für das wünschenswerteste Ziel aller Wirtschaftskunst. Denn: je mehr Kapital, um so größer der 'Lohnfonds', um so höher bei gegebener Arbeiterzahl der Lohn! Und darum erschien alles, was die private Kapital- oder Bodenrente erhöhte, als der Gesamtheit höchst heilsam...

»Noch heute erscheint den Nutznießern der Klassenmonopole und ihren wissenschaftlichen Vorkämpfern die private Rentabilität sehr oft als die gemeinwirtschaftliche Produktivität. Noch immer dient diese Gleichsetzung in allerhand geschickten Trugschlüssen zur Rechtfertigung von klassenpolitischen Maßnahmen und Vorschlägen und zur Verteidigung klassenadvokatorischer Theorien... Alle schutzzoll-lüsternen Großproduzenten servieren stets ihren Privatvorteil als den Gemeinnutzen; der Schutz der 'nationalen Arbeit' spielt hier immer eine bedeutende Rolle: aber der 'nationale Arbeiter' steht in der Regel außerhalb des Blickfeldes...«[1]

1 *Franz Oppenheimer* in 'Theorie der reinen und politischen Ökonomie', Georg Reimer, Berlin 1911, Seite 576–77

Die Englische Liberale Schule

In dem Zeitraum zwischen der Veröffentlichung der »Principles of Political Economy and Taxation« des *David Ricardo* (1817) und der »Principles of Political Economy« des *John Stuart Mill* (1848) ragt eigentlich nur ein einziger liberaler Nationalökonom heraus: *Nassau W. Senior* (1790–1864) mit dem Werk »*An Outline of Political Economy*« (1836), neben dem die unmittelbaren Schüler Ricardos, Mac Culloch und James Mill (der Vater von John Stuart Mill) von geringerer Bedeutung sind.

Nassau Senior löste die Nationalökonomie von jedem Kompromiß mit den sozialistischen Systemen und Reformideen und stellte sie außerhalb jeder moralischen oder gefühlsmäßigen Ordnung. Indem er sie auf eine kleine Zahl unveränderlicher Grundprinzipien, aus denen man alles andere ableiten könne, zurückführte, hatte er den Ehrgeiz, aus der Nationalökonomie eine exakte Wissenschaft zu machen. Er war daher einer der Begründer dessen, was wir heute unter 'reiner Ökonomik' verstehen.[1]

Diese Grundprinzipien sind:

1. das hedonistische Prinzip,
2. das Gesetz der Bevölkerungsvermehrung (Malthus),
3. das Gesetz der steigenden Produktivität der Industrie,
4. das Gesetz des abnehmenden Bodenertrags in der Landwirtschaft.

In der Kombination bzw. Auswickelung dieser vier Prinzipien liege die ganze Nationalökonomie beschlossen (analog den zwölf Propositionen von Euklid). Im Grunde versuchte Senior damit nur die klassische Theorie, gewissermaßen verkürzt, zusammenzufassen. In einer Hinsicht jedoch hat er sie auch erweitert und damit ein neues Element in die Nationalökonomie gebracht: es ist die *Abstinenzlehre des Sparens.*

Sparen heißt Abstinenz vom Konsum, das heißt das Aufsichnehmen eines *Opfers,* damit das Sparen überhaupt zustande kommen kann. Die Voraussetzung dafür, daß überhaupt Kapital entstehen kann als wirtschaftliche Kategorie, liegt in der Abstinenz vom Konsum. Ohne diesen Verzicht, ohne dieses Opfer kann überhaupt kein Kapitalgut zustande kommen. Und in dieser Leistung des Nicht-Konsumierens, des *Opfers,* sieht Nassau Senior die *Berechtigung der Rente* für das Kapital.

Es ist in diesem Zusammenhang gewiß interessant, daß kein eifrigerer Befürworter des 'sanften Todes des funktionslosen Investors' als *John Maynard Keynes*

1 Gide + Rist a.a.O, S. 396

in seinem Aufsehen erregenden ersten Buche vom Jahre 1919 über »Die wirtschaftlichen Folgen des (Versailler) Friedensvertrages« über die Kapitalbildung in Europa vor dem Ersten Weltkriege folgendes schrieb:

»Europa war sozial und wirtschaftlich so organisiert, daß eine maximale Kapitalakkumulation gewährleistet war. Während es einigermaßen ständige Verbesserungen in den täglichen Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung gab, war die Gesellschaft so gestaltet, daß ein großer Teil des gesteigerten Einkommens der Kontrolle jener Klasse unterworfen war, von der am wenigsten angenommen werden konnte, daß sie ihn konsumieren werde. Die neuen Reichen des 19. Jahrhunderts wurden nicht zu großen Ausgaben erzogen und zogen die Macht, die ihnen das Investieren verlieh, dem Vergnügen des sofortigen Konsumierens vor. Tatsächlich war es gerade die Ungleichheit in der Vermögensverteilung, welche jene gewaltigen Anhäufungen von angelegtem Vermögen (Kapitalvergrößerungen) ermöglicht hat, die dieses Zeitalter von allen anderen unterscheidet. Hierin lag in der Tat die hauptsächliche Rechtfertigung des kapitalistischen Systems. Hätten die neuen Reichen ihren Reichtum für ihre eigenen Vergnügungen ausgegeben, so hätte die Welt schon lange ein solches Regime untragbar gefunden. Aber sie sparten und akkumulierten wie Bienen, nicht zuletzt zum Vorteil der ganzen Gemeinschaft, obwohl sie selbst nur beschränktere Ziele in Aussicht hatten.

»Die ungeheueren Akkumulationen von angelegtem Kapital, die zum großen Vorteil der Menschheit während des halben Jahrhunderts vor dem Krieg aufgebaut worden waren, hätten nie in einer Gesellschaft zustande kommen können, in welcher der Reichtum gleichmäßig verteilt war. Die Eisenbahnen der Welt, die jenes Zeitalter als Monument für die Nachfahren errichtete, waren ebenso wie die Pyramiden Ägyptens das Werk von Arbeitern, denen es nicht gestattet war, den vollen Gegenwert ihrer Anstrengungen zum sofortigen Vergnügen zu konsumieren.

»Wenn ich dies schreibe, setze ich damit nicht notwendig die Praktiken jener Generation herab. In den unbewußten Tiefen ihres Seins wußte die Gesellschaft, was sie tat. Im Verhältnis zum Appetit der Konsumenten war der Kuchen wirklich sehr klein, und wenn er gleichmäßig verteilt worden wäre, dann wäre niemand wesentlich besser daran gewesen. Die Gesellschaft arbeitete nicht für die kleinen Vergnügen des Heute, sondern für die künftige Sicherheit und Besserstellung der menschlichen Rasse – tatsächlich für den Fortschrittt.«[1]

1 John Maynard Keynes, 'The Economic Consequences of the Peace', deutsch: 'Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages', München 1920. Siehe auch 'Fragen der Freiheit, Heft 59, Seite 13 u.

Wenn *Nassau Senior* also mit seiner *Abstinenztheorie* den Kapitalzins auf eine etwas plausiblere Grundlage stellt, so zerstört er damit aber erst recht die meisten nicht in dieser Weise begründbaren Kapitaleinkommen. Aus Seniors Abstinenzlehre ergibt sich mithin eine allgemeine *Rentenlehre.*

Bei völlig freier Konkurrenz reduziert sich der Preis auf die Produktionskosten, das heißt auf Arbeit und Abstinenz. In der wirtschaftlichen Wirklichkeit herrscht aber nirgendwo völlig freie Konkurrenz, denn sie kann gar nicht herrschen, wo – aus natürlichen Gründen – der Grund und Boden eine Rolle spielt und wo – ebenfalls aus natürlichen Gründen – die Ungleichheit der Menschen (ob aus körperlichen, seelischen oder anderen Gründen der Bildung, der Umwelt usw.) ins Spiel kommt; und, drittens schließlich, wo die Verschiedenartigkeit der Wirtschaftspositionen der Menschen – und vor allem der Rechtspositionen, muß man hinzufügen – von Bedeutung ist.

Dadurch also entsteht zwischen den eigentlichen Produktionskostenpreisen und den tatsächlichen Preisen eine Differenz, und diese Differenz heißt *Rente.* Die Rente wird bezogen, aber nicht verdient. Sie ist überall zu finden. Die Ricardo'sche Grundrente ist darin nur eine Spezialform der *Allgemeinerscheinung Rente.*

Schließlich hat *Senior* insofern noch einen wichtigen Beitrag zur *Werttheorie* geleistet, als er – Ricardos Arbeitswerttheorie ergänzend – darauf hingewiesen hat, daß es sich bei dem Wert auch immer um etwas handeln muß, das geeignet ist, eine Nützlichkeit zu befriedigen; daß Seltenheit alleine also noch nicht den Wert ausmacht, sondern das seltene Gut muß auch erreichbar sein durch Arbeit und begehrt werden.[1]

Exkurs: Die klassische Lehre in Deutschland
Johann Heinrich von Thünen (1783–1850)

Im Gegensatz zu den bisher behandelten Lehren der Fachgelehrten handelt es sich bei *Johann Heinrich von Thünen* um einen Autodidakten, der aus seiner Erfahrung als Landwirt auf seinem Gute Tellow bei Rostock drei wesentliche Beiträge zur klassischen Theorie erbracht hat: erstens seine 'isolierende Methode', die Entwicklung eines Modells; zweitens seine Standortlehre, die zur Erweiterung der Rententheorie, zur Rente der Lage, führte; drittens seine Lohntheorie, um zu einem naturgemäßen Arbeitslohn zu gelangen. Seine

1 vgl. hierzu *Edwin Cannan*: »A Review of Economic Theory«, King and Son, London 1930, Seiten 187 und 200

Überlegungen fanden ihren Niederschlag in seinem Buche »*Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie.*[1]

Von Thünen hatte innerhalb von zehn Jahren ein verwahrlostes Gut, nicht zuletzt dank seiner Bekanntschaft mit *Albrecht Thaer*, zu einem Mustergut gemacht. An diesem Gute studierte er mit Hilfe der *isolierenden Methode* landwirtschaftliche Standortprobleme. Er hatte dabei festgestellt, daß nicht allein eine intensive Wirtschaft nach englischem Vorbild (in Deutschland war damals noch die Dreifelderwirtschaft die übliche Bewirtschaftungsmethode) die Wirtschaftlichkeit eines landwirtschaftlichen Betriebes bestimmt, sondern ganz maßgeblich auch die Länge des Transportweges vom Produzenten zu den Zentren des Verbrauches, so daß bei gleicher Bodenqualität und sonst gleichen Produktionsbedingungen die Nähe oder Ferne des Marktes eine *Rente der Lage* zur Folge hat. Je näher ein Gut am Markt liegt, desto mehr lohnt sich eine intensive Bodenbewirtschaftung, und je weiter es vom Markte entfernt ist, desto weniger lohnt sich intensiver Arbeitsaufwand.[2] So kam er zu den berühmten *Thünenschen Kreisen*: Ganz intensive Wirtschaft in Stadtnähe, dann Forstwirtschaft (wegen der Schwierigkeit des Holztransports), Fruchtwechselwirtschaft, Koppelwirtschaft, Dreifelderwirtschaft und schließlich, ganz weit vom Markt entfernt, Viehweidewirtschaft. Im Grunde hat sich dieses Prinzip, verkehrsbedingte Voraussetzungen berücksichtigt, bis heute bewährt, auch und gerade in der freien Weltwirtschaft, wie u. a. *Franz Oppenheimer* in seiner 'Theorie der reinen und politischen Ökonomie'[3] überzeugend dargelegt und in Richtung einer allgemeinen Standortlehre der Gewerbe und des Handels ausgedehnt hat.

Wie der Zins eine Prämie für Liquiditätsverleih auf Zeit ist und die Bodenrente eine Prämie für Eigentumsrechtstitel an Grund und Boden, so handelt es sich bei der Lage-Rente um eine Prämie für die Nähe zum Markt. Die Preise alleine entscheiden darüber, ob und wo sich der Anbau eines bestimmten Produktes lohnt oder nicht; je leichter erreichbar der Markt, desto höher der Gewinn, das heißt der Überschuß über die Produktionskosten hinaus, also die Rente der Lage.

In seiner *Lohntheorie* hat *Thünen* als erster das 'eherne Lohngesetz' von Ricardo verworfen, indem er den Landarbeiter an dem Gesamtertrag seines Arbeitsproduktes partizipieren ließ, und zwar nach einer Formel, die er als die

1 I. Teil 1826, II. Teil 1850, heute bei Gustav Fischer, Stuttgart
2 »Die Landrente eines Gutes entspringt also aus dem Vorzug, den es vor dem durch seine *Lage* oder durch seinen *Boden* schlechtesten Gute, welches zur Befriedigung des Bedarfs noch Produkte hervorbringen muß, besitzt.« (Thünen in A. Damaschke a.a.O. S. 370)
3 Verlag Georg Reimer, Berlin 1911, S. 507 ff

»Krone seiner Gesetze« auch auf seinen Grabstein setzen ließ:

$$\text{Der naturgemäße Arbeitslohn} = \sqrt{a \cdot p}$$

»Diesen nicht aus dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage entspringenden, diesen nicht nach dem Bedürfnis des Arbeiters abgemessenen, sondern aus der freien Selbstbestimmung der Arbeiter hervorgehenden Lohn nenne ich den naturgemäßen oder auch den natürlichen Arbeitslohn. In Worten ausgedrückt, sagt diese Formel:

»Der naturgemäße Arbeitslohn wird gefunden, wenn man die notwendigen Bedürfnisse des Arbeiters (in Korn oder Geld ausgesprochen) mit dem Erzeugnis seiner Arbeit (durch dasselbe Maß gemessen) multipliziert und hieraus die Quadratwurzel zieht.«[1]

Der so erhaltene Mittelwert, glaubte Thünen, werde die Interessengegensätze zwischen Gutsherren bzw. Arbeitgebern und Arbeitnehmern fortan zu beider Zufriedenheit überwinden.

John Stuart Mill (1806–1873)

Mit *John Stuart Mill* kommt – in der ersten Hälfte seines Lebens – die klassische Nationalökonomie auf ihren Höhepunkt. In der zweiten Hälfte seines Lebens hingegen wendet sich Mill bis zu einem gewissen Grade von der Klassik ab. Er hatte selbst dabei das klare Gefühl, daß er zwischen zwei nationalökonomischen Schulen wie zwischen zwei Welten hing. Für die erste Phase seines Lebens war der sehr starke Einfluß seiner vom Vater geprägten, rein intellektualistischen Erziehung, sowie die utilitaristische Philosophie *Jeremias Bentham's* (1748–1832) bestimmend, für die zweite dagegen mehr die mit dem Arbeiterelend heraufgekommene und speziell von *Saint-Simon* (1760–1825) ins Blickfeld gerückte Soziale Frage, sowie der Positivismus *Auguste Comtes* (1798–1857). Immer jedoch hielt Mill an seinem unbedingten *Glauben an die Freiheit* fest.

John Stuart Mill war der Sohn des Schriftstellers, Historikers und Nationalökonomen *James Mill* (1773–1836), der u.a. eine Geschichte Indiens

1 A. Damaschke a.a.O. S. 371

geschrieben hatte. James Mill war ein außerordentlich strenger Vater, der seinem Sohn eine denkbar harte, allein auf die Entwicklung abstrakten Denkens gerichtete Erziehung zuteil werden ließ. Mit zehn Jahren hatte der Junge bereits die ganze Geschichte und die lateinische und griechische Literatur durchgenommen; mit dreizehn kannte er die gesamte Philosophie und schrieb er eine Geschichte Roms; mit vierzehn übersah er die politische Ökonomie seiner Zeit. Im selben Jahre, also 1820–21, hatte er das Glück, von seinem Vater wegzukommen, indem er für ein ganzes Jahr von der Familie Bentham's nach Südfrankreich eingeladen worden war. Dabei lernte er auf seinem Wege über Paris unter anderem *Jean-Baptiste Say* kennen und konnte einige Zeit in dessen Hause verbringen. 1823 kehrte er nach London zurück. Durch die Vermittlung seines Vaters kam er zur Ostindischen Kompanie, der er bis zu ihrer Auflösung 1858 in leitender Stellung diente.

Nach Überwindung einer schweren Krise als Folge der einseitigen, intellektualistischen Erziehungsmethode seines Vaters schrieb er, 1829, seine ersten Essays über *'Political Economy'*. Nach langer Pause folgt, 1843, sein *'System of Logic'*, das seinen Ruhm begründete, und bald danach, 1848, seine *'Principles of Political Economy'*, die lange Zeit als der Höhepunkt der Klassik angesehen wurden. 1859 schließlich, nach dem Tode seiner Frau, die dabei seine engste Mitarbeiterin war, erschien sein Buch über die Freiheit, *'On Liberty'*, das nach *Wilhelm von Humboldts* Schrift *'Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen'* (auf die er ausdrücklich Bezug nimmt) eines der bedeutendsten Beiträge zur Begründung der bürgerlichen Freiheit gegenüber der allzeit lauernden Macht der Staatsbürokratie darstellt.

Nach dem Tode seiner Frau verbrachte er die letzten Jahre seines Lebens (1859 bis 1873) – ausgenommen die Zeit seiner Mitgliedschaft im englischen Unterhaus (1865 bis 1868) – in Avignon/Südfrankreich, da er sich nicht von ihrem Grabe trennen mochte. In dieser Zeit schrieb er eine vielbeachtete *Autobiographie*, in der er sich auch eingehend mit seiner Abkehr von der reinen Klassik auseinandersetzte.

In seinem ersten Lebensabschnitt wandte sich *John Stuart Mill* also ganz der überkommenen Klassischen Nationalökonomie (Smith, Say, Malthus, Ricardo) zu, wobei er nach abgerundeter, reiner Wissenschaft mit natürlichen Gesetzen entsprechend der Schulung, die er erhalten hatte, und dem Ton, der die Naturwissenschaften seiner Zeit beherrschte, strebte; nach *Gesetzen* also, die mächtiger sind als der Mensch und denen sich folglich der Mensch anpassen müsse. Mill erklärte, diese natürlichen Gesetze seien als die Folgen des freien Handelns anzusehen; sie seien das Band, das die Menschen, die der Freiheit huldigen, umschlinge. Wenn auch diese Gesetze scheinbar Schaden

stifteten, so müßten sie dennoch richtig sein und könnten so wenig geleugnet werden wie physikalische Gesetze.

Als Freiheitsbegrenzung erkennt in dieser Zeit Mill nur an: die Freiheit der anderen Menschen und die Tatsache der existentiell-körperlichen Gebundenheit des Menschen.

Seine Erkenntnismethode ist dabei: die abhebende Abstrahierung und die Isolierung einzelner Vorgänge. Zeitliche Faktoren werden mithin vernachlässigt. Nur das Bleibende, immer Wesentliche soll erfaßt werden. So kommt Mill zu der Auffassung, die Wirtschaftswissenschaft müsse den Menschen auf den reinen *Homo Öconomicus* reduzieren. Alle anderen Seiten des Menschen müßten anderen wissenschaftlichen Disziplinen vorbehalten bleiben.[1]

* * *

Die einzelnen Gesetze des Mill'schen Lehrgebäudes sind nun:

1. *Das Gesetz des Selbstinteresses oder das Hedonistische Prinzip.* Der Selbsterhaltungstrieb des Menschen veranlaßt ihn, sein – subjektiv – Bestes zu erstreben. Während aber Ricardo bei diesem Ausschließlichkeitsprinzip stehen blieb, versucht Mill, das subjektive Selbstinteresse von einem objektiven Selbstinteresse zu scheiden. Er sagt: »In den Vorschriften Jesu von Nazareth finden wir den wirklichen utilitaristischen Geist: 'Tue Deinem Nächsten, was du willst, das er dir tue. Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst.' *Wie dich selbst:* man muß daher damit beginnen, sich selbst zu lieben, ehe man andere lieben kann.«[2] Dadurch komme man zu einer Verbindung des Schaffens für die eigene Glückseligkeit mit einem Schaffen für der anderen Glückseligkeit. Das sei das Entwicklungsziel des *Utilitarismus:* für den Nächsten schaffen, dadurch habe man selbst das größte Eigenwohl.

1 Allerdings hat Mill selbst diese Aussage über die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft an anderer Stelle seiner 'Principles' insofern relativiert, als er schrieb:
»Wenn man zwischen dem Kommunismus mit allen seinen Gefahren und dem gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft wählen müßte, in dem der Arbeitsertrag im umgekehrten Verhältnis zur Mühe, die er kostet, verteilt wird, wo der größte Teil denen zufällt, die nichts getan haben, ein etwas geringerer Teil denen, die etwas mehr tun und in gleicher Weise immer weiter in einer absteigenden Skala bis zu denen, für die die zermalmendste Arbeit nicht einmal die Notwendigkeiten des Lebens sicher stellen kann, – wenn es wirklich keine andere Alternative, als diesen Zustand oder den Kommunismus gäbe, dann allerdings wögen alle Schwierigkeiten des Kommunismus federleicht in der Waagschale.«
Und an anderer Stelle antwortet er denen, die ihm vorwerfen, jede persönliche Initiative und alle Freiheit vernichten zu wollen, daß »der Lohnempfänger der Fabrik heute weniger persönliches Interesse an seiner Arbeit habe, als irgendein Mitglied einer kommunistischen Genossenschaft«
und daß
»aller Zwang des Kommunismus als eine Erlösung gegenüber der heutigen Lage der Mehrheit des Menschengeschlechts wirken würde.«

(Gide + Rist, a.a.O. S. 418)

2 Gide + Rist, a.a.O. S. 403

2. *Das Gesetz der freien Konkurrenz.* Dies sei ein erhabenes natürliches Gesetz. Jede Beschränkung des *freien* Wettbewerbs (durch Monopole oder sonstwie) sei an sich ein Übel. Jede Ausdehnung dieses Gesetzes führe schließlich nur zum Guten, wenn auch der Weg öfter über temporäre Schäden gehe. Schon das Eigentum und die Erbgesetze seien Beschränkungen. Ausnahmen von diesem Gesetz anerkennt Mill, (zum Beispiel bei Frauen- und Kinderarbeit); ihre Tatsachen müßten bewiesen werden und vor allem auch ihre Vorteilhaftigkeit – zumal unter Berücksichtigung der Nachteile, die jede Bürokratie allemal mit sich bringe.

3. *Das Bevölkerungsgesetz.* Mill geht hier zwar von *Malthus* aus, jedoch betont er - unter dem Einfluß seiner Frau - das Recht und die Freiheit der Frauen und Mütter. Eine zahlreiche Familie zu haben, erscheint ihm so verwerflich wie Trunksucht (»as vicious as drunkenness«). Und er meint, daß die Arbeiterklasse keine Hoffnung irgendwelcher Art auf eine Besserung ihres Schicksals habe, wenn sie nicht damit beginne, das Wachstum der Bevölkerung einzuschränken. Er sieht in dem kleinbäuerlichen Betrieb eine reale Möglichkeit, die Kinderzahl zu beschränken, nach dem Vorbild Frankreichs, das eben aus diesem Grunde der vielen Kleinbauernbetriebe das geringste Bevölkerungswachstum Europas habe. Um dieses »schreckliche Bevölkerungsgesetz« zu bekämpfen, geht er schließlich so weit, daß er verlangt, die Ehe zwischen Armen müsse durch Gesetz verboten werden, »wenn die Parteien nicht nachweisen können, daß sie imstande sind, eine Familie zu ernähren.«[1]

   Anstatt die *Ursache* des damaligen Arbeiterelends in den miserabelen Einkommensverhältnissen und dem Mangel an Bildung zu erkennen, die wiederum die Folgen des ungezügelten Kapitalismus (bedingt durch das damalige edelmetall-gebundene Geldwesen) und der Macht der Grundeigentümer, die gerade im Anfang des 19. Jahrhunderts hunderttausende von Bauern ihrer Höfe beraubt hatten, waren, empfiehlt hier Mill die Bekämpfung der *Symptome* dieses Zustandes – in seinem sonst im ganzen so bedeutenden Buche über die Freiheit.

4. *Das Gesetz von Angebot und Nachfrage.*

   Adam Smith und *David Ricardo* hatten festgestellt: steigt die Nachfrage nach einem Gut bei gleichbleibendem Angebot, so steigen die Preise; sinkt das Angebot bei gleichbleibender Nachfrage, so steigen ebenfalls die Preise. Mill stellt fest, daß das Schwanken des Preises im gleichen Verhältnis zur Nachfrage und im umgekehrten Verhältnis zum Angebot nur auf einen circulus vitiosus hinausläuft: so wie das Angebot und die Nachfrage den Preis schwanken lassen, so läßt umgekehrt auch der Preis Angebot und Nachfrage schwanken. Daher

1 'Über die Freiheit', Reclam 1974, S. 148

ergänzt er: der Preis stellt sich auf ein solches Niveau ein, daß die angebotenen und nachgefragten Mengen gleich werden; die *Preisschwankungen* haben gerade die Wirkung, diese Übereinstimmung herbeizuführen. Damit führt Mill die *Gleichgewichtsidee* in die Nationalökonomie ein.

Mit dem Gesetz von Angebot und Nachfrage sind aber erst die Preisschwankungen erklärt, noch nicht aber die den Preisen zugrunde liegenden tieferen Ursachen. Diese sind in den *Produktionskosten* zu suchen. Daraus ergibt sich das *klassische Wertgesetz:* ein temporärer, unstabiler Wert, der von den Schwankungen von Angebot und Nachfrage abhängig ist; und ein dauernder, 'natürlicher', 'normaler' Wert, der von den Produktionskosten bestimmt wird.

Dasselbe Gesetz, das den Wert der Ware regelt, bestimmt auch den Geldwert: es ist das *Quantitätsgesetz des Geldes.* Einer bestimmten in Umlauf gegebenen Geldmenge, quasi der Angebotsseite, steht die Nachfrage nach Geld zu Tauschzwecken gegenüber. Angebot und Nachfrage nach Geld bestimmen den Wert des Geldes. Die Nachfrage bestimmt die Kaufkraft des Geldes für Ware, das heißt den *temporären* Wert des Geldes.

Der *'natürliche'* Wert des Geldes hingegen wird – zur Zeit Mill's – von den Produktionskosten der Edelmetalle (Silber und Gold) bestimmt.[1]

Wollen wir heute vom Geldwert, vom 'natürlichen' Wert des Geldes sprechen, so dürfen wir ausschließlich von der von der Zentralnotenbank in Umlauf gegebenen Bargeldmenge im Verhältnis zur Gesamtgüter- und Dienstleistungsproduktionsmenge, also vom Quantitätsgesetz des Geldes ausgehen, das unter anderem im Lebenshaltungskosten-Index seinen Niederschlag findet.

1 Heute tritt an die Stelle der Produktionskosten der Metalle die von den *Zentralnotenbanken* in Umlauf gegebene Geldmenge im Verhältnis zur Gesamtmenge der jeweils produzierten Güter und Dienstleistungen. Steigt diese Zentralnotenbankgeldmenge, also die *Bargeld*menge, ohne daß die Produktion entsprechend steigt (wird also Inflation von der Zentralnotenbank gemacht), so steigt der *nominelle* Wert der Produktion; sinkt diese Zentralbankgeldmenge, ohne daß die Produktion entsprechend weniger wird, so fällt der Nominalwert der Produktion (Deflation). Auf das Gleichgewichtsverhältnis kommt es also entscheidend an. – Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, darauf hinzuweisen, daß das sogenannte *Buchgeld (Giralgeld)* bei den Geschäftsbanken nichts mit der originären Zentralbankgeldmenge zu tun hat, nicht mit dieser gleichgesetzt werden kann, wie es unverändert vor allem in den USA geschieht, wo sich die Geldpolitik der Notenbank, des Federal Reserve Board, nach der sogenannten Geldmenge »M 1« richtet, die sowohl das Bargeld als auch die Sichteinlagen bei den Geschäftsbanken (also das Giralgeld) umfaßt – wiewohl letzteres überhaupt kein Geld ist, sondern *Kredit,* Forderungen auf Geld, genau so, wie langfristige Sparguthaben Forderungen auf Geld sind, aber kein Geld. Die vermeintliche Geldschöpfungsmacht der Geschäftsbanken ist in Wahrheit nichts anderes als die 'Macht', Kredite, die die Banken bekommen haben, weiter zu vermitteln. Damit fällt auch jegliche Bestimmbarkeit der 'Geld'-Menge »M 1« als völlig aussichtslos in sich zusammen, weil sich die Giralgeldmenge je nach den Kreditvermittlungsgeschäften der Geschäftsbanken von Tag zu Tag ändert.

5. *Das Lohngesetz des John Stuart Mill.*

Auch hier herrscht das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Der Marktpreis für Arbeit richtet sich nach dem Angebot an Arbeit seitens der Arbeit suchenden Arbeiter und der Nachfrage nach Arbeit seitens der Unternehmer, welch letztere wiederum von der Größe des Lohnfonds (wage fund) abhänge.

»Die Löhne hängen von dem Verhältnis ab, das zwischen der Anzahl der arbeitenden Bevölkerung und irgendwelchen auf den Ankauf von Arbeit verwendeten Kapitalien besteht.., und unter der Herrschaft der Konkurrenz können sie von keiner anderen Ursache berührt werden«.[1]

Der 'natürliche' oder 'notwendige' Lohn wird auf die Dauer von den Produktionskosten der Arbeitskraft bestimmt, nämlich von den Lebenshaltungskosten des Arbeiters, und zwar auf dem untersten 'notwendigen' Niveau. Mills Lohngesetz ist also ganz genau das gleiche wie *Ricardos* entsprechendes 'Gesetz', das dann später mit Recht von *Lassalle* als 'ehernes Lohngesetz' gebrandmarkt wurde.

Mill selbst war über die Folgerungen, die sich aus diesem Gesetz ergaben, zwar sehr bestürzt, aber er sah keinen Ausweg aus dieser Situation. Seine Empfehlungen, den Lohnfonds seitens der Unternehmungen zu vergrößern und die Zahl der Kinder im Laufe der Zeit zu verringern, waren natürlich völlig unsinnig, und den Anstrengungen der damals entstandenen Gewerkschaften brachte er kaum Sympathie entgegen – obwohl er die Gewerkschaften als solche begrüßte –, weil er glaubte, daß das Lohn-»Gesetz« doch alle Bemühungen um eine Verbesserung der Lage der Arbeiter zunichte machen werde. Immerhin widerrief er 1866 sein Lohngesetz, was ein ungeheueres Aufsehen, ja einen Skandal in der 'Klassischen Schule' hervorrief.[1]

6. *Das Gesetz der Rente*

Das Gesetz von Angebot und Nachfrage sorgt dafür, daß die Preise der Produkte bei freiem Wettbewerb auf das Niveau der Produktionskosten sinken. Wenn nun gleiche Produkte auf den Markt kommen, die verschiedene Produktionskosten verursacht haben, so bestimmen die höchsten Produktionskosten derjenigen Produkte, die noch Abnehmer auf dem Markt finden, die 'Grenzbeschaffungskosten', den Preis. Dadurch erzielen diejenigen Produzenten, deren Produkte niedrigere Produktionskosten verursachten, einen relativen 'Überpreis', die *Rente.*

»Der Kostenwert einer Ware ist der der Quantität, die am teuersten gewesen ist.«

1 Mill lt. Gide + Rist, a.a.O. S. 409, 411

»Der höhere Gewinn, den ein Fabrikant oder Händler aus der Verwendung von größeren Fähigkeiten oder einer besseren geschäftlichen Organisation zieht, ähnelt stark einer Rente... Sie genießen diesen Vorteil nur, weil sie einen Gegenstand zu einem von den Produktionskosten der Konkurrenten geregelten Preise verkaufen können, den sie selbst mit geringeren Kosten herzustellen verstehen.[1]

Daß dieser Rentenbegriff im Grunde abwegig ist, braucht wohl nicht sonderlich begründet zu werden, denn es handelt sich dabei ja nicht um einen Ertrag, dem keinerlei Leistung gegenüber steht, wie bei der Grundrente, sondern in jedem Falle um einen durch eine gewisse Leistung erbrachten Vorteil anderen gegenüber.

7. *Das Gesetz des internationalen Handels.*

Während *Ricardo* den internationalen Austausch noch analog dem Austausch zwischen Individuen von den respektiven Kosten *desselben* Produktes bestimmt sah, verallgemeinerte *Mill* die Tauschbedingungen, indem er Import und Export als *Resultat von Angebot und Nachfrage* ansah; die Vorteile des Außenhandels werden also an den im Inland ersparten Arbeitskosten gemessen, wobei dieses Prinzip selbstverständlich auch im Ausland gilt.

Was die Außenhandelspolitik betrifft, so ist Mill grundsätzlich zwar Freihändler, doch anerkennt er da einen zeitlich begrenzten Schutzzoll, wo es um die Einführung neuer Industrien geht. Im Falle des Kampfes gegen die Getreideeinfuhrzölle jedoch unterstützte er nachhaltig den damaligen Wortführer der Freihändler, *Richard Cobden.*

»Dieser bewunderungswürdige Kampf tat jedoch mehr für den Triumph der liberalen wirtschaftlichen Schule und für die Verbreitung ihrer Ideen als die gelehrtesten Beweisführungen ihrer Meister.«[1]

Das individualistisch-sozialistische Programm *J. St. Mills*

Man hat gesagt, die 'Principles of Political Economy' seien 'die beste Zusammenstellung, Vollendung und Darlegung der Doktrinen der Klassischen Schule in ihrer genauesten Form'. Aber schon in den nächsten Ausgaben seines Buches hat Mill einen Teil der 'Klassik' aufgegeben und nur den Teil beibehalten, der ihm gesichert schien.

1 Gide + Rist a.a.O., S. 412, 416

Denn Mill stellte zweierlei unfreie Zustände fest, die überwunden werden müßten:

1. die Abhängigkeit des Lohnarbeiters vom Unternehmer, den *Lohnnexus* also, und
2. die Einschränkung der Freiheit durch die verschiedenen Formen des *Sozialismus.*

Seine Grundfrage ist daher: Wie kann man den Bereich der Freiheit erweitern? Und er kommt zu dem Schluß, der wahre Weg sei, die eingeschlagene Richtung zur *freien Konkurrenz weiter zu entwickeln.* Auf diesem Wege komme man zu einem 'Sozialismus', der eine volle Individualentwicklung zulasse. Die Mittel hierzu seien Bildungsentwicklung, Charakterentwicklung, Kulturentwicklung (wie in seinem letzten Buche 'On Liberty' ausführlich dargelegt wird).

Dabei macht nun Mill einen merkwürdigen Vorschlag: er will Produktion und Verteilung voneinander trennen. Denn in der Produktion hätten die klassischen Gesetze naturgesetzliche, also unveränderbare Geltung; im Bereiche der Verteilung hingegen nicht, hier spielten die menschlichen Institutionen eine überragende Rolle; der Anteil an der gesellschaftlichen Produktion, wie er sich auf Lohn, Profit und Rente verteilt, könne verändert werden.

Mills Programm-Vorschläge sind also wie folgt:

1. *Genossenschaftliche Produzentenvereinigungen* aller miteinander Arbeitenden und dadurch Abschaffung des Lohnsystems als dem Grundübel seiner Zeit überhaupt. Dann würden alle Arbeiter ihr bestes leisten, weil es sich um ihr eigenes Werk handele, in dem jeder selbstdenkend seine Aufgabe finde.

2. *Sozialisierung der Grundrente* mittels einer radikalen Grundsteuer. Denn nur der soll die Früchte der Arbeit ernten, der sie auch selbst erarbeitet hat. Der bisherige Grundrentenempfänger ernte aber nie die Früchte aufgrund eigener Anstrengungen. Die Grundrente sei also ausgesprochen unsozial, ungerecht, individualismus- und freiheitsfeindlich.

   Zur Durchführung seines Programms schlägt nun Mill die *Umwandlung des Großgrundbesitzes in Kleinbauerneigentum* vor. Dadurch werde die Grundrente einem Stand zufließen, für den sie sich segensreich auswirke. Allerdings bleibt Mill dann nicht bei diesem Schritt stehen, sondern das Kleinbauerntum müsse dann auch abgeschafft und in Genossenschaften, *Assoziationen*, übergeführt werden, nachdem die bislang stumpfen Bauern zu gebildeteren Menschen erzogen worden seien, zu einem 'feeling of independence' und zu 'individual initiative instead of dull uninterested labour'.

3. fordert Mill die *Beschränkung der Eigentumsübertragung im Erbgang,* um die ungeheuren Ungleichheiten in der Reichtumsverteilung zu vermindern, die doch nur durch den 'accident of birth' entstehe und die Freiheit des Wettbewerbs von vornherein verhindere. Zwar gehöre das Recht zur Vererbung zur freien Individualität, aber es dürfe nicht einer alles empfangen, wodurch die anderen in ungünstigere Lagen gebracht würden. Deshalb müsse eine Obergrenze festgesetzt werden, wieviel der einzelne Erbbegünstigte empfangen darf. Der Erblasser könne dann innerhalb dieses Rahmens immer noch frei die zu Begünstigenden wählen.

* * *

So schön die Vorschläge Mills im ersten Augenblick erscheinen mögen, so gehen sie doch an der Wirklichkeit der menschlichen Natur vorbei. Denn

1. auch durch Produktionsgenossenschaften können weder Produktion und Verteilung von einander getrennt werden, noch kann der Wettbewerb und also das Gesetz von Angebot und Nachfrage aus der Verteilungssphäre ausgemerzt werden. Alles, was knapp ist, verlangt seinen Preis. Die Grundrente kann zwar durch entsprechende staatliche Maßnahmen, durch eine Grundsteuer[1] abgeschöpft werden.

   Aber der *Profit* (unter dem die Engländer Zins und Unternehmerlohn verstehen, während die Franzosen beides voneinander trennen) enthält auch den *Zins,* den auch die Produktionsgenossenschaften als solche nicht aus der Welt schaffen können, weil er ebenfalls von Angebot (an Geldkapital) und Nachfrage (nach Geldkapital) abhängig ist.

   Und selbst der *Unternehmerlohn* ist, genau so wie der normale *Arbeitslohn,* von Angebot und Nachfrage abhängig. Wer etwas kann und wessen Fähigkeiten knapp sind, der wird auch in Assoziationen gesucht und 'ungleich' höher besoldet als die übrigen Mitarbeiter.

   Schließlich bieten gerade *Assoziationen* als solche nur allzu häufig günstige Gelegenheiten zur Erlangung von Vorteilen zu Lasten der Genossen und der Allgemeinheit, weil das Prinzip der Selbstverantwortlichkeit und der persönlichen Haftbarkeit gar zu leicht unterlaufen werden kann. Wofür die Geschichte ungezählte Anschauungsbeispiele bereit hält.

* * *

1 vgl. Damaschke S. 340/41

John Stuart Mill selbst, den schon viele seiner Zeitgenossen einen Pessimisten genannt hatten, weil seine Ansichten nicht mehr mit denen der Klassiker übereinstimmten, muß in der Tat tief betroffen gewesen sein über die Auswirkungen der 'Gesetze', die er selbst in seinem Hauptwerke formuliert hatte und die das Wirtschaftsleben seiner Zeit beherrscht haben. Aber auch seine eigenen Reformvorschläge scheinen ihn nicht befriedigt zu haben. So konnte er sich – trotz seines Widerrufs – nie wirklich von dem Lohngesetz freiringen. Immer schwebte ihm das Bevölkerungsgesetz in Verbindung mit dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag vor Augen, das ihm voller Gefahren für die Zukunft der Arbeiterklasse erschien und, als Folge der dadurch zu erwartenden Unruhen, für die Gesellschaft überhaupt. Und er fürchtete, daß die Kapitalentwicklung nicht mit den Notwendigkeiten der wachsenden Bevölkerung Schritt halten könne, sodaß ein *stationärer Zustand der Wirtschaft* eintreten werde, wodurch die Zivilisation als Ganze in größte Gefahren kommen werde – ein Zustand, der ihn allerdings auch wieder ausgesprochen hoffnungsvoll stimmte, weil dann das eigentliche, das kulturelle Leben sich endlich wieder weiter entwickeln könne. Denn es sei zweifelhaft, ob alle die bisher gemachten mechanischen Erfindungen das mühselige Tagewerk irgend eines Menschen erhellt hätten. (»It is questionable if all the mechanical inventions have lightened the day's toil of any human being.«) Mit dem Tage aber, an dem die Mammon-Verehrung und der Geldhunger aufhörten, würden die Menschen wieder Gelegenheit bekommen, sich würdigeren Zielen als der Reichtumsvermehrung zuzuwenden. Und so hoffte er, daß die Verlangsamung, ja der Stillstand des wirtschaftlichen Fortschritts die Blickrichtung der Menschen ändern und anderen Zielen zulenken und so eine wirkliche moralische Weiterentwicklung zur Folge haben werde, und durch das Abklingen der menschlichen Begehrlichkeit erwartete er eine Lösung und schließlich das Verschwinden der sozialen Frage.[1,2]

1 Gide und Rist, A History of Economic Doctrines, Seite 374 »In the appeasement of human desires he looked for a solution and for the final disappearance of the social problem.«

2 Die Arbeit »*Beitrag zur Geschichte der Wirtschaftstheorie* – Auf dem Wege zur Ordnung der freien Marktwirtschaft –« findet ihre Fortsetzung in *Fragen der Freiheit* Nr. 166 *Selbstverständnis des Menschen als Grundlage der Gemeinschaftsordnung* III.
Thema: »*Die Sozialisten* – die Kritiker des Klassischen Liberalismus –«

Quellenhinweis

Dr. Gottlieb Friedrich Meister: Vorlesungen über die Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, gehalten im Zivilinternierungslager Tatura (Vic.), Australien, 1943–45, unter Berücksichtigung des Werkes von *Charles Gide und Charles Rist:* »A History of Economic Doctrines«, George Harrap & Company Ltd., London and Sydney 1913; sowie dasselbe in der Übertragung von Franz Oppenheimer unter dem Titel »Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen«, Gustav Fischer, Jena 1913;

C.R. Fay: »Great Britain from Adam Smith to the present day«, Longmans, Green & Co., London 1928;

Adolf Damaschke: »Geschichte der Nationalökonomie«, Gustav Fischer, Jena 1918;

John Maynard Keynes: »The General Theory of Employment, Interest and Money«, Macmillan & Co., London 1936, sowie in der deutschen Übersetzung von Fritz Waeger unter dem Titel »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, Duncker & Humblot, Berlin 1955;

Adam Smith: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations«, London 1776, in der Übertragung von Horst Claus Recktenwald unter dem Titel »Der Wohlstand der Nationen«, dtv-Bibliothek 1978.

* * *

Edwin Cannan: A Review of Economic Theory, King & Son, London 1930;

David Ricardo: The Principles of Political Economy and Taxation, Everyman's Library, No. 590, London 1937;

Franz Oppenheimer: Theorie der reinen und politischen Ökonomie, Georg Reimer, Berlin 1911;

Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, Rehbrücke bei Berlin, 1920;

Horst Claus Recktenwald: Geschichte der politischen Ökonomie, Alfred Kröner Verlag Stuttgart, Band 427, 1971;

Günter Schmölders: Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 1961.

John Maynard Keynes und Rudolf Steiner

Wenn man sich in diesen neblig-trüben, zukunftverhangenen Novembertagen den Beginn der europäischen Tragödie vor siebzig Jahren und das Ende ihres ersten Abschnitts vor fünfundsechzig Jahren (Ludendorffs ungeheuerliche 'Dolchstoßlegende', das böse Wort von den 'Novemberverbrechern', die 'Kriegsschuldlüge') zu vergegenwärtigen sucht, so wird man bald auf den Namen John Maynard Keynes stoßen. Erst 35 Jahre alt, gewann Keynes als Delegierter des britischen Schatzamts bei der Beratung des Versailler Vertrages im Jahre 1919 bereits internationale Bedeutung. Keynes hatte als einer der ersten die durch die unerhört harten Reparationsforderungen entstehenden Schwierigkeiten, die dieser Vertrag sowohl für die Deutschen als auch für die Alliierten selbst zur Folge haben würde, erkannt. Und er entschloß sich deshalb zum Rücktritt von seinem Amt. Eine souveräne Haltung, die ihresgleichen suchen dürfte. Und er legte auch unverzüglich die Gründe dar, weshalb er sich zu diesem Akte entschließen mußte – in seinem Buche »The Economic Consequences of the Peace« (London 1919, deutsch: »Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages«, Duncker & Humblot, Leipzig 1920).

Hierüber schrieb *Rudolf Steiner* in dem nachstehend wiedergegebenen Aufsatz (Facsimile): F. P.

Zerstörung und Aufbau.

Rudolf Steiner

John Maynard Keynes hat eben in London ein Buch erscheinen lassen über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedens (The economic consequences of the peace by John Maynard Keynes C. B. Fellow of King's College, Cambridge. Macmillan and Co. London). Er giebt in der Vorrede an, dass er während des Krieges zeitweilig im britischen Schatzamt tätig und dann amtlicher Bevollmächtigter bei der Friedenskonferenz bis zum 7. Juni 1919 war. Er resignierte von diesem Amte, als ihm jede Hoffnung schwand, es könne aus dem, was unter dem Einflusse der auf dieser Konferenz maßgebenden Persönlichkeiten als „Friede" zu Stande kommt, eine gedeihliche Entwickelung des wirtschaftlichen Lebens in Europa sich ergeben. Er spricht als Engländer. Aber als ein solcher, der nüchtern sich die Frage vorlegte: ist es möglich, dass aus dem Wollen Wilson's, Clemenceau's, Lloyd George's etwas sich ergiebt, das als wirtschaftliche Gestaltung Europa's Lebensfähigkeit in sich trägt? Die Ausführungen seines Buches zeigen, dass er sich am 7. Juni 1919 sagte: Wilson ist ein Mann, der in lebensfremden, abstracten Begriffen lebend, keinen maßgebenden Einfluss auf die Absichten Clemenceau's und Lloyd George haben

kann; Clemenceau ist eine Persönlichkeit, die einzig und allein von dem leidenschaftlichen Willen beseelt ist, Europa einen Frieden zu dictieren, der mit Ausserachtlassung der Entwickelung seit 1870 Frankreich in die Lage versetzt, sich als „Nation" in der Welt so zu fühlen, wie es sich vor 1870 hat fühlen wollen; Lloyd George ist schlau und mit Menschenkenntnis begabt, aber nur auf Augenblickserfolge bedacht. Und Keynes beantwortete sich die oben angeführte Frage mit dem Gedanken: was unter dem Einflusse dieser drei Persönlichkeiten geschehen kann, muß die wirtschaftliche Zerstörung Europa's herbeiführen. Und er trat von seinem Amte zurück. Ausblicke auf etwas, das Hoffnung giebt für einen Neuaufbau dieser wirtschaftlichen Verhältnisse kann ich in seinem Buche nicht finden, wohl aber am Schlusse einen Satz, der sagt, dass ein Heil nur zu erwarten sei, wenn diejenigen Kräfte der Erkenntnis und Lebensanschauung in Bewegung gesetzt werden, welche die herrschenden Meinungen umgestalten. Man missversteht Keynes wol nicht, wenn man sagt, das Buch ist aus der Sorge und Angst entsprungen, England habe an einem Werke mitgearbeitet, aus dem die Zerstörung Europa's in einem solchen Masse erfolgen müsse, dass es dabei England selbst bös ergehen könne.

Die Ausführungen Keynes' sind ein voller Beweis dafür, dass aus den politischen Anschauungen, die bis in die Gegenwart herrschend waren und die von den noch immer massgebenden führenden Persönlichkeiten auch in das sogenannte „Friedenswerk" hineingetragen worden sind, nichts hervorgehen kann von dem, was die Zukunft der civilisierten Menschheit braucht.

Die Angehörigen des deutschen Volkes erleben in dieser Weltenstunde in der denkbar bittersten Art, wozu es unter den herrschenden Antrieben der neueren Civilisation gekommen ist. Man fordert von ihm etwas, an dessen Verwirklichung keinen Augenblick gedacht werden kann. Die es fordern würden Berge von Hass aufstürmen gegen die die bisher errichteten winzige Hügel wären, wenn das deutsche Volk nach einem Machterfolge sich hätte einfallen lassen, dergleichen zu ersinnen. Dahin also ist man gelangt, dass man das offenbar ganz Unmögliche als eine Bedingung eines Friedenswerkes ansehen kann.

Leute, die sich nüchternen Blick bewahren wollen, sagen, die führenden Persönlichkeiten arbeiten an der Zerstörung Europa's; diese führenden Persönlichkeiten ersinnen als ein Stück ihres „Friedenswerkes" etwas, aus dem Massnahmen hergeleitet werden, welche zu der wirtschaftlichen Zerstörung die völlige seelische Selbstvernichtung des deutschen Volkes herbeiführen sollen. (An der Beurteilung des „Geistes", der in solchen Massnahmen wirkt, ändert es nichts, wenn etwa später Abänderungen erfolgen. Und auf diesen „Geist" kommt es an.)

Sind wir nicht an dem Puncte angelangt, an dem nun endlich von einer genügend grossen Anzahl von Menschen eingesehen werden könnte, dass der Rettungsweg aus der Sackgasse Europa's durch ganz andere Mittel gefunden werden muss als diejenigen sind, die sich aus einer Fortsetzung der abgelebten öffentlichen Ideen ergeben? Wird man noch weiter glauben, dass man „Frieden" machen könne, wenn die öffentlichen Ansichten, die das zwanzigste Jahrhundert ein

geleitet haben, für die Gestaltung der civilisierten Welt maßgebend bleiben sollen? Man wird nichts „unterzeichnen" können, was einen „Frieden" einleitet, so lange nicht aus einem neuen Geiste heraus anders geurteilt wird, als bei Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten bisher geurteilt worden ist. Eine Discussion darüber, ob ein solcher neuer Geist notwendig sei, müßte unter Urteilsfähigen eigentlich angesichts dessen, was aus dem alten heraus geschieht, heute schon ausgeschlossen sein. Der Mut, die Entschlossenheit zu diesem neuen Geiste sollte in eine genügend große Anzahl von Seelen einziehen. Daraus müßte eine Aufbau-Arbeit erfolgen, welche dem zerstörenden Geiste wirksam entgegen gerichtet sein kann. Der Einwand, daß das deutsche Volk allein mit solchem Geiste in seiner gegenwärtigen Lage gegenüber den mächtigen Siegern nicht aufkommen könne, müßte in seiner Bedeutungslosigkeit durchschaut werden. Denn, was gut ist, wird von der ganzen Welt zuletzt doch entgegengenommen, wenn die Einsicht in die Ersprießlichkeit über die Vorurteile siegt.

Es ist in Wirklichkeit auch gar nicht dieser Einwand, der die Gegner einer neuen Geistigkeit zu ihrer Ablehnung derselben treibt. Es ist der Mangel an Mut, den sie sich nicht eingestehen und über den sie sich durch Scheinurteile hinwegtäuschen wollen. Es ist die geringe Meinung, die bei Vielen von der Wirksamkeit des Geistigen in der neuesten Zeit heranerzogen worden ist, und die jetzt die übelsten Früchte zeitigt. Die materialistische Utopie, die Wirklichkeit geworden ist, und die, als Utopie, in Zerstörungen sich ausleben muß, lässt das wirklich Practische, das heute nur aus einer neuen Geistigkeit gefolgt werden kann, weiten Kreisen als „Utopie" erscheinen.

Für Viele steht die Sache so, dass ihnen die äusseren Erfolge dieser neuesten Zeit ein Erleben gebracht haben, das ihnen nur allzu sympathisch war. Das verhindert sie, zu sehen, dass auf dem Grunde der Entwickelung zu diesen Erfolgen jener Ungeist war, der die Schrecknisse der letzten fünf Jahre bewirkt hat. Sie möchten aus diesen Schrecknissen heraus einen „Frieden" machen, der diese nur als Episode erscheinen lässt und die alten Zustände wieder an die Stelle des Chaos setzt. Doch zukunftverheißend kann nur ein Handeln aus dem Urteile heraus sein, das durchschaut, wie die äusseren Erfolge der neuesten Zeit auf einem zerstörten Boden der Ideenlosigkeit sich aufbauten, wie jede Rückkehr zu dem Alten ohne geistige Erneuerung auch die alten Samen für ein Wiederkehren der Schrecknisse neu säen müßte. Ohne die wirksame Hilfe dieses Urteiles bei einer genügend großen Zahl von Menschen kommen wir aus Wirrnis und Chaos nicht heraus.

Fußnote zu Seite 100

*Die Schwäche Wilsons und die Unnachgiebigkeit Clemenceaus haben den Versailler Vertrag schließlich zu einem nicht nur unklugen, sondern auch in vielem ungerechten Friedensvertrag gemacht, wie es selbst aus dem Protest der neuen deutschen demokratischen »Weimarer« Regierung vom 23. Juni 1919 hervorgeht, die den Vertrag nur unter dem äußersten Druck der Alliierten unterschrieb:

»Die Regierung der deutschen Republik hat aus den letzten Mitteilungen der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung ersehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volke nach den entsetzlichen Leiden der letzten vier Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend, und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschene Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.«

Wie wenig glücklich auch andere Vertreter der Alliierten über den Vertrag von Versailles waren, geht u. a. aus den Memoiren des späteren amerikanischen Präsidenten *Herbert Hoover* hervor, der schrieb:

»Nachdem ich durch ein paar Straßen (von Paris) gewandert war, stieß ich auf *General Smuts* (den Delegierten der Südafrikanischen Union in Versailles) und *John Maynard Keynes* (den britischen Sachverständigen für Wirtschaft). Wenn es je so etwas wie Telepathie gegeben hat, dann in dieser Begegnung. Jedem von uns fuhr der Gedanke durch den Kopf, warum die andern um diese Tageszeit da umhergingen. Als wir uns miteinander berieten, fand ich, daß Smuts und Keynes besonders am politischen Gesprächen interessiert wären, während ich mehr über die wirtschaftliche Seite nachgedacht hatte. Wir waren darin einig, daß es furchtbar war und daß wir unter unseren Landsleuten unser Möglichstes tun wollten, um die Gefahr klar zu machen.« (Aus Binder: »Epoche der Entscheidungen«)

Andererseits darf man aber auch nicht vergessen, wie maßlos die Deutschen selbst nicht nur in den während des Krieges geäußerten Kriegszielen gewesen sind, sowie in ihrer gesamten herausfordernden Politik seit der Thronbesteigung *Wilhelms II.*, ja im Grunde seit dem Beginn der *Bismarckschen* spezifisch preußischen Reichspolitik, sondern auch in dem den Russen aufgezwungenen Friedensvertrag von *Brest-Litowsk*, den Lenin nur deshalb annahm, um eine »Atempause« für die Durchsetzung seiner Revolution im gesamten weiten russischen Territorium zu gewinnen. Wie weit war Deutschland von der Zeit der *Goethe, Schiller, Humboldt* entfernt, da z. B. *Schelling* sagen konnte:

»Die Deutschen scheinen mir berufen, ein Volk von Völkern zu sein und so gegenüber den anderen wieder die Menschheit darzustellen. Nur so begriff ich den rätselhaften Gang der Geschichte, der uns genötigt, ganz fremde Nationalitäten an uns heranzuziehen oder sie selbst in einem Teil unseres Gebietes zu belassen.«

* * *

Wie anders alles gekommen ist, wissen wir. *John Maynard Keynes* jedenfalls bleibt das Verdienst, sehr rasch erkannt zu haben, daß ein im Sinne *Clemenceaus* den Deutschen aufgezwungener Vertrag nur Unglück nach sich ziehen konnte – wie immer die Deutschen selbst mit Schuld an dieser Entwicklung tragen mochten.

F. P.

Ankündigungen des Trithemius-Institutes

– Freies Hochschulkolleg e. V. –

Vorblick auf das Jahr 1984

Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur

---

Dreikönigsseminar
7. und 8. Januar 1984

Philosophie und Soziale Bewegung
Revolution, Reaktion, Evolution

Tagungsleitung Jürgen Rauh

Beiträge von
Gerhardus Lang
Fritz Penserot
Heinz Hartmut Vogel
Lothar Vogel

30. April bis 1. Mai 1984

Der Zins als Rechtsproblem

Wissenschaftliches Kolloquium.

27. bis 29. Juli 1984

Allgemeine sozialwissenschaftliche Konferenz

»Weltwirtschaftskrise«

31. Oktober bis 1. November 1984

Die Universität in der Sozialgeschichte (Kulturrecht)

Vollständige Programme, auch der noch nicht angekündigten Studien-Seminare: *in Fragen der Freiheit und durch Einladungen*

Änderungen vorbehalten

Bad Boller Medizinisches Seminar
– im Trithemius-Institut –

– Freies Hochschulkolleg e. V. –

Jahresübersicht der medizinischen Seminar-Veranstaltungen 1984

Januar 1984

von Freitag, 13. Januar – 9.30 Uhr bis Sonntag, 15. Januar – 12.30 Uhr	*Fortbildungsseminar I* *Thema:* Kinderheilkunde Menschenkundliche Aspekte der Erkrankungen im Kindesalter und ihre homöopathische Behandlung

April 1984

von Freitag, 13. April – 15.00 Uhr bis Sonntag, 15. April – 12.00 Uhr	*Grundlagenseminar I* *Thema:* Elemente der pathologischen Anatomie und Physiologie als Grundlage einer menschengemäßen Therapie

Juni 1984

von Donnerstag, 21. Juni – 9.30 Uhr bis Samstag, 23. Juni – 17.00 Uhr	*Fortbildungsseminar II* *Thema:* Menschliche Gestalt und Mißbildung – Wege zu einer organgemäßen Therapie – Organdysplasie; Aplasie und Hyperplasie Teratom, Karzinom, Sarkom Organdegeneration und Organdeformität

Juli/August 1984

von Montag 30. Juli – 9.00 Uhr
bis Samstag, 4. August – 17.00 Uhr

Grundlagenseminar II
Thema: Grundlagen einer medizinischen Anthropologie
– Mensch und Tierreich – mineralische und botanische Studien im Hinblick auf das Verständnis von Krankheit und Heilung

August/September 1984

von Freitag, 31. August – 9.00 Uhr
bis Samstag, 1. September – 12.30 Uhr

Grundlagenseminar III
Thema: Erkrankungen des alternden Menschen
– körperliche, seelische und geistige Wandlung und Gefährdung (Psychosomatik) – Involutions-Erkrankungen, klimakterische Störungen homöopathische Arzneimittelbilder und Therapie mit potenzierten Organpräparaten

September 1984

von Samstag, 1. September – 14.00 Uhr
bis Sonntag, 2. September – 17.00 Uhr

Tierärzteseminar
Thema: Wesensbilder der Haustiere
– der gesunde Hof – Homöopathie in der Tierheilkunde

Die Programme können jeweils 6 Wochen vor Seminarbeginn beim Trithemius-Institut angefordert werden.

Ort der Veranstaltung: Vortragssaal der WALA, 7325 Eckwälden/Bad Boll oder Aula der Boller Hauptschule, 7325 Boll.
Der Ort wird jeweils im Programm bekanntgegeben.

Jahresübersicht für das Jahr 1984

Pfingstseminar

13. bis 16. Juni 1984

Tagungsort Boll

Thema:

a) Menschenkunde der malerischen Kunst

b) der Sehsinn

c) Goethes Farbenlehre

– ausführliches Programm ab Mai 1984 –

Sommerseminar

3. bis 8. September 1984

Tagungsort Boll

Thema:

Das Bewegungselement in den Künsten
(mit besonderer Berücksichtigung der Eurythmie)

Die Mitwirkenden dieses Heftes

Fritz Penserot	Kaufmann, Kirn/Nahe
Dieter Suhr	Prof. Dr. jur., Universität Augsburg

Vorankündigung für Heft 166, Januar/Februar 1984

Fritz Penserot: Thema: »Die Sozialisten« – Die Kritiker des Klassischen Liberalismus –

SONDERAKTION

Fragen der Freiheit

Das Archiv für die freiheitlichen Stimmen der Gegenwart.

Bezug früherer Jahrgänge und Einzelhefte bis Nr. 100
DM 1,-- pro Stück.

Diese **Sonderaktion** dient zugleich dem Aufbau des Trithemius-Institutes.

Jahresabonnement »Fragen der Freiheit« oder fördernde Mitgliedschaft?

Für das Jahr 1984 möchten wir Ihnen empfehlen, das Jahresabonnement für »Fragen der Freiheit« in eine fördernde Mitgliedschaft im Seminar für freiheitliche Ordnung umzuwandeln.

Der Mitgliedsbeitrag als förderndes Mitglied beträgt DM 60,-- und ist von der Steuer abzugsfähig. Der Bezug der Schriftenreihe »Fragen der Freiheit« mit der Ankündigung aller Veranstaltungen des Trithemius-Institutes ist im Jahresbeitrag enthalten.

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 123 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 und Heft 123.

Herausgeber der Zweimonatsschrift »*Fragen der Freiheit*«
Trithemius-Institut
Für das Seminar für freiheitliche Ordnung
Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Boll, Badstraße 35, Postfach 1105, Telefon (07164) 2572

Preis: Jahresabonnement DM 42.–, sfr. 42.–, ö. S. 330.–

Einzelhefte: DM 7.50, sfr. 7.50, ö. S. 55.–

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011/BLZ 610500 00
Raiffeisenbank Boll Nr. 483 000 000/BLZ 600 697 66

Postscheck: Frankfurt am Main 26 14 04-602
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-3071
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Gesamtherstellung: Schäfer-Druck GmbH, Göppingen

Diesem Heft liegt ein Spendenaufruf sowie der Jahresbericht bei.